

Heimat Brandenburg gerecht, solidarisch, nachhaltig

Entwurf für ein Leitbild 2020 plus
Stand: 13. November 2012

Vorwort	3
1. Brandenburg im Wandel – Impulse von links	6
1.1 Ein neues Leitbild wirkt	6
1.2 Wir setzen die Leitbilddebatte fort	7
2. Die Welt im Wandel. Alte Probleme – neue Herausforderungen	8
2.1 Die Welt, in der sich Brandenburg zurechtfinden muss	8
2.2 Auf der Suche nach Alternativen	8
2.3 Unsere Grundwerte: Gerechtigkeit, Solidarität, Verantwortung für die Zukunft	9
2.4 Der Markt muss dem Gemeinwohl dienen	10
2.5 Europäische Einigung am Scheideweg: Für ein demokratisches und zukunftsfähiges Europa	11
3. Innovative Wirtschaft – erfülltes Arbeitsleben – gerechte Verteilung	13
3.1 Wirtschaftlicher Strukturwandel: Zukunftsfähigkeit durch Innovation	13
3.2 Energiewende – Tiefgreifender Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit	14
3.3 Nachhaltige Landwirtschaft voranbringen	16
3.4 Qualifizierte Arbeit für ein Leben in Würde	17
4. Bildung hat Vorfahrt im Kulturland Brandenburg	19
4.1 Bildung ist die Quelle aller Nachhaltigkeit	19
4.2 Globales Lernen	21
4.3 Produktivkraft Wissenschaft	22
4.4 Kulturland Brandenburg	23
5. Armut überwinden – Wege zur Teilhabe öffnen	25
5.1 Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal	25
5.2 Perspektiven für junge Menschen	26
5.3 Generationswechsel aktiv und offen gestalten	27
5.4 Die Älteren und die Alten	28
5.5 Die Zukunft ist weiblich	29
6. Lebensgrundlagen bewahren	29
6.1 Ressourcen schonen, sozial-ökologische Energiewende schaffen	29
6.2 Hochwertige Infrastruktur überall und für jeden	31
6.3 Handlungsschwerpunkt Gesundheit	32
6.4 Ökologisch verträgliche und sozial verantwortliche Mobilität	33
6.5 Landschaft pflegen – Vorrang für naturnahen Tourismus	34
6.6 Gesunde Produkte – Faire Dienstleistungen – Mündige Verbraucher	36
7. Für ein zukunftsfähiges Brandenburg	36
7.1 Gleichwertige Lebensverhältnisse in regionaler Vielfalt	36
7.2 Starke Städte	38
7.3 Vitale ländliche Gemeinden	39
7.4 Kommunalverwaltung: demokratisch, bürgernah, effizient	40
7.5 Regionale Vernetzung und interkommunale Kooperation vorantreiben	41
7.6 Gesamtkonzept für Berlin und Brandenburg auf Augenhöhe	42
7.7 Brandenburg gemeinsam mit den polnischen Nachbarn entwickeln	43
8. Ein zukunftsfähiges Brandenburg braucht mehr Demokratie!	43
8.1 Aktuelle Herausforderungen für demokratisches Handeln	43
8.2 Demokratie plus – Für eine neue märkische politische Kultur	44
8.3 Demokratie lebt vom bürgerschaftlichen Engagement	45
8.4 Demokratische Teilhabe ist verantwortliche Teilhabe	45
8.5 Der demokratische Rechtsstaat ist ein sozialer Rechtsstaat	46
9. Nachhaltige Haushaltspolitik: Gebot sozialer Verantwortung	48
9.1 Den Wandel sozial gestalten	48
9.2 Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß	49
9.3 Öffentliche Haushalte auskömmlich finanzieren	51
10. Wir verändern: gerecht, solidarisch und mit Verantwortung für die Zukunft	52

Vorwort

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Drei Jahre anstrengender Arbeit liegen hinter uns – hinter unserem Landesverband, unserer Landtagsfraktion, unseren Regierungsmitgliedern. Es waren auch drei harte Jahre des Lernens – des Lernens, wie man angesichts der tatsächlichen Möglichkeiten und Grenzen eines Bundeslandes und einer Landesregierung die eigenen politischen Zielstellungen umsetzen und im Auge behalten kann. Wie man mit dem Gegenwind innerhalb und außerhalb des Parlaments umgeht, wenn man Entscheidungen getroffen hat oder sie auch erst vorbereitet.

Dabei ist uns nicht alles gelungen, dennoch haben wir Machbares möglich gemacht auf dem Weg zu einer sozialökologischen Umbauperspektive für unser Land. Wir haben uns dabei immer bemüht, den Kontakt zu Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger zu halten. Wir haben versucht, unsere Überlegungen und Entscheidungen zu erläutern, mit den gesellschaftspolitischen Akteuren im Land zu diskutieren und nicht zuletzt mit Ihnen selbst dazu ins Gespräch zu kommen – in den Wahlkreisen, bei den offenen Regionalkonferenzen unserer Partei oder anderen Gelegenheiten.

Je mehr Zeit ins Land geht, je mehr von unseren Vorhaben wir auf den Weg gebracht haben, desto deutlicher wird aber auch: Das Gespräch nur über die aktuellen Dinge reicht nicht mehr aus. Der Blick richtet sich wieder weiter nach vorn. Was kommt jetzt? Worauf konzentriert sich DIE LINKE? Was wird der künftige rote Faden der Landesentwicklung sein; welche Perspektive macht DIE LINKE auf?

Wir wollen darüber mit Ihnen ins Gespräch kommen. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die Aufgaben bestimmen und ihre Dringlichkeit abwägen, wir wollen Lösungsansätze finden und diskutieren, wir wollen nach den besten Antworten suchen, sie ausgestalten und festhalten. Wir denken dabei nicht nur in den kurzen Zyklen von Landtags-Legislaturperioden.

Unser Land Brandenburg hat eine lange, schwierige Geschichte. Aber: In dieser widersprüchlichen Geschichte haben Impulse von links immer wieder eine bestimmende Rolle gespielt, hat sich in neueren Zeiten eine bestimmte linke und demokratische Identität heraus gebildet, die dieses Land und seine Entwicklung prägt. In dieser Tradition sehen wir uns, daran knüpfen wir an.

Wir übersehen dabei nicht, dass das Territorium unseres Landes Brandenburg Ausgangspunkt und über lange Zeit das Zentrum jenes Preußen war, das mit seinem Militarismus, seiner Expansionswut, seinem Vorherrschaftsstreben Auslöser von so viel Elend für Deutschland, Europa und die Welt war. In unserer heutigen Landeshauptstadt Potsdam zogen die drei Hauptalliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Deutschlands einen Schlussstrich unter diese Entwicklung und rangen um Grundlagen für eine friedliche Nachkriegswelt. 1947 löste der Alliierte Kontrollrat Preußen endgültig auf – als einen Staat, »der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist«, und »geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern«. Preußens Geschichte war beendet – und das diesseits der Oder in seiner ehemaligen Kernprovinz, der Mark Brandenburg, wieder erstandene Land bekam die zunächst nur kurzfristige Chance, auf neuer Grundlage zu sich selbst zu finden.

Die Mark Brandenburg war bis 1933 eine sozialdemokratische Hochburg. Karl Liebknecht entritt hier 1912 in Potsdam den sogenannten Kaiser-Wahlkreis dem deutschen Hochadel. Bei den letzten regulären Provinzial-Landtagswahlen im November 1929 lag die SPD mit knapp 35 Prozent um 15 Prozent über dem Reichsdurchschnitt der Sozialdemokraten. Brandenburg war kein revolutionäres Zentrum, die beiden Arbeiterparteien waren auch hier tief gespalten, die KPD zudem relativ schwach. Sie blieb während der Weimarer Republik in der Mark Brandenburg stets unter ihrem Reichsdurchschnitt.

An diese dennoch starke, wenn auch eher gemäßigt linke Prägung knüpfte Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg und der Auflösung Preußens an und zog die Lehren aus der Geschichte. Bei den Landtagswahlen 1946 schnitt die SED

als stärkste Partei ab; der frühere Sozialdemokrat Karl Steinhoff wurde Ministerpräsident. Auch nach der Auflösung der DDR-Bezirke und dem Wiedererstehen im Jahr 1990 lebte in Brandenburg die sozialdemokratische Tradition wieder auf. Aber sie hatte sich gewandelt und sie stand nicht allein. Die gesellschaftlichen Veränderungen und die widersprüchlichen Erfahrungen aus der DDR-Zeit wirkten dauerhaft nach.

Einerseits hatte sich das heutige Land Brandenburg in diesen Jahrzehnten verändert. Insbesondere in Ost-Brandenburg fanden sehr viele Umsiedler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nicht nur eine neue Heimat, sondern durch die demokratische Bodenreform auch eine neue Existenzgrundlage. Im Berliner Umland konzentrierten sich staatliche und wissenschaftliche Institutionen. Die Industriepolitik der DDR wertete in Brandenburg bis dahin schwach entwickelte und strukturell benachteiligte Landesteile auf. Die Lausitz mit ihrer Braunkohleförderung und -verstromung wurde zu einer der maßgeblichen Säulen der Energieversorgung des Landes. Das heutige Brandenburg zählte mit der Filmproduktion in Babelsberg, aber auch mit Theatern wie in Schwedt oder in Senftenberg zu einem der kulturellen Zentren der DDR.

Andererseits kam es 1989 auch zu gravierenden parteipolitischen Veränderungen. Angestoßen und getragen von großen Teilen der SED-Basis kam es zum radikalen Bruch mit Theorie und Praxis der einstigen Staatspartei. Wichtige Akteure dieses Wandels kamen aus Brandenburg und hatten sich bereits vor 1989 – wie Lothar Bisky – beziehungsweise in den Wendezeiten – so Heinz Vietze und Michael Schumann – als Protagonisten der demokratischen Umbrüche auch in der SED erwiesen. Die Autoren des von Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 vorgetragenen Referats zum unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus kamen mehrheitlich aus dem heutigen Land Brandenburg. Die kritische wie differenzierte Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus der DDR und mit der Widersprüchlichkeit der damit verbundenen politischen Biografien hat seither bei der hiesigen LINKEN einen besonders hohen Stellenwert und besonders hohe gesellschaftliche Akzeptanz gefunden – bis in die Gegenwart hinein.

Die PDS in Brandenburg war – wie auch in den anderen ostdeutschen Flächenländern, aber doch auch auf besondere Weise – von Beginn ihres Bestehens an eine Volkspartei, die zugleich Teil einer – zumindest rechnerischen – linken Mehrheit nach den Umbrüchen von 1989. Es waren kulturelle und mentale Grenzen, die zunächst dagegen standen, aus der rechnerischen auch eine regierungsfähige linke Mehrheit zu machen. Dennoch war die PDS Anfang der 90er Jahre in Brandenburg – als einzigem neu entstandenem Land – eine verfassungsgebende Partei. Im Ergebnis verfügte Brandenburg über eine der modernsten Landesverfassungen Deutschlands – sie zeichnet sich durch die Aufnahme sozialer Grundrechte, einen hohen Stellenwert für die direkte Demokratie, durch die Anerkennung auch anderer dauerhafter Lebensgemeinschaften neben der Ehe sowie einen erweiterten Gleichheitsgrundsatz aus: Jeder schuldet jedem die Anerkennung seiner Würde. Die Aufnahme von Staatszielbestimmungen, so insbesondere zum Recht auf soziale Sicherung und zum Recht auf Arbeit, macht die Aktualität der Brandenburger Verfassung deutlich.

Brandenburg war zunächst in vielerlei Hinsicht einen im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern besonderen Weg gegangen. Dieser »Brandenburger Weg«, war auf der SPD-Seite vor allem durch Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt bestimmt – den ersten Ministerpräsidenten des neuen Brandenburgs und seine langjährige Sozialministerin. Sie knüpften an die historischen und politischen Traditionen der Mark Brandenburg an und wollten den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur ein Identitätsgefühl vermitteln, sondern suchten auch nach einem belastbaren Leitfaden für die Bewältigung der anstehenden Umbruchprozesse.

Für die PDS zeichnete sich dieser Brandenburger Weg durch einen ausgeprägten politischen Willen aus, im Interesse und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu politischen Lösungen zu kommen. Er hatte einen starken Nährboden in der demokratischen Erneuerungsbewegung des Herbstes 1989 – und auch in der eigenen selbstkritischen Erkenntnis bezüglich der Vorgänge in der Vergangenheit. Es ging um soziale und ökologische Verantwortung und darum, ostdeutsche Spezifika aufzunehmen. Höhepunkt war die gemeinsame Arbeit an der Verfassung; Schwerpunkte waren aber auch die Rolle Brandenburgs als Tor zum Osten,

die Einführung des Unterrichtsfaches Lebenskunde/Ethik/Religionskunde (LER), die Sicherung der Agrargenossenschaften, die aktive Gestaltung des zweiten Arbeitsmarkts und die sozialen Leistungen.

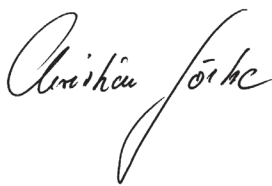
Trotz großer landespolitischer Anstrengungen konnten auch in Brandenburg massive wirtschaftliche und soziale Einbrüche nicht vermieden werden. Die PDS, dann DIE LINKE hatte diese Prozesse stets als konstruktive Opposition begleitet, sich allen Schwierigkeiten des Landes mit eigenen Konzepten gestellt und geachtet, was im Land unter großen Anstrengungen erreicht und aufgebaut worden war. Davon haben wir uns auch als Regierungspartei seit 2009 leiten lassen.

Als Linkspartei und SPD 2009 eine Koalition bildeten, war aus der traditionellen linken Mehrheit im Lande endlich auch eine gestaltende Kraft in der Landespolitik geworden. Das stieß allerdings auch auf erbitterten Widerstand. Parteipolitische Gegensätze wurden vor diesem Hintergrund deutlich schärfer zugespitzt und deutlich härter als in früheren Zeiten ausgefochten.

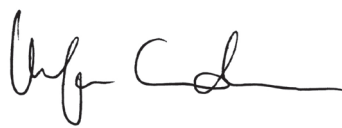
Andererseits nehmen auch in der Gesellschaft insgesamt Konflikte zu. Infrastrukturprojekte oder neue technologische Entwicklungen greifen in die Lebens- und Wohnbedingungen von Menschen ein. Weichenstellungen der Landespolitik wie etwa in der Schulpolitik und der Orientierung auf inklusive Bildung werden kontrovers diskutiert. Die Verteilung und Regelung von öffentlichen Ver- und Entsorgungsaufgaben sowie deren finanzielle Folgen für Kommunen, Haushalten und Unternehmen sind heftig umstritten. Andererseits gibt es Entwicklungen wie den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, die sich aus der Sicht von Abbage- rung Betroffener oder umweltpolitisch Engagierter nicht schnell genug vollziehen. Wir stellen uns solchen Auseinandersetzungen mit dem Anspruch, Interessenskonflikte und Meinungsverschiedenheiten in gemeinsamer Verantwortung auszutragen.

Das ist einerseits eine Frage der demokratischen Kultur, der Weiterentwicklung von Demokratie und Teilhabe im Land. Und andererseits braucht gemeinsame Verantwortung einen belastbaren Fundus an Gemeinsamkeiten mit Blick auf die Frage, wie wir in unserem Land leben wollen, welche Maßstäbe wir an Entscheidungen anlegen und welche Perspektiven wir anstreben. Wir haben uns stets als Teil einer großen, solidarischen Mehrheit in diesem Land verstanden.

Wir haben uns stets in der Verantwortung, nie als Avantgarde gesehen. Wir haben uns immer und zunehmend erfolgreich am Wettstreit um die besten Ideen für unser Land beteiligt. So wollen wir es jetzt wieder machen. Deswegen beginnt unsere Diskussion um ein Leitbild für Brandenburg erneut. Hier ist unser erstes Angebot.



Christian Görke
*Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
im Landtag Brandenburg*



Stefan Ludwig
*MdL, Fraktion DIE LINKE
im Landtag Brandenburg*

I. Brandenburg im Wandel – Impulse von links

1.1 Ein neues Leitbild wirkt

Im Jahr 2009 legte DIE LINKE ein Leitbild für die Landesentwicklung vor, in dem Brandenburgs Zukunft neu abgesteckt wurde. Das Leitbild »Unsre Heimat. Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg« entstand in einem breiten öffentlichen Diskussionsprozess, der die gesellschaftliche Debatte um den nötigen Politikwechsel in unserem Land maßgeblich mitprägte. Ausgehend von einer kritischen Sicht auf Erfolge und Misserfolge nach 1990 wie auch auf das Erbe der DDR wurden Leitmotive und Strategien für verantwortungsvolles politisches Handeln im Interesse einer nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung des Landes Brandenburg formuliert. Schlüsselbegriffe waren das »Brandenburg der Regionen« und das »solidarische Brandenburg«. Damit war DIE LINKE gut gerüstet, als sie nach der Landtagswahl im Jahr 2009 und dem Wechsel der parlamentarischen Mehrheiten in die Regierung eintrat. Sie hatte politische Strategien entwickelt, die sich für das Land als tragfähig und entwicklungsfähig erwiesen haben.

Die Idee vom »Brandenburg der Regionen« war die Antwort der LINKEN auf das zunehmende Auseinanderdriften von berlinnahen und berlinfernen Regionen unseres Landes und die Herausforderungen bei der Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und es war der erklärte Gegenentwurf zu dem Leitbild, das die damals noch rot-schwarze Landesregierung für unser Land vorgelegt hatte – ein Leitbild, das die Geschicke Brandenburgs aus unserer Sicht viel zu eng an die Metropole Berlin band, das die Suche nach Stärken überbetonte und die Schwächen vernachlässigte. Diese Orientierung ist vom Tisch; faktisch wurde ein anderer Kurs eingeleitet.

Das Gefälle in der kommunalen Leistungskraft wird durch verbesserte Finanzausstattung der Kommunen, durch die kommunale Solidaritätsabgabe und den »Demografiefaktor« abgemildert. Die kommunale Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft wurden gesetzlich gestärkt. Freiwillige kommunale Zusammenschlüsse finden die Unterstützung des Landes, ohne nach formalen Kriterien forciert zu werden. Die Regionalen Wachstumskerne wurden weiter entwickelt, lokale Potenziale aktiviert. Bei der Polizeireform sind fast alle Wachenstandorte erhalten geblieben und auch für die Standorte der Amtsgerichte schafft ein Gesetz Sicherheit. Noch offen ist die Entwicklung regional und örtlich angepasster Entwicklungsstrategien, die im Zentrum unserer Debatte über Regionalentwicklung standen.

Die Idee vom »solidarischen Brandenburg« nahm den Protest gegen die als massive soziale Ungerechtigkeit empfundene Agenda-Politik der Schröder-Regierung im Bund auf und war der Gegenentwurf zur erklärten Niedriglohn-Strategie der Landes-CDU. Diese Strategie ist nun vom Tisch. Mit dem Vergabegesetz, das öffentliche Aufträge an die Einhaltung von Mindestlöhnen bindet, und einer neuen Förderstrategie, die soziale Kriterien wie die Reduzierung der Leiharbeit mit aufnimmt, steuert das jetzt links geführte Wirtschaftsministerium offensiv den Dumpinglöhnen entgegen.

Mit dem Programm »Arbeit für Brandenburg«, das sich an der Idee des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und den Grundkriterien für »gute Arbeit« orientiert, hat die neue Landesregierung erste Schritte unternommen, um insbesondere Langzeitarbeitslosen wieder eine berufliche Chance und ein vertretbares Einkommen zu sichern. Mit der Einführung des Schüler-Bafögs, der Ermöglichung einer elternbeitragsfreien Schülerbeförderung, der Weiterführung des Mobilitätstickets oder auch der Aufhebung der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen in der Region wurden Weichenstellungen vorgenommen, die Benachteiligungen zurückdrängen bzw. zusätzliche Unterstützung für Bedürftige gewährleisten. Die neue Koalition hat sich auch darum bemüht, die Sozialgerichtsbarkeit zu stärken. Mehr Richter wurden eingesetzt, Arbeitsplätze bei den Gerichten entfristet.

Auf dem Weg zu einer modernen Bildungspolitik hat sich Rot-Rot im Jahr 2009 zum Ziel des längeren gemeinsamen Lernens bekannt; der große strukturelle Durchbruch zur Gemeinschaftsschule steht jedoch noch aus. Die Priorität liegt jedoch deutlich bei der nachhaltigen Stärkung der öffentlichen Schulen als Grundvoraus-

setzung einer guten Bildung für alle von Anfang an und bei der Stabilisierung in der Struktur: Die Schüler-Lehrer-Relation von 1 zu 15,4 wird beibehalten; entsprechend wurde die Zahl der Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrer bis 2014 über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus auf 2000 erhöht. In den Kitas steht bereits für alle Altersgruppen mehr Personal zur Verfügung als 2009. Es wurde dafür gesorgt, dass in Brandenburg wieder Sonderpädagoginnen und -pädagogen ausgebildet werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern und für den Weg zur inklusiven Bildung.

Der wirtschaftliche Strukturwandel in Brandenburg ist im Gange. Die Wirtschaftspolitik der LINKEN gibt ihm Richtung und soziale Substanz. Das Energieland Brandenburg ist bundesweit bereits Spitzenreiter im Bereich der Erneuerbaren Energien. Kern der neuen Energiestrategie 2030 ist es, den Erneuerbaren nicht nur Vorrang einzuräumen, sondern jetzt den Durchbruch für sie zu organisieren. Auch in anderen Bereichen wird auf Zukunft gesetzt – so durch die gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg oder die Weiterentwicklung der Branchenkompetenzfelder. Wichtiger Teil des Strukturwandels ist das Erstarren des Dienstleistungssektors. Problematisch ist dabei allerdings das in weiten Teilen geringe Einkommensniveau in diesem Sektor.

Unter Federführung des Umweltministeriums wird eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, die die Entwicklung des Landes im Einklang mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den sozialen Erfordernissen gewährleisten soll. Zugleich will Brandenburg Industrieland bleiben – das ist für unser Land wie für Deutschland insgesamt eine wichtige Schlussfolgerung aus der weltweiten ökonomischen Krise seit 2008. Die neue Wirtschaftsförderstrategie nimmt dies auf. Sie unterstützt unternehmerisches Handeln und bindet diese Unterstützung zugleich an wichtige soziale Kriterien wie etwa die Zurückdrängung des Leiharbeits-Anteils.

1.2 Wir setzen die Leitbilddebatte fort

Das Leitbild »Unsre Heimat« war aus Sicht einer verantwortungsvollen linken Oppositionspartei geschrieben, die bisheriges Regierungshandeln kritisch hinterfragt, konzeptionelle Schwachstellen und Gegenentwürfe präsentiert. Mit dem Schritt in die Regierungsverantwortung wird es umso wichtiger, über die politische Tagespraxis hinausweisende langfristige Ziele, intelligente Strategien für ein gerechtes, solidarisches und zukunftsfähiges Brandenburg zu entwickeln. Dies in dem Wissen, dass die eigenen Ideen und Vorschläge nur dann durchsetzbar sind, wenn hierfür Partner und demokratische Mehrheiten gewonnen werden können. Die Ziele, die wir uns setzen, stehen immer im Bezug zu den heutigen landes- und bundespolitischen Realitäten, mit denen wir uns auseinandersetzen haben. Die geschaffenen Fakten eines fast zwanzigjährigen Regierungshandels in Brandenburg können ebenso wenig ignoriert werden wie die Festsetzungen der gemeinsamen Landesentwicklungsplanung mit Berlin.

Außerdem ist die Welt nicht stehen geblieben. Bankenkrise und Rezession, unregulierte Finanzströme mit katastrophalen Auswirkungen auf ganze Volkswirtschaften, Hunger und Tod in der dritten Welt durch ungehemmte Spekulationen mit Rohstoffen und Nahrungsgütern und nicht zuletzt die immer wieder aufbrechenden militärischen Konflikte rund um den Globus haben neue Themen auf die politische Tagesordnung gebracht. In Brandenburg wie in ganz Deutschland sind wir mit einer immer weiter auseinanderklaffenden Schere von Arm und Reich konfrontiert. Wir erleben neue Erscheinungsformen von privater und öffentlicher Armut. Wir müssen uns mit einer ungerechten und unsolidarischen Steuer- und Haushaltspolitik im Bund auseinandersetzen. Wir haben die komplexen Auswirkungen des demografischen Wandels zu meistern. Energiewende und Klimaschutz haben nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Dimension, der wir uns stellen müssen.

Aus diesen Gründen ist es nach gut drei Jahren in der Regierung Zeit, die Analysen, Zielbeschreibungen und Handlungsvorschläge des Leitbilds von 2009 einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Im Ergebnis unserer neuen Leitbild-Debatte wollen wir Antworten auf die komplexen Herausforderungen finden, mit denen wir den sozial-ökologischen Umbau in Brandenburg vorantreiben können und mit denen wir in den gesellschaftlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land eintreten möchten.

2. Die Welt im Wandel. Alte Probleme – neue Herausforderungen

2.1 Die Welt, in der sich Brandenburg zurecht finden muss

Die Welt ist in Bewegung. Risiken und Unsicherheiten allerorten. Wir wurden Zeuge einer weltweiten Bankenkrise, die uns gezeigt hat, wie locker der Kasino-Kapitalismus mit ganzen Volkswirtschaften jonglieren kann und wie machtlos die Demokratie dem entfesselten Treiben der Geldmärkte gegenüber steht, wenn die Politik ihre Steuerungskompetenz aus der Hand gibt. Wir verfolgen mit wachsender Sorge die täglichen Nachrichten über den Zustand unserer Währung und die immer größere werdenden Rettungsschirme, die den Euro retten sollen. Wir sehen die Zuspitzung sozialer und politischer Konflikte in der EU und fragen uns, wie es mit der europäischen Einigung weiter gehen soll. Wir haben die Kernschmelze von Fukushima im TV miterlebt und lesen täglich über die zerstörerischen Folgen des Klimawandels für das Leben auf der Erde. Wir sind fassungslos angesichts der Ausbreitung gewaltförmiger Konflikte, voller Wut über verantwortungslose Kriegstreiber, deren Zündeleien immer gefährlicher werden.

Aber es ermutigt und motiviert uns, wenn wir sehen, wie sich rund um den Globus engagierte Menschen, Initiativen und Organisationen zu einer Weltgesellschaft zusammenschließen, die genügend Ideen und Kraft für solidarisches Handeln entwickelt, um mit heraufziehenden Bedrohungen fertig zu werden. Wir erkennen auch die enormen Potenziale von Wissenschaft und Technologie für ein besseres Leben im Einklang mit der Natur.

Mit Vernunft Ideen und Kräfte für Brandenburgs Zukunft mobilisieren

Brandenburg ist in vielerlei Hinsicht von globalen Herausforderungen betroffen, deren Dimensionen die Gestaltungsmacht unseres kleinen Landes um ein Vielfaches übersteigen. Die Welt wird sich nicht nach unseren Wünschen richten. Vielmehr werden wir alle unsere Ideen und Kräfte mobilisieren müssen, um Brandenburg auf die Herausforderungen einzustellen und zukunftsfähig zu machen.

Hierzu braucht es vorausschauende und intelligente Strategien, die das Beste aus unseren Stärken und Potenzialen machen. Ohne ein gerüttelt Maß an praktischer Vernunft wird es auch nicht abgehen. Zugleich ist klar: Wenn es nicht gelingt, in einer breiten Koalition der Vernunft die Welt gerechter, solidarischer und friedlicher zu machen, bleibt auch der Erfolg unserer Anstrengungen für Brandenburg bedroht.

Im Leitbild werden daher zu jedem der aufgeworfenen Themen folgende Fragen gestellt:

- Was müssen und können wir bei uns in Brandenburg tun? Welche Stärken und Potenziale können wir selbst entfalten, um unser Land lebenswerter und zukunftsfähig zu machen?
- Welche Forderungen müssen wir an die deutsche und europäische Politik stellen, damit wir die nötigen Rahmenbedingungen bekommen, um in Brandenburg das Richtige tun zu können?
- Wo müssen wir uns mit unseren bescheidenen Kräften weltweit gesellschaftlich einmischen, um zu Frieden, Gerechtigkeit, Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit auf unserem Planeten beizutragen?

Auf jedem Politikfeld suchen wir gemeinsam mit allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern auf diese Fragen eine Antwort, die überzeugt und motiviert.

2.2 Auf der Suche nach Alternativen

Wer in der hochkomplexen Welt von heute mehr will, als sich durch Sachzwänge zu wursteln, braucht einen Kompass. Die Kompassnadel zeigt auf ein Ziel, das hinter dem Horizont des politischen Tagesgeschäfts liegt. Wer überzeugt ist, dass die heutigen Verhältnisse noch lange nicht das Beste aller Möglichkeiten darstellen, wird sich die Frage stellen, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen.

Damit sind wir nicht allein. Vielerorts – und nicht etwa nur im linken politischen Spektrum – wird über Alternativen zum heutigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus nachgedacht. Die krude Realität hat neoliberale Rezepte bis auf die Knochen blamiert. Denkschablonen sind aufgebrochen. Es gibt wieder Raum für Neues. Wir haben einen breiten Wettbewerb der Ideen, wie unsere Demokratie durch selbstbewusstes bürgerschaftliches Engagement stärker und lebendiger werden kann. Viele Menschen geben sich mit vorgegebenen Handlungszwängen und technokratischen Projekten nicht mehr zufrieden, sondern wollen in lebenswichtigen Bereichen wie Wirtschaft, Umwelt oder Klima selbst mitbestimmen und suchen hierfür geeignete demokratische Formen. An diesem Wettbewerb wollen wir uns in Brandenburg mit unseren Ideen und Wertvorstellungen beteiligen.

In nationalem Rahmen geht eine Phase zu Ende, die vom seinerzeitigen Bundeskanzler Kohl (CDU) mit dem Etikett »Standortwettbewerb« versehen und von seinem Nachfolger Schröder (SPD) mit der sog. »Agenda-Politik« geprägt wurde. Deutschland reagierte dabei auf die Herausforderungen von kapitalistisch geprägter Globalisierung und Deregulierung politisch mit Vergünstigungen vor allem für die großen, am Weltmarkt bestimmenden Unternehmen einerseits und mit Sozialabbau andererseits. Die Unternehmen selbst verlagerten ihre Produktion mehr und mehr in Billiglohnländer, um auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu bleiben, und setzten – sofern sie der Binnenmarkt interessierte – darauf, dass sie die ärmer (weil arbeitsloser werdende) einheimische Bevölkerung mit den zu noch geringeren Lohnkosten produzierten Waren aus der Welt der Globalisierung noch hinreichend günstig versorgen konnten. Doch das funktioniert nicht ewig: Die Absenkung des Lohn- und Gehaltsniveaus in Deutschland selbst und die Strangulierung der Sozialleistungen hat eine untere Grenze durchbrochen, wie die inzwischen breite Mindestlohn-Debatte zeigt; mit wachsender Qualifizierung und Organisationskraft steigen allmählich die Arbeitskosten in der globalisierten Welt. Neue wirtschaftliche Akteure machen den deutschen Unternehmen mittlerweile nicht mehr nur bei den Arbeitskosten, sondern zunehmend in Qualität, technologischem Standard und auch Innovationskraft Konkurrenz. Hier entsteht neuer Anpassungsdruck.

Über Deutschlands Grenzen hinaus stellen sich weitere Fragen nach dem Stand der zyklischen Entwicklung, die für Brandenburgs Entwicklung wichtig sind. Hier ist nicht die Rede von zyklischen Konjunkturkrisen, sondern von einige Jahrzehnte umfassenden so genannten »langen Wellen«, den längsten heute bekannten Zyklen, die sich mit einer gewissen Plausibilität statistisch nachweisen lassen. Wissenschaftlich sind sie bis heute umstritten; die damit verbundene Erkenntnis von J. Schumpeter jedoch, dass es für längere Zeiträume bestimmende, grundlegende technische Innovationen (»Basisinnovationen«) gibt, die zu einer Umwälzung in der Produktion und Organisation führen. Für die gegenwärtige Etappe werden *digitale Kommunikation* und *grüne Technologien* als Basisinnovationen diskutiert.

Das absehbare Ende der fossilen Energieträger kann, so der große linke Denker Elmar Altvater, zum »Ende ... des Kapitalismus (führen), wie wir ihn kennen«. Die globalen Finanzkrisen mit ihren ganze Kontinente erschütternden Wirkungen, die Grenzen der Verfügbarkeit fossiler Energieträger und die aus ihrer Verbrennung resultierenden Klimafolgen sieht er als Vorboten dieser Veränderungen. Die Alternativen seien gesellschaftliche Initiativen für Erneuerbare Energien und für die Verwirklichung solidarischer Wirtschaftsformen.

2.3 Unsere Grundwerte: Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft

Für uns bildet die soziale Frage den Dreh- und Angelpunkt verantwortlicher Politik. Keine der großen Zukunftsfragen ist gelöst oder selbst lösbar ohne soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander. Sei es die Energiewende, sei es der demografische Wandel oder der Weg in eine inklusive Gesellschaft: Nur wenn die Belange aller Betroffenen wirklich respektiert werden, nur wenn alle Beteiligten solidarisch eingebunden sind und nachhaltig gewinnen, kann ein großer Wurf gelingen.

Wie sich die Welt
um uns herum verändert

Das Soziale ist Dreh- und
Angelpunkt nachhaltiger Politik

Soziale Gerechtigkeit bedeutet zunächst einmal, dass Lebenschancen nicht von Geburt oder Erbe, sondern von der eigenen Leistung im Rahmen der individuellen Möglichkeiten abhängen. Grotesk überspitzte Managergehälter fern jeder nachvollziehbaren Leistungsrelation sind ebenso ungerecht wie Dumpinglöhne, die das Existenzminimum unterschreiten. Leistungsvergütung muss sich am gesellschaftlichen Nutzen messen lassen, und nicht nur am Marktwert, der zudem oft genug durch Konzerne und Kartelle manipuliert wird. Wir brauchen eine breite öffentliche Debatte über den Begriff des Leistungsträgers und über Wert von Arbeit in jenen Bereichen, die für Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen, wie etwa Bildung und Gesundheit. Zum Thema Gerechtigkeit gehört auch, dass soziale Leistungen außerhalb der Erwerbsarbeit von der Gesellschaft gefördert und gewürdigt werden.

Gerechtigkeit und Solidarität sind zwei Seiten einer Medaille

Soziale Gerechtigkeit bedeutet aber auch, denjenigen Lebenschancen zu erhalten und zu eröffnen, und denjenigen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen, die aus den vielfältigsten Gründen gehindert sind, ihrerseits unter den gegebenen Bedingungen ökonomisch abrechenbare Leistungen zu erbringen. Junge Menschen mit schlechten Startbedingungen auf dem Weg ins Leben brauchen konkrete individuelle Unterstützung, insbesondere durch Bildung. Rentnerinnen und Rentner, die ihr Leben lang aus dem Teufelskreis von Niedriglohnsektor und Erwerbslosigkeit nicht heraus gekommen sind oder ihre Lebensleistung in anderer Form als der Erwerbsarbeit erbracht haben, dürfen dafür im Alter nicht bestraft werden. Menschen, die in Not geraten sind oder ihr Leben nicht aus eigener Kraft bewältigen können, benötigen bedarfsdeckende und individuelle Unterstützungsleistungen. Menschen mit Behinderungen wollen sich ohne physische oder soziale Barrieren am öffentlichen Leben beteiligen. Besondere Solidarität muss jenen Menschen gelten, die wegen ihrer Abstammung, Nationalität oder Sprache, einer Behinderung, ihrer religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung, wegen ihres Geschlechts oder und ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden.

Gerechtigkeit und Solidarität sind zwei Seiten einer Medaille. Solidarität bedeutet aktives Handeln, um jenseits formaler Chancengleichheit wirklich allen Menschen und insbesondere den Benachteiligten in dieser Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Dem stehen noch zu viele Barrieren entgegen. Diese Barrieren zu überwinden, ist in erster Linie eine gesellschaftliche Aufgabe, zu der alle Brandenburgerinnen und Brandenburger beitragen können. Nur eine solidarische Gesellschaft kann einen wirkungsvollen Solidarstaat aufbauen und pflegen.

2.4 Der Markt muss dem Gemeinwohl dienen

Das vergangene Jahrzehnt hat vorgeführt, was deregulierte Märkte mit Volkswirtschaften, Gesellschaften und Staaten anstellen können. Inzwischen haben das offenbar selbst jene eingesehen, die noch vor nicht allzu langer Zeit den Finanzjongleuren Tür und Tor öffneten und den Staat am liebsten ganz aus der Wirtschaft herausnehmen wollten. Nein, die Banken mit ihren durchaus eigenützigen Interessen taugen nicht als Oberhüter der Finanzwelt, ebenso wenig wie Börsen oder Rating-Agenturen. Ja, ein handlungswilliger und handlungsfähiger Staat ist nötig, um Wirtschaft und Gesellschaft vor den Auswüchsen des Kasino-Kapitalismus zu bewahren.

Wir brauchen keine Wirtschaftsordnung, in der Mensch, Gesellschaft und Natur nur abhängige Variable einer Marktlogik sind, die nach Verwertungskriterien über Lebenschancen entscheidet. Volkswirtschaft bedeutet nicht Volk für die Wirtschaft, sondern Wirtschaft fürs Volk. Wir brauchen eine Wirtschaftsordnung, die den Markt durch Normen und Regeln dem Gemeinwohl, der sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung des Lebens unterordnet, und nicht der privaten Kapitalverwertung.

Die Polarisierung von Reichtum und Armut untergräbt die Gesellschaft und die Werte unserer Kultur. Denn die extremen Wohlstandsgewinne ganz Oben entstehen durch Marktmacht und nicht durch Leistung. Die wirklichen Leistungsträger in der Mitte gewinnen kaum und tragen zudem immer größere Lasten, damit die ganze Chose noch funktioniert. Und die ganz Unten erhalten immer weniger Chancen auf wirtschaftliche Teilhabe aus eigener Kraft. Das alles demotiviert und verschüttet Potenziale. Hier muss umgesteuert werden!

Um eine gerechtere Wirtschaftsordnung auf den Weg zu bringen, brauchen wir einen kompetenten Staat als Vollstrecker demokratischer Willensbildung, der Regeln setzt, Impulse gibt und Innovation unterstützt. Einen Staat, der die Kraft für vorausschauendes Handeln zur Bewahrung der natürlichen und sozialen Voraussetzungen hat, auf denen unser Leben, unsere Kultur und unsere Wirtschaft beruhen. Für seine gesellschaftlichen Aufgaben muss der Staat besser ausgerüstet werden. Das erfordert, die Schere zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut zu schließen, indem die Vermögenden, die am meisten von den bestehenden Verhältnissen profitiert haben, auch stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Mehr öffentlicher Reichtum bedeutet mehr Lebensqualität für Alle und stärkt zudem den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

**Nur ein kompetenter Staat
stärkt das Gemeinwohl**

Natürlich wird die Wirtschaftsordnung nicht in Brandenburg gemacht. Noch nicht einmal mehr in Deutschland. Im Zeitalter der Globalisierung agieren Kräfte, die sich hinter Kürzeln wie G 8 oder G 20, EU oder APEC verbergen und die den Bürgerinnen und Bürgern fremd und unkontrollierbar erscheinen. Was können wir in Brandenburg da ausrichten?

Einiges! Land und Kommunen können mit ihren öffentlichen Aufträgen und Investitionen klare Maßstäbe für die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards setzen. Durch Landesplanung, Infrastrukturentscheidungen und Förderinstrumente kann nachhaltige Wirtschaftsentwicklung wirkungsvoll unterstützt werden. Demokratische Politik kann Impulse für mehr Beteiligungskultur in Wirtschaft und Gesellschaft geben. Die Sozialpartner sind aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung mehr innerbetriebliche Demokratie und Mitbestimmung zu wagen. Jeder kann an seinem Arbeitsplatz oder in seinem sozialen Umfeld eine solidarische Kultur des Umgangs miteinander pflegen. Wir ermuntern die Menschen dazu, ihre Angelegenheiten im zivilgesellschaftlichen Miteinander anzupacken und Lösungen zu finden. Wir nehmen dieses Engagement zugleich dort als Impuls und Vorgabe auf, wo staatliches Handeln notwendig ist.

**In Brandenburg Maßstäbe
für ein solidarisches
Miteinander setzen**

2.5 Europäische Einigung am Scheideweg: Für ein demokratisches und zukunftsfähiges Europa

Manchen in Brandenburg mag die europäische Integration bislang wenig interessiert haben. Spätestens mit der Euro-Krise erkennen immer mehr Menschen – die Sache geht uns alle an, und zwar ganz direkt. Wir sind mit den Folgen eines marktdominierten Integrationsansatzes konfrontiert, der blind für die gesellschaftlichen Zusammenhänge der europäischen Einigung ist. Eine Währungsunion ohne Wirtschafts-, Finanz- und Sozialunion zu bauen, war ignorant, fahrlässig und naiv. Erst dadurch ist es zu den wirtschaftlichen Ungleichgewichten und finanziellen Verwerfungen gekommen, die sich nun in zunehmend heftigeren gesellschaftlichen und politischen Konflikten entladen. Die umstrittenen Rettungsschirme sichern bislang den Schuldendienst an die Gläubigerbanken, um die Zahlungsfähigkeit der Staaten zu sichern. Außen vor bleiben die kleinen Leute, die in immer mehr Mitgliedstaaten von grassierender Erwerbslosigkeit, massiven Einkommensverlusten und dem Zusammenbruch der Sozialsysteme betroffen sind.

Über die Auswege aus der Krise wird erbittert gestritten, innerhalb wie auch zwischen den EU-Staaten. Im Streit um die Zukunft des Euros und des gesamten europäischen Integrationsprozesses werden alte Wunden aufgerissen und neue Konflikte ausgelöst. Längst überwunden geglaubte nationalistische und chauvinistische Ressentiments leben wieder auf und werden von unverantwortlichen Politikern für ihre Machtinteressen instrumentalisiert. Was jahrzehntelang aufgebaut worden ist, steht in Gefahr, zu Bruch zu gehen. Das betrifft den europäischen Gedanken im Kern. Der Kern ist die europäische Friedensordnung. Europa steht heute am Scheideweg.

Unsere Antwort auf die Euro-Krise heißt: Die europäische Integration muss auf eine neue, zeitgemäße Basis gestellt werden. Dazu gehört vor allem, umgehend wirksame Schritte zur Umverteilung des enormen Reichtums in Europa einzuleiten. Wir wollen die Politik der Marktliberalisierung stoppen und Leistungen der

öffentlichen Daseinsvorsorge vom Binnenmarkt ausnehmen. Wir fordern einen »sozialen Stabilitätspakt« als ersten Schritt zur Entwicklung einer Sozialunion sowie klare Zielvorgaben und Maßnahmen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Plänen, eine Wirtschafts- und Finanzunion unter deutscher Führung zu schaffen, stellen wir unsere Forderung nach einer Sozialunion entgegen.

Wir wollen mehr Europa, aber neu organisiert und von Grund auf demokratisiert. Wir möchten die europäische Integration von einem Elitenprojekt in ein Bürgerprojekt verwandeln. Wir brauchen keine überbordende Euro-Bürokratie, die jedes Detail unserer Warenwelt und Wirtschaftstätigkeit reglementiert, aber vor den weltpolitischen Herausforderungen kapituliert. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Das Subsidiaritätsprinzip muss endlich durchgesetzt werden. Was sinnvoller Weise vor Ort geregelt werden kann, soll vor Ort geregelt werden. Die europäische Vielfalt ist eine Stärke, die ausgeprägt und nicht wegnormiert werden soll.

Europäische Integration auf neue Grundlagen stellen

Gemeinsam mit anderen linken Kräften stehen wir für einen grundlegenden Politikwechsel in der Europäischen Union. Die Europäische Union muss zu einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union umgestaltet werden. Auf der Tagesordnung steht deshalb eine neue europäische Verfassungsdiskussion, die

nicht von den Regierungen, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern geführt wird. Ausgehend von einem Katalog der europäischen Werte, Freiheiten und Rechte müssen wir uns über die demokratischen Verfahrensregeln, über klare Kompetenzverteilungen sowie über wirkungsvolle gegenseitige Kontrollmechanismen verständigen. Eine zentrale Frage muss die umfassende Verankerung der sozialen Gerechtigkeit und die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der europäischen Politik sein. Wir wollen mehr Europa, aber neu organisiert und von Grund auf demokratisiert. Wir möchten die europäische Integration von einem Elitenprojekt in ein Bürgerprojekt verwandeln.

Selbstbewusst Brandenburgs Interessen in der EU vertreten

Für ein kleines Land wie Brandenburg hängen wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und Sicherheit direkt von seiner Einbindung in die europäische Entwicklung ab. Brandenburg ist heute eine europäische Region, die fest in den Strukturen der Europäischen Union verankert und – mit beachtlichem Erfolg – an den Prozessen zur

Gestaltung der europäischen Integration teilnimmt. EU-Entscheidungen bestimmen die Lebensbedingungen der Menschen hierzulande unmittelbar und in wachsendem Umfang – deshalb müssen Landtag und Landesregierung die spezifisch brandenburgischen Sichten auf die europäische Integration und die Entwicklung der verschiedenen Politikbereiche selbstbewusst und angemessen in die europäische Gesetzgebung einbringen. Zugleich sind in allen Bereichen der Landespolitik europäische Rahmensetzungen entsprechend zu berücksichtigen und für die Entwicklung des Landes nutzbar zu machen. Dazu gehört, die Landesverwaltung grundsätzlich europäischer auszurichten. Denn: Brandenburg braucht Europa!

3. Innovative Wirtschaft – erfülltes Arbeitsleben – gerechte Verteilung

3.1 Wirtschaftlicher Strukturwandel: Zukunftsfähigkeit durch Innovation

Der vor zwei Jahrzehnten begonnene Prozess der Restrukturierung und Stabilisierung der Wirtschaft in Brandenburg setzt sich weiter fort. Die Wirtschaftsstruktur wird von einer starken Industrie und einem wachsenden Dienstleistungssektor geprägt, wobei sich die Branche der Unternehmensdienstleistungen besonders dynamisch entwickelt. Das Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2010 bei 55,8 Md. Euro und übertraf den Vergleichswert aus dem Jahr 1991 um das 2,2-fache. Während der vergangenen Dekade wuchs das BIP schneller als im ost- und gesamtdeutschen Durchschnitt.

Die wirtschaftliche Dynamik wurde auch vom konjunkturellen Einbruch zwischen 2008 und 2010 nicht nachhaltig gebremst. Eine weit größere Herausforderung als die konjunkturellen Schwankungen stellen strukturelle Defizite und Ungleichgewichte dar, die einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in Brandenburg

noch im Wege stehen. Es mangelt an industriellen Kernen, die Innovationsimpulse geben und regionale Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern bilden. Es gibt noch wenige Funktionseinheiten mit hoher Wertschöpfung und Humankapitalintensität. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Ausrüstungsinvestitionen unterdurchschnittlich gewachsen. Der wirtschaftliche Aufholprozess zu den alten Ländern hat sich verlangsamt, wobei große regionale Unterschiede zwischen der Metropolregion um Berlin und dem ländlichen Raum zu verzeichnen sind. Auch deshalb gehört der Industriepolitik eine besondere Aufmerksamkeit. Der von der rot-roten Landesregierung vorgelegte Plan »Pro Industrie« ist dabei eine Grundlage für die weitere Entwicklung Brandenburgs als Industrieland.

Um eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Gang zu setzen, setzt Brandenburg auf einen integrativen ressortübergreifenden Politikansatz für die Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Technologiepolitik, Infrastrukturpolitik, ländlicher Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik. Nach den zum Teil ernüchternden Erfahrungen mit industriepolitisch gepuschten Großprojekten auf der grünen Wiese verfolgt das Land nun eine Strategie, die sich auf die vorhandenen eigenen Stärken und die daraus erwachsenden Potenziale stützt. Entwicklung wird dort unterstützt, wo sie sich vollzieht. Unter dem Leitmotiv »Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln« werden die wirtschaftspolitischen Handlungsschwerpunkte auf Wachstumsbranchen und Regionale Wachstumskerne gelegt. Da die finanziellen Spielräume durch Auslaufen des Solidarpakts, Haushaltskonsolidierung in Land und Bund sowie Abschmelzen der Europäischen Strukturfonds in den kommenden Jahren geringer werden, müssen die verbliebenen Mittel umso konsequenter auf die Handlungsschwerpunkte konzentriert werden. Immerhin stehen in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 noch 1,4 Md. Euro pro Jahr an Mitteln aus EFRE-Fonds für Brandenburg zur Verfügung.

**Nachhaltige Wirtschafts-
entwicklung benötigt
integrativen Politikansatz**

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind die Hauptträger von Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung im Land Brandenburg. Sie bilden das Rückgrat einer robusten und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur. Sie haben sich im konjunkturellen Auf und Ab als Grundpfeiler für Stabilität und Krisenresistenz erwiesen. Auch deshalb bildet die Förderung dieser Unternehmen einen wesentlichen Schwerpunkt in der neu ausgerichteten Wirtschaftsförderung des Landes und bleibt eine wirtschaftspolitische Daueraufgabe. Die Substanzpflege, die Stärkung der Innovationskraft und die damit zusammenhängende Verbesserung der Eigenkapitalsituation der KMU, des Handwerks und der Freien Berufe sind die wesentlichen Aufgaben dabei. Die Förderung von Existenzgründungen, die Investitionsförderung und der Technologietransfer sind feste Bestandteile der Förderpolitik. Die maximalen Fördersätze für kleine und mittlere Unternehmen sollen weiterhin deutlich höher liegen als für Großbetriebe.

**Passgenaue
Unterstützung von KMU**

Die Wachstumsbranchen, die bislang in Branchenkompetenzfelder zusammengefasst waren, sollen zu Kompetenzclustern weiterentwickelt werden. Von dieser Clusterbildung wird ein Innovationsschub erwartet, der Impulse und Synergien für das gesamte Wirtschaftsgeschehen im Land auslöst und damit auch die bisherigen strukturellen Defizite überwindet. Die Entwicklung international wettbewerbsfähiger Kompetenzcluster kann nur gelingen, wenn Brandenburg und Berlin ihre Kräfte vereinigen, insbesondere in Forschung und Entwicklung. Der Großraum Berlin-Brandenburg weist mit 7 Universitäten, 21 Hoch- und Fachschulen sowie rund 250 Forschungsinstituten eine europaweit einmalige Dichte an wissenschaftlichen Einrichtungen auf, die ein herausragendes Innovationspotenzial darstellen. Dieser Tatsache Rechnung tragend, wurde durch die rot-rote Landesregierung eine gemeinsame Innovationsstrategie auf den Weg gebracht. Damit ist es erstmals in der Bundesrepublik gelungen, eine länderübergreifende Strategie zu entwickeln.

**Wachstumsbranchen sollen
zu Kompetenzclustern werden**

Im Rahmen der Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg wurden fünf gemeinsame Kompetenzcluster ausgewählt. Die Entwicklung solcher Cluster beschränkt sich aber nicht auf die Zusammenarbeit mit Berlin. Um den spezifischen Brandenburger Verhältnissen Rechnung zu tragen, wurden vier Brandenburgspezifische Cluster etabliert. Die Förderung der Kompetenzcluster soll künftig neben der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung absolute Priorität genießen, auch angesichts des Rückgangs der zur Verfügung stehenden Mittel. Gerade letzteres muss dazu führen, in der nichtmonetären Förderung eine neue Qualität zu erreichen.

Regionale Wachstumskerne fördern gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Förderung von Kompetenzclustern kann eine Strukturpolitik, die Impulse für alle Regionen setzt und krasse Disparitäten verhindert, nicht ersetzen. Jede Region hat ein Recht darauf, bei der Aktivierung ihrer Potenziale und Überwindung ihrer Schwächen vom Land unterstützt zu werden. Deshalb muss es auch weiterhin um die Zusammenführung von sektoraler und regionaler Wirtschaftsförderung gehen. Die Aufhebung der regionalen Bindung für die Förderung von Branchenkompetenzen war dazu ein wichtiger Schritt. Die 15 Regionalen Wachstumskerne, die über besondere wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale verfügen, sind über ganz Brandenburg verteilt. Die Förderung dieser Wachstumskerne wird fortgesetzt, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Breite zu unterstützen und somit die ökonomischen Grundlagen für gleichwertige Lebensverhältnissen im ganzen Land zu schaffen. Dies gilt auch für die technische und soziale Infrastruktur.

Integrierte öffentliche Investitionsstrategie entwickeln

Auf lange Sicht brauchen wir eine integrierte öffentliche Investitionsstrategie, die ressortübergreifend alle Vorhaben der Wirtschaftsförderung, Infrastrukturentwicklung, Bildung und Forschung, Kultur und Freizeit zusammenfasst, welche zur Stärkung der »harten« und »weichen« Komponenten des Wirtschaftsstandorts Brandenburg beitragen und somit unser Land für private Investoren wie auch Fachkräfte attraktiv machen. Zu den Zielen eines solchen Investitionsprogramms 2020plus muss gehören, die Kreativwirtschaft als Mittler zwischen Forschung und Verwertung zu ertüchtigen, die Potenziale für eine Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit hoher Wertschöpfung zu aktivieren (speziell in Gesundheit und Pflege) sowie regionaler Kreisläufe und nachhaltige Landwirtschaft zu unterstützen. Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik bedeutet auch, die Entscheidungskriterien für Wirtschaftsförderung an die Einhaltung bzw. Erreichung sozialer und ökologischer Standards zu binden. Die erstmals in der Wirtschaftsförderung erfolgte Verankerung solcher Kriterien wie Energieeffizienz und Leiharbeitsbeschränkungen sind ein erster Schritt dazu.

Brandenburg ist ein gefragter Handels- und Wirtschaftspartner. Die Außenwirtschaftsbeziehungen zu unseren Nachbarn in Polen und in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, aber auch in den Ostseeraum, nach Westeuropa und nach Übersee sind stetig gewachsen. Die Potenziale der Brandenburger Wirtschaft sollen dabei noch mehr als bisher entwicklungspolitisch zum Tragen kommen. Brandenburger Know-how soll weltweit für die Unterstützung von ressourcen- und klimagerechten Wirtschaftsstrukturen und für eine nachhaltige, friedliche Entwicklung nutzbar gemacht werden. Hierzu trägt auch die vielfältige internationale Zusammenarbeit der Ressorts der Landesregierung bei. Ein breiter wirtschaftlicher Informations- und Erfahrungstransfer nutzt nicht nur den Partnern, sondern auch Brandenburg. Er sichert nicht zuletzt auch Arbeitsplätze. Die Partnerschaftsbeauftragten in Polen und Rumänien und das geplante Verbindungsbüro des Landes in Szczecin sollen als Bindeglied zwischen Landespolitik, Wirtschaft und Gesellschaft in Brandenburg und den Partnerregionen wirken.

3.2 Die Energiewende – tiefgreifender Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit

Brandenburg ist Energieland und will Energieland bleiben. Es war und ist noch ein Land der Braunkohlenförderung und Braunkohleverstromung – es ist bereits und wird in zunehmendem Maße ein Land der Erneuerbaren Energien. Schon jetzt hat unser Land dabei eine Vorreiterrolle in Deutschland und Europa inne. Mit der von der rot-roten Koalition beschlossenen Energiestrategie 2030 geht Brandenburg einen weiteren wichtigen Schritt – vom aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin zur Gestaltung des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien. Kern ist dabei die Systemintegration Erneuerbarer Energien. Wir rücken damit eine Basistechnologie unserer Zeit ins Zentrum politischer, ökonomischer, sozialer und gesellschaftlicher Anstrengungen und Veränderungen. Damit werden nicht nur technische Innovationen herausgefordert.

In der Energieerzeugung erfolgt der Übergang von der Zentralität zur Dezentralität. Auf der Unternehmensseite fächert sich die Struktur auf – die Bedeutung des

bisherigen Monopolisten Vattenfall geht zurück, neue Unternehmen treten auf, neue Organisationschancen können und müssen genutzt werden.

Das zukünftige Energiewirtschaftssystem wird dezentraler und mittelständischer geprägt sein. Es zeichnen sich weitreichende Veränderungen vor allem in den Erzeugungs- und Netzinfrastrukturen ab. Stadtwerke als wesentlicher Eckpfeiler einer nachhaltigkeitsgerecht fortentwickelten Energiewirtschaft sind mit ihren dezentralen Erzeugungs- sowie Netzinfrastrukturen und Energiedienstleistungen verlässliche Partner. Mit ihren geplanten umfangreichen Investitionen in effizientere Kraftwerke, die Erhaltung und Erweiterung der zukünftig »intelligenten« Verteilernetze sowie durch den Ausbau ihres Energiedienstleistungsangebots für die Wirtschaft und die Privatkunden können Stadtwerke auch einen beachtlichen Beitrag zur Erreichung der gesellschaftlich gewollten Energiewende leisten. Das Engagement der Stadtwerke ist in wesentlichem Maße darauf angewiesen, dass langfristig belastbare ordnungspolitische Rahmenbedingungen gesetzt und die kommunale Energiewirtschaft auf ausreichende Investitionsanreize vertrauen kann.

Stadtwerke als Eckpfeiler einer nachhaltigen Energiewirtschaft stabilisieren

Im Zuge der Energiewende verwandeln sich bisherige Schwächen in gefragte Ressourcen – Flächen in dünn besiedelten Gebieten können in Wind- oder Solarparks umgewandelt werden. Neue Konkurrenzen entstehen – bei der Frage, ob Äcker landwirtschaftliche Nutzfläche bleiben oder dem Anbau von Biomasse nutzen sollen. Bürgerinteressen werden berührt – in die bisherige Stille mischt sich das Brummen von Windrädern oder das Summen von Elektroleitungen. Für viele bricht der bislang abstrakte Wunsch nach Erneuerbaren Energien an der Frage, ob und wie weit sie das eigene Lebensumfeld verändern dürfen. Bürgerinnen und Bürger wie auch Gemeinden fragen sich, ob sie den Aufbau einer Erneuerbare-Energien-Wirtschaft fremden Investoren überlassen sollen, oder ob sie sich selbst engagieren, ob sie selbst investieren – zum eigenen Nutzen und zum Nutzen der Allgemeinheit.

Beteiligung an den Prozessen der Energiewende bedeutet aber nicht nur Beteiligung an Planungsprozessen. Es bedeutet vielmehr auch, Wege aufzuzeigen, wie Bürgerinnen und Bürger und Kommunen direkt Vorteile aus der dezentralen Stromproduktion ziehen können. Mit der vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Studie zu Bürgerbeteiligungsmodellen werde dazu Wege aufgezeigt. Neue Chancen, neue Interessen keimen auf. Das Veränderungspotenzial der Erneuerbaren Energien ist größer, als es durch eine Top-Down-Strategie von Landespolitik und interessierten Unternehmen ausgeschöpft werden könnte. Politik und (umwelt-)politisch Engagierte können und müssen mehr leisten, als für die Erneuerbaren Energien zu werben oder Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern aus höherer Überzeugung tapfer argumentativ zu widerstehen.

Wer die Gesellschaft nach vorn verändern will, muss Interessen daran wecken, organisieren, unterstützen und bündeln. Warum sollen Menschen nur individuell ihr eigenes Haus mit Solarzellen energetisch unabhängig machen? Warum tun das nicht Gemeinden, Kietze oder Eigentümergemeinschaften? Man kann kommunale oder Bürger-Genossenschaften bilden, die kleine Wind- oder Solarparks betreiben – zum Nutzen der Kommune, zum Nutzen der Einzelnen. Erfolgversprechende Pilotprojekte und kluge Modelle dafür gibt es. Diese Impulse sind von der Landesregierung in vielfältiger Art und Weise aufgegriffen worden. Akzeptanz und Beteiligung sind als neuer Bestandteil in das bisherige Zieldreieck von Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit aufgenommen worden. Durch das REN plus-Programm werden Regionale Planungsgemeinschaften und Kommunen bei der Erstellung regionaler Energiekonzepte unterstützt. Projekte kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz werden durch ein spezielles Programm der ILB gefördert.

Energiewende in Bürgerhand, Genossenschaften und Eigentümergemeinschaften bilden

Strukturwandel wird nie ein eindimensionaler, widerspruchsfreier Vorgang sein. Strukturwandel ist die Gleichzeitigkeit von Vergehen und Entstehen, er ist das möglichst vorwärts gewandte Lösen von Konflikten. Mit dem Erstarken der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von der Braunkohleverstromung heran. Eine Vollversorgung Brandenburgs und Berlins aus erneuerbarem Strom zu jeder Stunde des Jahres ist spätestens bis zum Jahr 2030 rein rechnerisch möglich; die Energiestrategie 2030 hält sogar einen früheren Zeit-

punkt für möglich. Dies auch technisch zu ermöglichen, setzt aber die Speichermöglichkeit der Erneuerbaren Energien und, wie in der Energiestrategie als Aufgabe benannt, deren Systemintegration voraus.

Speichertechnologien fördern, Netze maßvoll entwickeln

Die Region Berlin-Brandenburg ist jedoch kein autarkes Versorgungsgebiet. Brandenburg ist fest eingebunden im deutschen bzw. europäischen Energieverbund – und wird dort auch gebraucht, so lange z. B. Länder wie Baden-Württemberg den Ausfall des dort erzeugten Atomstroms nicht aus selbst produzierten Erneuerbaren Energien oder durch Zulieferungen von Überschüssen aus Erneuerbaren Energien aus dem Norden Deutschlands kompensieren können. Dafür allerdings müssen die notwendigen Netze und Speichertechnologien erst kommen. 4000 km neue Trassen sind notwendig. In den letzten fünf Jahren sind aber durchschnittlich nur 18 km pro Jahr neu gebaut worden. In Brandenburg hat die Zunahme von Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen vor diesem Hintergrund zu Ungleichgewichten von Einspeisung und Netzlast geführt. In wachsendem Umfang kann die erzeugte Energie gar nicht mehr fortgeleitet werden.

Nicht nur für den Netzausbau hat die Bundesregierung seit ihrer jähen Wende zum Atomausstieg keine Strategie, keine Koordination und keinen Masterplan. Das EEG ist dringend reformbedürftig, umlagefinanzierte Anreize stoßen an ihre Grenzen. Anreize fehlen oder laufen aus – mit dramatischen Folgen wie für die Solarindustrie. Wirksame Finanzierungsinstrumente sind nicht vorhanden, gegen die wachsenden Energiekosten für die Verbraucher fehlt ein Konzept. Hier besteht dringender Änderungsbedarf! Brandenburg allein kann diese Defizite nicht kompensieren.

Vernünftige Kriterien für Flächennutzungskonkurrenz einführen

Welche widersprüchlichen Effekte mit der Energiewende einher gehen, wird im ländlichen Raum besonders deutlich. Die Wende hin zu den Erneuerbaren Energien trägt mit zu einer Flächennutzungskonkurrenz bei, für die es vernünftige Kriterien und Rahmen braucht. Der weiter um sich greifende Anbau von Energiepflanzen löst nicht nur Ackerland aus dem Bestand landwirtschaftlicher, also auf Nahrungsmittelproduktion ausgerichteter Nutzfläche heraus, sondern droht die Böden auszulaugen, weil Fruchtwechsel nicht stattfinden. Ein anderer Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche geht an Bau- und Infrastrukturprojekte, aber auch an den Naturschutz verloren.

Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, die einen hohen regionalen Verarbeitungsgrad haben, sind dennoch zu recht fester Bestandteil künftiger Entwicklung im ländlichen Raum. Das Dorf muss aber sowohl in seiner traditionellen Rolle als Lebensmittelproduzent als auch in den neuen Funktionen als Landschaftspfleger und Hersteller nachwachsender Rohstoffe eine Perspektive erhalten.

3.3 Nachhaltige Landwirtschaft voranbringen

In Brandenburg hat sich eine leistungsfähige Landwirtschaft herausgebildet, die erheblich zur ökonomischen und sozial-ökologischen Entwicklung im ländlichen Raum beiträgt. Weite Bereiche der Landwirtschaft werden von hochproduktiven Agrarbetrieben geprägt. Manche sind aus LPGs hervorgegangen, aber landwirtschaftliche Großbetriebe hat es in Brandenburg schon immer gegeben, sie waren Teil der märkischen Agrikultur. Ihre wirtschaftliche Kompetenz sollte künftig noch wirksamer für den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und für die Entwicklung einer regenerativen Energie- und Rohstoffwirtschaft genutzt werden.

Es gibt Unterschiede, aber keinen Gegensatz zwischen Agrarbetrieben und Bauernhöfen. Eine verantwortliche Agrarpolitik wird dafür sorgen, dass die hohen qualitativen und ökologischen Anforderungen an Produkt und Herstellungsverfahren von allen landwirtschaftlichen Produzenten zu jeder Zeit eingehalten werden – unabhängig von der Betriebsgröße. Hierzu bedarf es auch einer kontinuierlichen Evaluierung und Erneuerung der Prüf- und Kontrollverfahren. Die gegenseitige Ergänzung von größeren Agrarbetrieben und kleinteiligen bäuerlichen Wirtschaftsformen zählt zu den Grundpfeilern einer stabilen und nachhaltigen Landwirtschaft in Brandenburg. Das soll auch so bleiben.

Die Agrarpolitik sollte so ausgestaltet werden, dass sie stärker als Strukturpolitik wirkt, regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und kreative örtliche Potenziale ent-

faltet, damit ein größerer Teil der Wertschöpfung im Dorf erfolgt. Dies gilt ganz besonders in dünn besiedelten ländlichen Räumen. Der Aufbau regionaler Verwertungs- und Vermarktungsstrukturen soll durch verbesserte Infrastruktur und Förderung von Pilotprojekten unterstützt werden. Berlin spielt dabei als Markt für brandenburgische Produkte eine entscheidende Rolle. Regionalen und lokalen Kreativitätspotenzialen für die Vernetzung von landwirtschaftlicher Produktion, Handwerk, Gemeinwesenstrukturen und Tourismus muss mehr Raum zur Entfaltung gegeben werden. Solche Wirkungszusammenhänge begründen wirtschaftliche Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Integration auf dem flachen Land. Sie stehen in der Tradition märkischen Lebens und machen das kulturelle Erbe für unsere Zukunft fruchtbar.

Agrarpolitik muss die kreativen Potenziale vor Ort stärken

Der ökologische Landbau in Brandenburg hat während der vergangenen zwei Jahrzehnte einen enormen Aufschwung erfahren. Jeder achte Agrarbetrieb in Brandenburg wirtschaftet ökologisch. Mehr als 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Die Verbreitung eines qualitäts- und umweltbewussten Verbraucherverhaltens hat den Markt für ökologisch erzeugte Produkte in den vergangenen Jahren anwachsen lassen. Dennoch werden die Nachfragepotenziale für hochwertige Bioprodukte, die speziell in Berlin, aber auch in anderen Großstädten und Ballungsräumen bestehen, bislang bei Weitem nicht ausgeschöpft. Im Land müssen Projekte zur Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen des ökologischen Landbaus besser unterstützt werden. Die Qualitätsmarke Brandenburg muss über Region und Land hinaus massiver und wirkungsvoller platziert werden.

Ökologischen Landbau fördern, Produkte besser vermarkten

In der Agrarpolitik ist Gentechnik eine Gretchenfrage. DIE LINKE lehnt Gentechnik in der Landwirtschaft grundsätzlich ab, denn Gentechnik in landwirtschaftlichen Produkten widerspricht den Interessen der Verbraucher, ist mit nicht abschätzbaren Risiken verbunden und nicht mehr rückholbar. Landwirte werden in die Abhängigkeit von Saatgutunternehmen getrieben. Für den ökologischen Landbau zählt die Bewahrung von gentechnikfreien Räumen zu den unabdingbaren Voraussetzungen. Solche Initiativen brauchen angesichts komplizierter rechtlicher Aspekte und vielfältiger Interessenlagen von Beteiligten und Betroffenen eine engagierte landespolitische Unterstützung mit Rat und Tat.

Die Sicherung der Daseinsvorsorge durch Nahrungsmittel- und Energieproduktion sowie die Bedeutung des ländlichen Raums für Mensch, Landschaft und Wirtschaft rechtfertigen auch zukünftig einen erheblichen Fördermitteleinsatz aus dem europäischen Haushalt. Besser als bisher muss es in der nächsten EU-Förderperiode gelingen, diese Ziele mit anderen gesellschaftlichen Anforderungen wie dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt zu verbinden. Der Förderung von Arbeitsplätzen und guter Arbeit muss ein besonderer Stellenwert beigemessen werden. Der Abgleich der unterschiedlichen öffentlichen Interessen bei der Gestaltung und Umsetzung der Agrarförderung ist eine große Herausforderung für die Agrarpolitik auf EU-, Bundes- und Landesebene.

Die Verfügbarkeit des Bodens als Produktionsfläche ist unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Landwirtschaft. Der Staat darf durch seine Privatisierungspolitik nicht Boden und Betriebe in die Hände landwirtschaftsfremder Investoren treiben, sondern muss vielmehr eine gesunde Landwirtschaftsstruktur und den Verbleib von Wertschöpfung in der Region sichern. Dies gilt im Grunde auch für die Forstwirtschaft.

3.4 Qualifiziert arbeiten für ein Leben in Würde

In der heutigen Gesellschaft bestimmt Erwerbsarbeit über das Maß an gesellschaftlicher Teilhabe. Sie ist Hauptquelle des materiellen Wohlstands, gehört zu einem sinnerfüllten Leben und prägt den sozialen Status. Zu den Prinzipien einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zählen die Vergütung nach Leistung, die Chancengleichheit im Berufsleben und die besondere Unterstützung derer, die zur Wahrnehmung von Chancengleichheit physische, mentale oder soziale Barrieren überwinden müssen. Zum erfüllten Arbeitsleben gehören die demokratische Mitbestimmung im Betrieb und die gesellschaftliche Würdigung guter Arbeit.

Gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind eine Forderung, die in der Mitte der Gesellschaft beginnt, und nicht erst an den prekären Rändern des Erwerbslebens. In Brandenburg sind die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte im vergangenen Jahrzehnt zwar um 13 Prozent gewachsen, die Verbraucherpreise jedoch um 16 Prozent. Faktisch wurde die Steigerung bei den Erwerbseinkommen durch die Inflation aufgeessen. Die Arbeitslosenquote ist zwischen 2000 und 2012 von 19 auf 10 Prozent gesunken. Demgegenüber haben prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit oder befristete Anstellung deutlich zugenommen, mehr als jeder dritte Beschäftigte befindet sich heute in einer solchen Erwerbssituation.

Ohne gesetzlichen Mindestlohn kann Armut nicht verhindert werden

Ziel ist, eine gerechte Teilhabe der abhängig Beschäftigten an den Gewinnsteigerungen zu erreichen, die durch Produktivitätsfortschritt und gesteigerte Wertschöpfung erzielt werden. Wir brauchen einheitliche Sozialstandards für alle Beschäftigungsarten. Die Armut in der Arbeit muss beendet werden. Auf der Tagesordnung steht ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, der ein Leben deutlich über der Armutsschwelle ermöglicht und Armut im Alter verhindert. Allen Erwerbslosen soll eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung zur Verfügung stehen, die eine menschenwürdige Existenz hierzulande erlaubt. Diskriminierungen jeglicher Art ist konsequent entgegenzutreten. Eine Frauenquote für wirtschaftliche Führungspositionen ist überfällig.

Diese Forderungen können nur gesamtgesellschaftlich und bundesweit durchgesetzt werden. Die Sozialpartner und die Politik in Brandenburg müssen hierzu ihren Beitrag leisten. Darüber hinaus stehen der Landespolitik Steuerungsinstrumente und Regelungsmöglichkeiten zur Verfügung, um in Brandenburg selbst Maßstäbe zu setzen und Signalwirkungen für eine gerechte und solidarische Umgestaltung der Arbeitswelt zu erzeugen. Wir treten dafür ein, dass der Gesamtkomplex der Arbeitsbeziehungen, inklusive Rechte der Beschäftigten, Mitbestimmung, Gesundheitsschutz, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Organisation der beruflichen Qualifikation in einem Arbeitsgesetzbuch zu bündeln. Auch über eine Verkürzung der Arbeitszeit muss wieder geredet werden.

Anlauf für einen neuen ÖBS unternehmen

Wir bekennen uns konsequent zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Öffentlichen Beschäftigungssektor, der reguläre Beschäftigungsverhältnisse schafft. Die Weiterentwicklung dieses Projekts soll auf einer Verknüpfung von Förderinstrumenten des Bundes mit denen von Land und Kommunen beruhen, wobei die Fördermöglichkeiten durch die europäischen Struktur- und Sozialfonds in der Förderperiode ab 2014 genutzt werden sollen. Die bisherigen Defizite des ÖBS, wie Lohnuntergrenze, begrenzte Förderdauer und Verzicht auf Arbeitslosenversicherung, zu beheben. Fortbildungsangebote für Arbeitslose sind im Hinblick auf die fachlichen und sozialen Anforderungen des ersten Arbeitsmarkts und den wirklichen Bedarf an beruflicher Kompetenz zu qualifizieren.

Mit dem Vergabegesetz soziale Standards setzen

Mehr als jeder zehnte Erwerbstätige ist im öffentlichen Dienst beschäftigt. Öffentliche Einrichtungen wirken als sozial verantwortliche Arbeitgeber mit Vorbildfunktion und setzen Normen, die auf die Gestaltung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsbeziehungen einwirken. Das Vergabegesetz für öffentliche Aufträge fixiert Mindestlöhne und setzt soziale Standards, die weit in die Privatwirtschaft hineinwirken. Tarifliche und soziale Kriterien bei der Bewilligung von Fördermitteln stärken verantwortliches Unternehmertum und steigern die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts für Fachkräfte.

Tarifbindung erhöhen – Brandenburg ist kein Billiglohnland

Guter Lohn für gute Arbeit geht nur mit starken Gewerkschaften. Es ist nötig, die Tarifbindung im Land zu erhöhen und prekäre Beschäftigung energisch zurückzudrängen. Damit Brandenburg im Wettbewerb um hochqualifizierte und engagierte Fachkräfte bestehen kann, muss es sein früheres Image als Billiglohnland endgültig abstreifen. Vorausschauend Fachkräftesicherung erfordert ein wettbewerbsfähiges Lohnniveau und familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Attraktive Ausbildungsangebote sollen helfen, junge Menschen im Land zu halten. Fortbildungsangebote helfen, mit dem Tempo technologischer Innovation Schritt zu halten und den spezifischen Fachkräftebedarf auch innerbetrieblich abzusichern. Zuwanderung muss als wirkliche Chance für eine nachhaltige Wirt-

schaftsentwicklung in Brandenburg begriffen und im Interesse gesellschaftlicher Integration verantwortlich gestaltet werden. Wirtschaftliche Teilhabe durch innerbetriebliche Mitbestimmung soll verbessert werden, wobei für die unterschiedlichen Unternehmensgrößen und Organisationsformen maßgeschneiderte Lösungen im gemeinsamen Interesse der Sozialpartner zu finden sind.

Wir meinen: die Zukunft Brandenburgs ist weiblich! Im Zusammenwirken mit dem Frauenpolitischen Rat wurde mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2011 bis 2014 ein konkretes Maßnahmenpaket verabschiedet, um die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Das Programm wird im Dialog mit Frauenorganisationen und Initiativen regelmäßig aktualisiert und mündet in konkreten Schritten im Sinne der weiteren Gleichstellung von Frauen. Das alles sind Hoffnungszeichen. Dennoch liegen auch in Brandenburg die Löhne und Gehälter von Frauen bei gleicher Qualifikation unter den vergleichbaren Bezügen der Männer. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist sehr gering. Grundsätzlich geht es darum, die Potentiale, die Kreativität und das Schöpferium der Frauen für nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung voll zur Geltung zu bringen. Eine Frauenquote für Führungspositionen ist überfällig. Die Umsetzung dieser Ziele ist nicht allein eine Aufgabe von Sozialpolitik oder Frauenvertretungen. Ein neuer Aufbruch im gesellschaftlichen Bewusstsein steht an. Wir brauchen ein sozio-kulturelles Umfeld, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht und dadurch neue gesellschaftliche Entwicklungspotentiale freisetzt.

Die Vielzahl der Einzelthemen erfordert einen ganzheitlichen Ansatz zur Neuordnung der Arbeitsverhältnisse im Land. Im Mittelpunkt muss die Teilhabe der Beschäftigten am Wirtschaftsleben stehen. Wir schlagen ein »Bündnis für Gute Arbeit in Brandenburg« vor, in dem Landespolitik und Arbeitsagentur, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Kommunen und Bildungseinrichtungen, Selbstvertreter und Interessengemeinschaften sowie die Verbände der Wohlfahrtspflege vertreten sind.

**Im Land ein »Bündnis
für Gute Arbeit« schaffen**

4. Bildung hat Vorfahrt im Kulturland Brandenburg

4.1 Bildung ist die Quelle aller Nachhaltigkeit

In der Wissensgesellschaft ist Bildung die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, für individuellen Wohlstand und für die politische Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Dieses Potenzial kann nur dann in vollem Umfang aktiviert werden, wenn der Zugang zur Bildung für Alle nicht nur auf dem Papier steht, sondern auf breiter Front umgesetzt wird. Im vergangenen Jahrzehnt ist zwar die Zahl der Abiturienten bei insgesamt sinkender Schülerzahl leicht gestiegen. Der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss ist um fast die Hälfte gesunken. Unter Rot-Rot wurden mehr Lehrer eingestellt. Dennoch bleiben erhebliche Defizite bestehen. Noch immer ist eine umfassende soziale Gleichheit in der Bildungsteilhabe nicht gesichert. Der Zugang zu höherer Bildung ist zu stark vom Status der Eltern abhängig. Frühe Auswahl durch das gegliederte Schulsystem schneidet Bildungschancen ab. Die Schulklassen sind, speziell in den Ballungsräumen, noch immer zu groß. Eine nachhaltige Personal Ausstattung ist noch immer nicht gesichert. Hinzu kommt, dass die Schulbildung strukturell nicht hinreichend auf die Anforderungen eingestellt ist, die aus den divergierenden demografischen Entwicklungen in den verschiedenen Landesteilen erwachsen.

Kurz und gut: Manches hat sich während der vergangenen Jahre verbessert, aber im Paradigmenwechsel, der dem Thema Bildung wirklich oberste Priorität in der öffentlichen Wertschätzung und in der Hierarchie der politischen Handlungsfelder verschafft, stehen wir noch am Anfang. Damit bei den öffentlichen Investitionen eine nachhaltige Trendwende vom Beton in die Köpfe erfolgen kann, brauchen wir einen gesellschaftlichen Lernprozess, der letztlich auch konsequentes

politisches Handeln auf allen Ebenen erzwingt. Dieser Diskurs muss in Brandenburg noch intensiver geführt werden. Angesichts der erheblichen Diskrepanzen in der Finanzausstattung der Länder muss auch der Bund hier stärker in die Verantwortung genommen werden.

Zwölfjährige Gemeinschaftsschule einführen

Zentraler Bestandteil unseres bildungspolitischen Leitbilds ist die zwölfjährige Gemeinschaftsschule, die bis zur Hochschulreife führt. Diese Schule wollen wir – beginnend mit der nächsten Legislaturperiode – in Brandenburg einführen. Wir sehen darin die größte bildungspolitische Herausforderung der kommenden Jahre, denn sie ist mit einem veränderten pädagogischen Konzept verbunden – und es wird nur getragen durch ein Umdenken in der Gesellschaft, das einen breiten Dialog voraussetzt. Sowohl Eltern als auch Schulträger gilt es davon zu überzeugen, dass alle davon profitieren. Der inklusive Bildungsansatz fördert die fachliche und soziale Kompetenz aller Schüler. Besondere Fähigkeiten werden individuell gefördert, ebenso wie Defizite durch individuelle Zuwendung behoben werden. Soziale Barrieren und Behinderungen werden in der Gemeinschaft überwunden. Die Schule bereitet auf eine Gesellschaft vor, die vom Einzelnen hohes Fachwissen und Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft und sozial verantwortliches Handeln gleichermaßen einfordert. Bildung und Erziehung gehören zusammen.

Individuelle Förderung bedeutet individuelle Zuwendung. Im Klartext bedeutet dies bessere Lehrer-Schüler-Quoten, kleinere Klassen sowie zusätzliches Personal für den Kleingruppenunterricht, für die Begabtenförderung und die Nachhilfe. Junge kompetente und motivierte Lehrerinnen und Lehrer werden heutzutage in allen Bundesländern gesucht. Wer in diesem Wettbewerb um Fachkräfte bestehen will, muss eine gute Bezahlung und ordentliche Berufsperspektiven bieten. All dies ist ohne eine deutlich bessere Finanzausstattung des Schulsystems nicht zu haben.

In der guten Schule für Alle sollten Wissenserwerb und praktisch-produktive Anwendung wieder stärker miteinander verknüpft werden. Dies stärkt nicht nur die lebensweltliche Kompetenz der Schülerinnen und Schüler, sondern bereitet auch besser auf das Berufsleben vor. Durch Kooperationsbeziehungen können sich Schule und Wirtschaft gegenseitig unterstützen. Die Schülerinnen und Schüler lernen die Arbeitswelt kennen, die Unternehmen können frühzeitig vermitteln, welche Anforderungen sie an Auszubildende und Beschäftigte stellen. Das duale System der Berufsbildung bringt Fachkräfte mit sehr guter theoretisch-praktischer Qualifikation hervor. Es ist ein Wert, um den uns viele Länder beneiden. Im Spektrum der weiterführenden Bildungsangebote sollte dieser Bildungsweg auch künftig seinen Platz behalten und seine Qualitäten weiter ausprägen.

Innovationsschub in der Lehrerbildung auslösen

Wir brauchen einen Innovationsschub in der Lehrerbildung. Der Erwerb von Fachwissen bleibt eine wichtige Voraussetzung. Entscheidend für den Bildungserfolg ist aber nicht, wie viel die Lehrkraft weiß, sondern wie viel von diesem Wissen den Schülerinnen und Schüler vermittelt werden kann. Unterrichtsmethoden und Didaktik der Wissensvermittlung müssen in der Lehrerbildung einen höheren Stellenwert erhalten. Diskursive Lehr- und Lernformen werden eine größere Rolle spielen, sowohl im Lehrer-Schüler-Verhältnis als auch im Klassenverband.

Regionale Diskrepanzen erfordern maßgeschneiderte Konzepte

Die regionalen Diskrepanzen erfordern maßgeschneiderte Konzepte, von verdichteten Bildungsangeboten mit pädagogischer Vielfalt in den Ballungsräumen bis hin zu Kleinstschulen und dezentralen Strukturen in dünn besiedelten ländlichen Räumen. Zumindest im Grundschulbereich sollte ein möglichst engmaschiges Netz an wohnortnahen Schulangeboten bewahrt bleiben. Weiterführende Schulen sollen in den zentralen Orten konzentriert werden, und dort möglichst in multifunktionalen Stadtzentren, wo die Einrichtungen der Daseinsvorsorge einander ergänzen und sich gegenseitig in ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit unterstützen. Schulen in freier Trägerschaft bleiben fester Bestandteil der brandenburgischen Bildungslandschaft und tragen zur pädagogischen Vielfalt bei. In seinem Beitrag zur finanziellen Ausstattung der freien Schulträger orientiert sich Brandenburg am Grundsatz der Chancengleichheit für jede Schülerin und jeden Schüler im Land.

Landes- und Kommunalpolitik müssen sich ihrer Verantwortung für den Erhalt der in Brandenburg gesprochenen und europarechtlich geschützten Sprachen Niedersorbisch und Niederdeutsch stellen. Das Brandenburger Bildungssystem

muss sehr viel stärker als heute die Bedürfnisse derjenigen berücksichtigen, die eine anerkannte Minderheiten- oder Regionalsprache noch als Muttersprache sprechen oder sich diese als Mutter- oder Fremdsprache aneignen wollen. Insbesondere die mehr als 10jährigen Erfahrungen mit dem Witaj-Projekt sind endlich auf die notwendigen konzeptionellen, schulorganisatorischen, personellen und auch finanziellen Grundlagen zu stellen. Denn Niedersorbisch gehört zu unserem Land – dauerhaft!

Bildung beginnt in der frühen Kindheit. In Brandenburg wird traditionell großer Wert auf frühkindliche Bildung und Erziehung gelegt. Unter Rot-Rot wurde der Betreuungsschlüssel in den Kitas verbessert. Die Zahl der Kita-Plätze und der Kindertageseinrichtungen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Inzwischen besuchen fast die Hälfte aller Kinder unter 3 Jahren und nahezu alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren eine Kindertageseinrichtung. Im Hinblick auf Versorgungsdichte und Qualität der frühkindlichen Erziehung nimmt Brandenburg in Deutschland ein Spitzenposition ein. Um diese Position dauerhaft zu halten, müssen die wohnungsnahen Betreuungsangebote entsprechend der jeweiligen demografischen Entwicklung in den einzelnen Regionen weiter ausgebaut und in ihrer Struktur bedarfsgerecht diversifiziert werden. Zur Sicherung der Qualität der frühkindlichen Bildung muss der Betreuungsschlüssel weiter deutlich verbessert werden. Der erhöhten Verantwortung und Arbeitsbelastung von Erzieherinnen und Leiterinnen müssen die Arbeitszeiten angepasst werden. Die Qualifikation der Erzieherinnen kann durch spezialisierte Bildungsangebote im Hochschulbereich weiter verbessert werden. Wichtig ist uns ein breiter und fairer Wettbewerb der unterschiedlichen Konzepte frühkindlicher Bildung um die besten Ergebnisse.

**Frühkindliche Bildung
soll qualifiziert
und ausgebaut werden**

Bildung hört nach Schule oder Universität nicht auf. Die Wissensgesellschaft fordert lebenslanges Lernen ein. Ein breites Angebot zur Qualifikation und Weiterbildung im Erwachsenenbereich ist zugleich auch ein Beitrag zu mehr sozialer Chancengleichheit, speziell für Menschen, die aus sozial benachteiligten Verhältnissen kommen. Das Netz der Volkshochschulen soll bewahrt und auf die zentralen Orte konzentriert bleiben. Zudem sollen die Einrichtungen der innerbetrieblichen Fortbildung und die freien Bildungsträger unterstützt und gefördert werden, insbesondere auch durch den Einsatz des Europäischen Sozialfonds (ESF).

Zugleich muss sich Bildung in Brandenburg auf neue Formen und Herausforderungen des gesellschaftlichen Lebens einstellen. Wenn digitale Kommunikation auch in der öffentlichen Daseinsvorsorge und Verwaltung zunehmend eine Rolle spielt, brauchen Menschen aller Generationen dafür mehr Kenntnisse, als sie sich beim Learning-by-Doing oder der allein hobbymäßigen Nutzung von Computern, Internet und sozialen Netzwerken erlernen und einüben lassen. Medienkompetenz als Bildungsziel muss um Internet-Kompetenz erweitert werden.

4.2 Globales Lernen

Unsere Welt ist noch immer zum Großteil durch Armut und Unterentwicklung geprägt. Vor diesem Hintergrund hat sich Brandenburg verpflichtet, eine eigenständige, am Leitbild der Nachhaltigkeit ausgerichtete Entwicklungspolitik umzusetzen. Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung, die 2012 auf unsere Initiative hin beschlossen wurden, sind eine gute Grundlage dafür.

Der Gedanke der Einen Welt, in der wir alle leben und für die wir gemeinsam Verantwortung tragen, muss noch stärker in die Mitte der Gesellschaft getragen werden, er muss stärker in allen Bereichen des lebenslangen Lernens verankert werden. Dies schließt auch Bildungsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und die Förderung eines kritischen Bewusstseins zur Kolonialgeschichte ein. In enger Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum an Nichtsregierungsorganisationen ist auch die Politik gefordert, in Brandenburg und darüber hinaus die Notwendigkeit der nachhaltigen Bekämpfung von Armut, Unterentwicklung und Klimaschutz sowie von entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit immer wieder zu verdeutlichen. Dazu gehört auch, die Kommunen zu entwicklungspolitischen Initiativen, wie zum Beispiel Kommunalpartnerschaften oder Fair-Trade-Aktionen, zu ermutigen.

**Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit
mit Bildung begegnen**

Im Land muss zudem eine breite europäische Werte- und Kulturerziehung etabliert werden, mit deren Hilfe europäische Identität gestärkt und die Aufgeschlossenheit gegenüber nationaler und ethnischer Einzigartigkeit gefördert wird. Dies ist auch ein Beitrag gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Europapolitischen Bildungsangeboten in allen Schulen und Kindertagesstätten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Und schließlich geht es auch um eine Verstärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dieses Bildungskonzept setzt vor allem auf den Erwerb gesellschaftlicher Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz, es muss in der schulischen wie in der außerschulischen Bildung vorangetrieben werden.

4.3 Produktivkraft Wissenschaft

Wissenschaft, Forschung und Bildung sind unser größtes Potenzial, das wir in Brandenburg für nachhaltige Entwicklung, für wirtschaftliche Strukturen mit hoher Wertschöpfung, für soziale Kompetenz und für vorausschauende Daseinsvorsorge in die Waagschale werfen können. Im Land hat sich eine vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft herausgebildet, die es pflegen und weiter zu ertüchtigen gilt. Hierzu zählen 3 Universitäten, 10 Hoch- und Fachhochschulen und 16 Forschungsinstitute. Ein Markenzeichen der Hochschulen in Brandenburg ist ihre vergleichsweise starke Forschungskompetenz und die enge Verbindung zur Wirtschaft. Gegenwärtig sind an den Universitäten und Hochschulen etwa 50 000 Studierende immatrikuliert, knapp die Hälfte davon kommt aus Brandenburg selbst.

Die Universitäten und Hochschulen in Brandenburg sind noch immer dramatisch unterfinanziert. Im bundesweiten Vergleich rangiert die Finanzausstattung der Brandenburger Hochschullandschaft auf den hinteren Plätzen. Vor allem fehlt es an personellen Kapazitäten für die Lehre. Das schlechte Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrkräften bewirkt eine hohe Abbrecherquote. Damit wird das Ziel, den Anteil hochgebildeter Fachkräfte aus eigener Kraft aufzustocken, deutlich verfehlt. Auch hier muss der Bund erheblich stärker als bislang seiner bildungspolitischen Verantwortung gerecht werden und sich massiver an der Finanzierung der Hochschullandschaft beteiligen.

**Mehr in die Qualität
der Hochschullandschaft
investieren**

Hier steht, ebenso wie in der Schulbildung, ein wirklicher Wandel politischer Prioritäten, der zu einer nachhaltigen Verlagerung öffentlicher Investitionen auf die zentralen Handlungsfelder von Zukunftsfähigkeit führt, noch bevor. Trotz der künftig abnehmenden Zahl von Schulabgängern wollen wir das gegenwärtige Niveau von etwa 50 000 Studierenden dauerhaft halten und damit den Anteil von Hochschulabsolventen schrittweise auf internationales Niveau bringen. Hierfür werden erhebliche zusätzliche Investitionen erforderlich, insbesondere in den akademischen Mittelbau, dessen Einsatz für die Qualität der Lehre von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Trend, Lehraufgaben quasi nebenbei über Zeitstellen in drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten abzusichern, muss gebrochen werden. Prekäre Beschäftigung in diesem Bereich schadet sowohl dem wissenschaftlichen Nachwuchs als auch der Lehre. Wir brauchen für die akademische Lehre eigene Bewertungskriterien und stabile Berufsperspektiven im Mittelbau.

Alle bestehenden Hochschulstandorte sollen erhalten bleiben. Unnötige Doppelstrukturen können abgebaut werden, was in jedem Falle aber eine sorgfältige Abwägung und Verständigung innerhalb wie auch zwischen den betroffenen Hochschulen erfordert. Bereits heute gibt es Leerstellen im akademischen Angebot, für deren Auffüllung auf absehbare Zeit keine öffentlichen Mittel aufgebracht werden können. In diesen Bereichen sollten Gründungsinitiativen privater Träger vom Land Brandenburg wohlwollend begleitet werden, wenn Finanzausstattung und Qualitätsstandards verlässlich gesichert sind.

Wir stehen zum Bologna-Prozess. Ein besser strukturiertes Studium mit stärkerer Praxisorientierung und europaweit gleichwertigen Abschlüssen dient den Studierenden und dem Bildungsstandort. Die Gleichwertigkeit der Abschlüsse wertet auch (Fach)Hochschulen auf, die gerade in Brandenburg eine sehr gute Arbeit leisten. Wir treten zudem für eine klar strukturierte Arbeitsteilung zwischen Hochschule und traditionellen Berufsbildungsformen wie duales System oder

Meisterstudium ein. Durch die Ausprägung der jeweiligen Stärken soll ein breites Ausbildungsangebot entwickelt werden, das der Vielfalt an individuellen Kompetenzen und Neigungen wie auch der realen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt gerecht wird.

Eine sozial gerechte und solidarische Bildungspolitik muss die Türen zur Hochschule weit offen halten. Dies gilt insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten. Studiengebühren soll es weiterhin nicht geben. Wir treten grundsätzlich für ein elternunabhängiges Bafög ein, zumindest aber für Vergabekriterien, die Schwellenhaushalte mit mittleren Einkommen entlasten.

**Soziale Barrieren
zum Studieren abbauen**

Der Praxisbezug und insbesondere die enge Kooperation mit der Wirtschaft in der Region zählen zu den Stärken der brandenburgischen Hochschulen, die weiter gefördert werden sollen. Die Vernetzung mit den entstehenden Kompetenzclustern sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen im Metropolenraum um Berlin wie auch in den Wachstumskernen Brandenburgs stellen ein großes Potenzial dar, das es weiter auszuschöpfen gilt. Verstärkt zu fördern wäre die Einrichtung von Gründerzentren an Hochschulen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ebenso wie Studierenden helfen, technologische Innovation und in tragfähige Unternehmenskonzepte zu verwandeln. Zur Unterstützung bei der Ausgründung von Unternehmen werden Räumlichkeiten und Ausstattung, betriebswirtschaftliche Beratung sowie Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung und Fördermittelakquisition angeboten. Mit dieser Strategie werden Innovationspotenziale und innovative Menschen für ein Leben und Arbeiten in Brandenburg gewonnen.

**Hochschule und Wirtschaft
vernetzen, Gründerzentren
fördern**

Brandenburg sollte die Initiative für einen »Hochschulpakt III« übernehmen, der Bund und Länder, Lehrende und Studierende, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammenführt, um die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre grundhaft zu verbessern, die bildungspolitischen Ziele konsequent an den Anforderungen einer solidarischen Wissensgesellschaft auszurichten und die Hochschullandschaft zukunftsfähig zu machen.

**Brandenburg sollte bundes-
weiten Hochschulpakt III
initiiieren**

4.4 Kulturland Brandenburg

Unsere Kultur ist Ausdruck des Zivilisationsniveaus unserer Gesellschaft. Sie setzt die moralischen Werte und Normen für den menschwürdigen Umgang, den wir in unserem Land inzwischen untereinander pflegen. Diese Werte und Normen sind, wie uns die Geschichte lehrt, nicht in Stein gemeißelt, sondern müssen immer wieder neu gewonnen werden. Dort, wo Kultur verschwindet, entstehen wieder Räume für Menschenhass und Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Daher liegt eine umfassende Teilhabe am kulturellen Leben ohne physische und soziale Barrieren im Interesse aller Demokraten und der gesamten Gesellschaft.

Brandenburg weist eine reiche und weit gefächerte Kulturlandschaft auf. Die Schlösser und Gärten in Potsdam stehen auf der Welterbeliste der UNESCO. Im Land gibt es 6 moderne Theaterhäuser, vier feste Ensemble und über 20 professionelle Freie Theater. Hinzu kommen 6 Kulturorchester. Es gibt ein flächendeckendes Netz an Museen und Bibliotheken, Kulturzentren und Parks. Im Land lebt eine vielfältige freie Kulturszene. Viele Brandenburger sind heute als Laien in Orchestern, Theatergruppen und Chören aktiv. Der kulturelle Reichtum gehört zur Lebensqualität in Brandenburg und prägt die regionalen Identitäten im Land.

Ein Großteil der kulturellen Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren erneuert oder modernisiert worden, unter anderem durch Theaterneubauten in Potsdam und Brandenburg, durch Sanierung denkmalgeschützter Theater in Cottbus und Senftenberg, durch die Rekonstruktion von Schloss und Park Branitz, durch Renovierung, Umbau und Instandsetzung vieler Museen sowie durch die permanente Pflege der Parks und Landschaftsgärten. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat es aber auch einige tiefe Einschnitte in das öffentliche Kulturangebot gegeben, die von veränderten Ansprüchen der Menschen, vor allem aber durch finanzielle Engpässe und die Folgen des demografischen Wandels bedingt waren.

Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, welchen Stellenwert Kultur in unserem Leben künftig haben soll, welche Kultur wir brauchen, wer Trä-

ger dieser Kultur sein soll und wie Kultur finanziert werden kann. Leitmotiv dieser Debatte sollte die Nachhaltigkeit sein. Nachhaltigkeit im Effekt auf Schöpferkraft und Solidarität in unserer Gesellschaft, Nachhaltigkeit in Bezug auf das zivilisatorische Niveau unseres Zusammenlebens und natürlich auch Nachhaltigkeit im Hinblick auf wirtschaftliche Tragfähigkeit und ökologische Bilanz.

Nachhaltige kulturelle Strukturen stärken

Nachhaltig sind vor allem solche Netzwerke, die stabile Kultureinrichtungen, feste Ensembles, freischaffende Künstler, Laien und Ehrenamtliche, Lernende und Kulturinteressierte integrieren und somit für ein «selbstgemachtes» Kulturleben vor Ort sorgen, das auf das ganze Gemeinwesen ausstrahlt, aktiviert und Identität stiftet. Musik- und Kunstschulen, Chöre und Kantoreien, Malzirkel und Jugendtheatergruppen wirken nachhaltig, da sie selbsttätige Kultur in einem breiten sozialen Spektrum von Generation zu Generation weitertragen. Eventkultur kann nachhaltig sein, wenn sie in periodischer Form organisiert wird, wenn sie der Förderung von Kunst bzw. künstlerischer Ausbildung dient und wenn sie lokal oder regional fest im gesellschaftlichen Leben verankert ist.

Um die Kultur nachhaltig in unserer Gesellschaft zu verankern, braucht es die finanzielle Verpflichtung und den inhaltlichen Gestaltungswillen des Landes ebenso wie das eigenverantwortliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Kulturelles Leben braucht kreative Akteure ebenso wie gute Organisatoren. Das finanzielle Engagement des Landes ist dort am besten eingesetzt, wo das Zusammenwirken möglichst vieler Kulturakteure unterstützt wird. Besonders gefördert werden sollten künstlerische Innovation, die Pflege unseres kulturellen Erbes, die Verbreitung kultureller Kompetenz und der internationale Kulturaustausch. Unterstützung verdienen auch Projekte, die zur kulturtouristischen Entwicklung der Regionen beitragen, insbesondere im ländlichen Raum. Wenn es um Landesentwicklungsplanung geht, sollten wir nicht nur über industrielle Kerne reden, sondern auch die kulturellen Kerne benennen. Dazu zählen unter anderem die Theater als Leuchttürme der Kulturlandschaft und Knotenpunkte von regionalen kulturellen Netzwerken.

Kultur arbeitsteilig zwischen Land und Kommunen entwickeln

Die öffentliche Finanzausstattung bzw. Förderung institutioneller Kulturträger und freier Strukturen sollte in einer angemessenen Gewichtung erfolgen, die keine Seite benachteiligt. Noch immer auf der Tagesordnung steht eine klare Abgrenzung der Kulturaufgaben zwischen Land und Kommunen. Es ist sinnvoll, die Verantwortlichkeiten bzw. Trägerschaften für regionale Einrichtungen oder lokale Projekte auf die Landkreise, Städte oder Gemeinden zu verlagern. Dies gelingt nachhaltig aber nur dann, wenn der Transfer von Verantwortung mit der Übertragung der Finanzausstattung einhergeht. Kultur sollte zu einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden. Jedoch kann dies nicht die Verantwortung des Landes die kulturelle Infrastruktur ersetzen.

»Tolerantes Brandenburg« weiterentwickeln

Ebenso muss unsere demokratische Kultur weiterhin energisch gegen Rechtsextremismus verteidigt werden. Zu Brandenburgs Werdegang gehört der deutsche Zivilisationsbruch des vorigen Jahrhunderts mit Nazi-Regime, Völkermord und Weltkrieg. Es gibt für unser Land keine gute Zukunft, wenn diese böse Vergangenheit verdrängt, wenn die Lehren daraus gering geschätzt werden oder man sich darüber hinwegsetzt. Das Handlungskonzept »Tolerantes Brandenburg« muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. Die vielfältigen Kooperationsvereinbarungen sind ein deutliches Zeichen dafür, wie sich das Land Brandenburg und seine Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven für eine demokratische, weltoffene Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren.

Sorbische/wendische Kultur als Reichtum Brandenburgs bewahren

Eine tragende Säule der kulturellen Vielfalt im Land Brandenburg ist die Kultur der Sorben/Wenden. Die Bewahrung und Pflege dieser Kultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die eine verlässliche öffentliche Förderung verdient. Dies schließt Sprache und Lebenswelt ebenso ein wie die historischen Zeugnisse sorbischen/wendischen Lebens. Das Recht der Sorben/Wenden auf Schutz, Erhaltung und Pflege ihrer nationalen Identität und ihres angestammten Siedlungsgebietes durch das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände hat in Brandenburg Verfassungsrang. Damit die Minderheit ihre Interessen wirksam vertreten kann, braucht sie eine stabile, im Alltag funktionierende Kultur- und Bildungsautonomie

sowie einen starken Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten beim Landtag. Es bleibt eine politische und gesellschaftliche Daueraufgabe, die bestehenden Strukturen sorbischen/wendischen Lebens zu unterstützen, Menschen für die Bewahrung und Revitalisierung dieses kulturellen Erbes zu gewinnen und damit der nationalen Minderheit auch eine nachhaltige Zukunftsperspektive zu bieten.

Vielfältige Möglichkeiten bietet die kulturelle Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum. Sie ist heute bereits weit entwickelt, vor allem in den Euroregionen. Dies trägt trotz der fortbestehenden Sprachbarrieren zu einer besseren Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn bei und strahlt auch auf andere Bereiche des Zusammenlebens aus. Durch Vereinbarungen über kulturelle Zusammenarbeit sind die bestehenden Potenziale noch besser zu nutzen.

**Kulturkooperation
mit Polen ausbauen**

5. Armut überwinden – Wege zur Teilhabe öffnen

5.1 Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal

Auch im 21. Jahrhundert gibt es gute Gründe, die soziale Frage auf die politische Tagesordnung zu setzen, und zwar ganz nach oben. Trotz abnehmender Arbeitslosigkeit hat sich das Armutsrisiko in Brandenburg erhöht. Zwischen 2000 und 2012 ist die Armutsquote im Land um mehr als ein Fünftel gestiegen. Hierfür gibt es viele Gründe. Der am meisten skandalöse besteht darin, dass Arbeit per se nicht mehr vor Armut schützt, was in beiden deutschen Staaten bis 1990 zu den großen sozialen Errungenschaften zählte. Der Druck auf die Erwerbseinkommen hat durch prekäre Erwerbsverhältnisse, wie Leih- und Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung oder Scheinselbständigkeit stetig zugenommen. Die Hartz-Gesetze mit dem Zwang, jede Arbeit anzunehmen, haben maßgeblich zur Ausbreitung des Niedriglohnsektors beigetragen. Einem besonders hohen Armutsrisiko unterliegen zudem Menschen mit Behinderungen, deren Nachteilsausgleiche nach wie vor nicht einkommens- und vermögensunabhängig finanziert werden.

Ein besonderer Skandal ist die verbreitete Kinderarmut. In Brandenburg gilt jedes vierte Kind im Alter von unter 3 Jahren und jedes fünfte Kind zwischen 4 und 15 Jahren als arm. Aber auch die Altersarmut wird zu einem wachsenden Problem. Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, die wir in den letzten Jahren erlebten, ist weniger auf Agendapolitik und Hartz-Gesetze zurückzuführen, sondern wurde ganz wesentlich vom demografischen Wandel verursacht. Geburtenstarke Nachkriegsjahrgänge rücken in Rentenalter, extrem geburtenschwache Jahrgänge wachsen nach. Unter den neuen Rentnerinnen und Rentnern in Brandenburg befinden sich viele, die zur Mitte ihres Arbeitslebens von den wirtschaftlichen Umbrüchen und der Massenarbeitslosigkeit der 1990er Jahre erfasst wurden, gebrochene Erwerbsbiografien vorweisen und mit sehr niedrigen Altersrenten klarkommen müssen.

Armut hat heutzutage viele Gesichter. Daher braucht es auch vielfältige Strategien, um dieser Geisel wirkungsvoll begegnen zu können. Langzeitarbeitslose und arbeitslose Jugendliche ohne Berufserfahrung brauchen vor allem einen sozialen und fachlichen Kompetenzzuwachs und die Befähigung zur Selbstorganisation, um wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt ist der Ausgleich geschlechtsspezifischer und behinderungsbedingter Ungleichbehandlung. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Aktivierung von jungen Erwerbsfähigen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen sowie jungen Müttern (insbesondere Alleinerziehenden) für einen Ausbildungsabschluss bzw. die Aufnahme einer Berufstätigkeit.

**Gegen Armut auch Hilfe
zur Selbsthilfe organisieren**

Ein gutes Mittel gegen die Folgen von Kinderarmut sind kostenfreie und unkomplizierte Teilhabeangebote in den Bereichen Sport, Freizeit und Bildung, die von den Kindern selbständig wahrgenommen werden können. Dies gilt auch für das Schulesse oder Klassenfahrten sowie organisierte Kino- oder Theaterbesuche. Zugleich bleibt die Forderung nach einer bundesweiten Regelung für eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder auf der Tagesordnung.

**Mehr kostenfreie Angebote
für Kinder bereit stellen**

Immer wichtiger wird die Unterstützung für Familien, die in dauerhafte Armut geraten sind und aus eigener Kraft den Alltag nicht mehr bewältigen. Hilfetemen sind der geregelte Tagesablauf, Haushaltsführung, Ernährung, Gesundheit und nicht zuletzt die Finanzen. Ein Instrument, das den Bedürfnissen aller Menschen in Armut gerecht wird, sind »Sozialtickets«, die sich über ein breites Spektrum an Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Mobilitätsangeboten für Einkommensschwache erstrecken.

Initiative für Reaktivierung der Sozialen Stadt stärken

Um mit Armut und ihren sozialen Folgen fertig werden zu können, brauchen wir in Brandenburg ein integriertes Netz von Gemeinwesenakteuren, Bildungsträgern, Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen. Entscheidend ist eine dauerhaft verlässliche Finanzierung und Personalausstattung der Sozialarbeit.

Mit kurzatmigen Projekten und dauerhaft wechselnden Bezugspersonen sind soziale Probleme nicht zu lösen. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds müssen stärker auf nachhaltige Effekte ausgerichtet werden. Da sich soziale Konflikte in den Städten ballen, sollte sich Brandenburg im Bund energisch für die Wiederbelebung der Sozialen Stadt einsetzen.

5.2 Perspektiven für junge Menschen

Junge Menschen sollen gut gebildet, weltoffen, tolerant, mobil und flexibel sein. Mit ihnen wird die Hoffnung von Verantwortungsübernahme, gesellschaftlichen Mehrwert und einem attraktiven Lebensumfeld verbunden. Gleichzeitig stellen Kinder und Jugendlichen einen verhältnismäßig kleinen Bevölkerungsanteil in unserem Bundesland. Sie werden in Kindertagesstätten betreut, besuchen die Schule und angeschlossene Angebote. Ihr Tag ist oftmals genauso lang, wie der von Erwachsenen. Zeit für Freizeit, eigene Entfaltung und sinnfreie Beschäftigung wird weniger. Individueller Erfolgsdruck und gesellschaftliche Erwartungshaltungen nehmen zu. Dabei wird verkannt, dass es die jungen Menschen so nicht gibt. Während mancher sein Leben lang in der Uckermark leben möchte, kann eine andere es gar nicht erwarten Elbe-Elster alsbald nach bestandener Führerscheinprüfung zu verlassen.

Herausforderungen für unsere Gesellschaft sind es, allen jungen Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, ihnen bei Bedarf Orientierung und Unterstützung zu bieten, Angebote vor Ort vorzuhalten und dennoch auch den Wunsch nach Kennenlernen der Welt zu befördern. Wir wollen Kindern und Jugendlichen entsprechend ihres Alters und mit zunehmenden Erfahrungen als Expertinnen und Experten für ihr eigenes Leben wahrnehmen und ihnen die Möglichkeit einräumen sich auch entsprechend mittels vorhandener und jugendspezifischer Partizipationsverfahren zu beteiligen. Diese sind an den Interessen und Organisationsformen junger Menschen auszurichten, mit Kompetenzen sowie fachlicher Unterstützung auszustatten. Alibiveranstaltungen brauchen wir nicht.

Bundesweit Grundeinkommen für Azubis und Studierende initiieren

Eine Grundvoraussetzung, um selbstständig leben zu können und für das eigene Leben die volle Verantwortung zu übernehmen, ist ein eigenständiges Einkommen. Wir brauchen bundesweite Regelungen zur Sicherung eines auskömmlichen individuellen Grundeinkommens für alle, die sich nach dem Schulabschluss im Studium oder in Ausbildung befinden. Sozial mündig werden und politisch

mündig werden sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb war die Entscheidung für ein Wahlrecht in Land und Kommunen ab 16 Jahren richtig.

Gemeinschaftsaufgabe »Jugend in Brandenburg – heute + morgen« starten

Ein gutes Schulangebot, Ausbildungsplätze und gute Arbeit, attraktive Wohnungen, eine kinder- und familienfreundliche soziale Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangebote sind die Voraussetzung, um jungen Menschen eine Perspektive im Land zu eröffnen – eine Garantie sind sie nicht. »Jugend in Brandenburg – heute und morgen« soll als landesweite Gemeinschaftsaufgabe verantwortliche

Akteure aus allen Bereichen und Ebenen vernetzen und Strategien ermöglichen, um Brandenburg auch zukünftig als Heimat für junge Menschen zu gestalten.

5.3 Den Generationswechsel aktiv und offen gestalten

Seit über einem Jahrzehnt nimmt in Brandenburg die Zahl der über-50-jährigen Beschäftigten in Wirtschaft und Verwaltung kontinuierlich zu. Dies resultiert weniger aus Neueinstellungen älterer Erwerbstätiger, sondern zeugt von einer wachsenden Alterung der Belegschaften. Der Generationen-Mix stimmt nicht mehr. Etwa jeder dritte Betrieb in Brandenburg hat eine unausgeglichene Altersstruktur. In der öffentlichen Verwaltung, bei unternehmensnahen Dienstleistungen, im Gesundheits- und Sozialwesen, im verarbeitenden Gewerbe sowie im Handel sind diese Entwicklungen am stärksten ausgeprägt. Brandenburg muss sich dem anstehenden und unausweichlichen Generationswechsel stellen und ihn gestalten, insbesondere auch durch politische Rahmensetzungen.

Was tun? Am schwierigsten gestaltet sich der Zugang für Jüngere in Brandenburg bei Klein- und Kleinstbetrieben. Sie stellen die Mehrheit der Unternehmen. Zugleich haben die betroffenen Betriebe absehbar einen besonderen Bedarf an hoch qualifiziertem Personal, an Hoch- und Fachschulabsolventen. Hier muss die politische Unterstützung ansetzen. Existenzgründungen von jüngeren Menschen, insbesondere von Absolventen brandenburgischer Hoch- und Fachschulen, sind besonders zu fördern. Im Dialog mit den Bildungseinrichtungen, den Kammern und den Kommunen wollen wir dafür geeignete Ansätze und Instrumente finden.

Existenzgründungen gezielt fördern

In der öffentlichen Verwaltung schlägt zu Buche, dass die Personalzahlen insgesamt stagnieren bzw. reduziert werden. So erhielten nur 5 Prozent derjenigen, die 2011 in Brandenburg eine berufliche Ausbildung absolvierten, eine Anstellung in der öffentlichen Verwaltung – obwohl deren Personal insgesamt 10 Prozent der Beschäftigtenzahl im Lande ausmacht. Die ohnehin unausgeglichene Altersbilanz verschärft sich dadurch weiter, der anstehende Generationswechsel wird behindert. DIE LINKE hat daher in der Regierungsverantwortung nicht nur erfolgreich Wert darauf gelegt, bei der Anpassung des Öffentlichen Dienstes an veränderte Bedingungen und Ressourcen einerseits betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und andererseits Neueinstellungen in zentralen Bereichen wie Bildung vorzunehmen. Zugleich setzte DIE LINKE Einstellungskorridore für Jüngere durch. Dieser Orientierung wollen wir verstärkt folgen.

Im öffentlichen Dienst Einstellungskorridore für Jüngere erweitern

Der Zeitraum, der vor uns liegt und den wir mit diesem Leitbild betrachten, umfasst einen wichtigen Generationswechsel: Jene Jahrgänge, die jetzt in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft noch dominant sind und ihre Ausbildungs- und Startphase noch in der DDR oder in der alten Bundesrepublik hatten, gehen in den Ruhestand. Jüngere, die vielleicht noch in der DDR geboren wurden, aber bereits im vereinten Deutschland aufgewachsen sind, übernehmen die Verantwortung. Auch sie sind noch »ostdeutsch« geprägt. Ostdeutsches definiert sich bei diesen Jahrgängen allerdings weniger über die DDR – und wo es sich über die DDR definiert, wird dies kritischer geschehen als derzeit im Osten. Es ist die von der Nach-Wende-Zeit, von den Transformationsprozessen im Osten samt ihren Erfolgen und Misserfolgen, von dem Freiheitsgewinn im Vergleich zur DDR, von den neuen technischen und kulturellen Möglichkeiten und von den ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen bestimmte Prägung, die das neue, spezifisch »Ostdeutsche« ausmacht. Es wird die Entwicklung unseres Landes über lange Zeit prägen. Es ist wichtig, dass sich diese »dritte Generation« – wie sie sich teils selbst bezeichnet – organisiert, dass sie ihre Interessen anmeldet und durchsetzt.

Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und politische Querschnittsaufgabe in allen zentralen Handlungsfeldern. Generationengerechtigkeit muss sich auf umfassende Solidarität und auf Verantwortung für die kommenden Generationen gleichermaßen gründen. Wir brauchen einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme, der demografische Nachhaltigkeit gewährleistet. Wir treten dafür ein, den Generationenvertrag nicht dem Gewinnstreben privater Versicherer zu opfern, sondern weiter zu entwickeln. Dabei müssen sich alle Altersgruppen mit ihren jeweiligen Interessen und Befindlichkeiten wiederfinden.

5.4 Die Älteren und die Alten

Die Menschen in Brandenburg werden immer älter und zum Glück auch immer gesünder älter. Die Relationen zwischen den Generationen verschieben sich, was erhebliche Auswirkungen auf alle Lebensbereiche hat. Noch sind Wirtschaft und Gesellschaft zu wenig auf die Interessen, Bedürfnisse und Potenziale des wachsenden Anteils von Älteren in unserem Land eingerichtet. Noch zu wenige Betriebe stellen ihre Arbeitsverhältnisse durch gezielte Maßnahmen auf die speziellen Anforderungen älterer Beschäftigter ein. In der gesellschaftlichen Debatte und in der gesellschaftlichen Praxis wird Alter allzu schnell mit Hinfälligkeit, Hilfsbedürftigkeit oder auch nur eingeschränkter Handlungsfähigkeit gleichgesetzt.

Der Eintritt in den Ruhestand ist heute für die meisten noch lange nicht der Abschied vom aktiven, selbstbestimmten Leben. Zwischen dem Beginn der Rente und dem Moment, wo Alter vor allem Last und Einschränkung bedeutet, liegt immer mehr Zeit. Viele Menschen suchen in dieser Phase nach neuem Lebenssinn, nach Aufgaben, nach Gebrauchtwerden. Andere haben – insbesondere aufgrund gebrochener Erwerbsbiografien – Mühe, gesellschaftliche Teilhabe materiell abzusichern. Wir behalten die sozialen Nöte im Blick. Wir treten dafür ein, die Risiken von Altersarmut zu verringern. Dazu gehören eine den Lebensstandard sichernde Rente und Initiativen für die Angleichung des Rentenwertes.

Teilhabe Älterer unterstützen, Ehrenamt ausbauen

Die Gesellschaft kann von der sozialen Kompetenz, von den Erfahrungen und vom Zeitbudget der aktiven Älteren viel profitieren. Das gilt nicht nur für die Jüngeren, sondern auch für die eigenen Altersgenossen. Das Engagement Älterer für gemeinnützige Zwecke sollte also gezielter gefördert werden, vor allem durch materielle und immaterielle Investitionen in geeignete Projekte und Organisationsformen. Einrichtung und Betrieb Sozialer Ankerpunkte könnten ein solches Betätigungsfeld sein. Je nach sozialer Lage kann das Engagement Älterer im Ehrenamt, aber auch gegen eine finanzielle Anerkennung erfolgen. Die Förderung von Teilhabe ist uns wichtig, aber um des gesellschaftlichen Ertrags willen, und nicht als Instrument gegen drohende Altersarmut.

Voraussetzung für den Erfolg all dieser Ansätze ist, dass die Akteure vor Ort die Handlungsfreiheit bekommen, mit ihren eigenen Stärken die eigenen Probleme zu lösen. Das schließt ein, das Ehrenamt zu stärken und stärker anzuerkennen. Um die Fähigkeiten und Potentiale der Senioren für gemeinnützige Arbeit zu nutzen und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern, bietet das Ehrenamt einen bereits maßgeschneiderten Lösungsansatz, der breitenwirksam eingesetzt werden und funktional noch optimiert werden kann.

Generationsübergreifende Netzwerke und Lebensformen fördern

Aber es geht auch um mehr. Altersgerechte Mobilitäts- und Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser und nachbarschaftliche Netzwerke können durch die Wohnungs- und Städtebauförderung sowie über spezielle Landesprogramme unterstützt werden. Die öffentlichen Bildungsträger sollten, auch mit Inanspruchnahme der Europäischen Sozialfonds, vielfältigere und konsequenter zielgruppenorientierte Angebote für lebenslanges Lernen unterbreiten.

Wo Pflege und Betreuung notwendig sind, sollen sie den Wünschen der Betroffenen entsprechen. Dazu gehören selbst gewählte und selbstorganisierte Wohnformen. Wo Menschen die Pflege und Betreuung hilfsbedürftiger Seniorinnen und Senioren zum Beruf gemacht haben, steht ihnen eine anständige Bezahlung zu. Das ist leider nicht die Regel – und betrifft viele. Fast 10 000 Arbeitsplätze sind seit 2001 allein im Pflegebereich entstanden.

Es geht darum, in Würde alt zu werden. Und irgendwann auch darum, in Würde zu sterben. Hospize leisten dafür Großes – oft im Ehrenamt. Doch immer mehr Menschen sind allein, wenn es für sie auf das Ende zugeht. Sie haben schon lange vorher als Singles gelebt oder ihre Angehörigen müssen arbeiten, oft in der Ferne. Die Gesellschaft steht hier in Pflicht.

5.5 Die Zukunft ist weiblich

Wir meinen: die Zukunft Brandenburgs ist weiblich! Im Zusammenwirken mit dem Frauenpolitischen Rat wurde mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2011 bis 2014 ein konkretes Maßnahmenpaket verabschiedet, um die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Das Programm wird im Dialog mit Frauenorganisationen und Initiativen regelmäßig aktualisiert und mündet in konkreten Schritten im Sinne der weiteren Gleichstellung von Frauen.

Das alles sind Hoffnungszeichen. Aber nach wie vor liegen auch in Brandenburg die Löhne und Gehälter von Frauen bei gleicher Qualifikation unter den vergleichbaren Bezügen von Männern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein elementares Gebot des Anstandes und kein besonderes Geschenk an Frauen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist dramatisch gering. Grundsätzlich geht es darum, die Potentiale, die Kreativität und die Schöpferkraft der Frauen für nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung voll zur Geltung zu bringen. Eine Frauenquote für Führungspositionen ist überfällig. Die Umsetzung dieser Ziele ist nicht allein eine Aufgabe von Sozialpolitik oder Frauenvertretungen. Ein neuer Aufbruch im gesellschaftlichen Bewusstsein steht an. Wir brauchen ein soziokulturelles Umfeld, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht und dadurch neue gesellschaftliche Entwicklungspotentiale freisetzt.

**Soziokulturelles Umfeld
für erwerbstätige Frauen
verbessern**

6. Lebensgrundlagen bewahren

6.1 Ressourcen schonen, sozial-ökologische Energiewende schaffen

Die globale ökologische Herausforderung macht um Brandenburg keinen Bogen. Wir erleben den Klimawandel in Form von extremen Wetterphänomenen und Temperaturänderungen, verbunden mit dramatischen Zukunftsszenarios für Natur und Lebensbedingungen in unserem Land. Wir sind mit den Kollateralschäden von grenzenloser Mobilität und technischen Fortschritt für die heimische Tier- und Pflanzenwelt konfrontiert. Wir müssen mit ausgedehnten Bergbaufolgelandschaften umgehen, deren Rekultivierung eine Generationenaufgabe darstellt.

Noch nie ist uns so klar gewesen wie heute, dass unser Überleben von einer menschenfreundlichen Umwelt abhängt, für deren Erhalt wir selbst verantwortlich sind. Diese Einsicht gehört zum gesellschaftlichen Grundkonsens in unserem Land. Jede politische Kraft hat die Umwelt in ihr Programm aufgenommen. Konzept und Handeln der LINKEN werden von der Überzeugung bestimmt, dass ein ökologischer Umbau nur dann wirklich tiefgreifend und nachhaltig gerät, wenn er solidarisch und sozial gerecht erfolgt. Mit diesem Anspruch sollen technologische Innovation und wirtschaftspolitische Steuerung eingesetzt werden. Die Pioniere der Erneuerung brauchen gute Startbedingungen und den Freiraum, um das neue auf den Weg bringen zu können. Anreize können helfen, erfolgreiche Modellprojekte massentauglich zu machen. Jene, deren wirtschaftliche Existenz durch den Wandel betroffen ist, brauchen keine warmen Worte über abstrakte Chancen, sondern konkrete Unterstützung bei Umschulung, Qualifizierung und beruflichem Neustart. Die wirtschaftliche, die soziale und die regionale Dimension des anstehenden Umbaus müssen in Gleichklang gebracht werden.

Kurz, der sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn alle gewinnen, wenn Nutzen und Lasten zwischen den sozialen Gruppen wie auch zwischen den Generationen gerecht verteilt werden. DIE LINKE will dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird. Nachhaltigkeitsprüfungen können sich als taugliche Instrumente erweisen, um Strategien und Projekte auf ihre Langzeiteffekte für Gesellschaft und Umwelt zu prüfen und ihre Zielwirkung zu verbessern.

Braunkohleverstromung bis 2040 überflüssig machen

Ein vorrangiges Handlungsfeld ist die Energiewende. Brandenburg will sich seiner internationalen Verantwortung stellen und durch eine Minderung der CO₂-Emissionen um 72 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen, wobei der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf 32 Prozent gesteigert wird. Der Ausstieg aus der Verstromung der einheimischen Braunkohle soll bis 2040 gelingen. Wir wollen den Ausstieg in einer Art und Weise gestalten, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt, die Beschäftigten in der Braunkohle solidarisch eingebunden sind und die Kosten sozial gerecht verteilt werden.

Förderung für Erneuerbare Energien auf wirtschaftlichen Nutzen vor Ort ausrichten

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien wird uns in Brandenburg nur gelingen, wenn wir in einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens erzeugen und eine wirksame bürgerschaftliche Mitsprache etablieren. Für den Aufbau von Kapazitäten zur regenerativen Energiegewinnung ist eine effektive Planungsbeteiligung und wirtschaftliche Teilhabe der Menschen vor Ort unabdingbar. Die Förderinstrumente sollen konsequent auf den gesamtwirtschaftlichen Nutzen für Land und Gemeinde ausgerichtet werden. Wir brauchen keine neuen Abschreibungsmodelle für Privatvermögen, die individuelle Gewinne sichern und das wirtschaftliche Risiko den Stromabnehmern bzw. der öffentlichen Hand überhelfen. Darüber hinaus muss die Energiewende sozial gestaltet werden, bezahlbare Strompreise müssen gewährleistet sein. Energieversorgung als Grundvoraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehört zur Daseinsvorsorge.

Lokalen und regionalen Lösungen Vorrang einräumen

Wir stehen zu dem Grundsatz, Energie am Besten dort zu produzieren, wo sie auch verbraucht wird. Daher sollen Konzepte zur dezentralen Energieversorgung auf lokaler Ebene sowie deren Umsetzung gefördert werden. Hierzu zählen insbesondere auch gemeinschaftliche Unternehmungen wie Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer. Wir wissen, dass für große industrielle Verbraucher auch große Stromproduzenten gebraucht werden und dass die gesamtwirtschaftliche Sicherung der Grundlastfähigkeit bis auf Weiteres ganz erheblich von herkömmlichen Energieträgern abhängig ist. Auch an einem weiteren Netzausbau kommen wir nicht vorbei. Die Erfahrung lehrt uns allerdings ein gerüttelt Maß an Skepsis gegenüber Großvorhaben von Großakteuren, deren langfristige Folgewirkungen für Mensch, Natur und öffentliche Finanzen nicht wirklich absehbar sind. Also: so viele Großstrukturen wie nötig, so viele dezentrale Erzeuger wie möglich. Wir wollen eine Demokratisierung der Energieversorgung, die uns unabhängig von den Investitionsstrategien und Preisdiktaten der Monopolversorger macht.

Wir brauchen einen ökologisch verantwortbaren und bezahlbaren Energiemix sowie intelligente Systeme zur Sicherung einer stabilen und belastbaren Energieversorgung, die einen steigenden Anteil regenerativer Energieträger ohne permanente Doppelproduktion ermöglichen, inklusive einer verbesserten Speicherkapazität. Aus dieser Aufgabe erwachsen Forschungsthemen, die geradezu maßgeschneidert für das Energieland Brandenburg sind und seine Kompetenz als Standort für Spitzentechnologie stärken.

Senkung des Energieverbrauchs fördern

Energiewende bedeutet nicht nur den Umstieg auf ökologisch vertretbare Energiequellen, sondern ebenso auch eine technologische Innovation zur Senkung des spezifischen Energieverbrauchs. Forschung und Umsetzung in diesem Bereich sollen besser strukturiert und effektiver gefördert werden. Die energetische Gebäudesanierung hilft nicht nur, Energieverbrauch und Schadstoffausstoß nachhaltig zu senken, sondern führt zu mehr Wohnqualität und langfristige Kostensenkung, wenn die Preise für fossile Energieträger unaufhaltsam weiter steigen. Sie unterstützt zudem die technologische Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft. Zugleich muss gesichert werden, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Die Förderinstrumente von Landesinvestitionsbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie der Wohnungs- und Städtebauförderung sollten konsequenter auf diese sozialökologischen Zusammenhänge ausgerichtet werden.

Wer Ressourcen schonen und die Umwelt schützen will, kommt an geschlossenen Stoffkreisläufen nicht vorbei. Dies gilt für die Industrie ebenso wie für Handwerk und Landwirtschaft. Das Thema sollte – speziell in ländlichen Regionen – auch

für die einzelnen Privathaushalte entschlossener angegangen werden. Konzepte und Technologien für geschlossene Stoffkreisläufe, für eine nachnutzende Beseitigung von Mülldeponien sowie für die Verwertung von Biomasse sollten einen neuen Förderschwerpunkt in Wissenschaft und Wirtschaft bilden. Wasser und Boden sind als Lebensgrundlage wie auch als Wirtschaftsfaktor unverzichtbar. Der sparsame Umgang mit ihnen und ihr Schutz vor Verunreinigungen muss deshalb das Ziel ressourcenschonender Politik sein.

**Geschlossene
Stoffkreisläufe anregen**

Es muss uns gelingen, dass der ökologische Umbruch und die Energiewende trotz aller Probleme, Hürden und Belastungen am Ende des Tages als Gewinn für die Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner Wirtschaft wie auch für Wohlstand und Lebensqualität jedes Einzelnen verbucht werden können!

6.2 Hochwertige Infrastruktur überall und für jeden

Eine flächendeckend hochwertige technische Infrastruktur und Versorgung mit modernen Kommunikationsmedien bildet die wichtigste technische Voraussetzung für Daseinsvorsorge und Teilhabe, für die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse überall im Land. Dies gilt ganz besonders für dünn besiedelte ländliche Räume mit einer weitmaschigen Infrastruktur.

Grundsätzlich gilt aber auch, dass unser Land angesichts der regionalen Diversität nicht mit einer Einheitsschablone werkeln kann, sondern maßgeschneiderte individuelle Lösungen für die unterschiedlichen Landesteile braucht. Im verdichteten Siedlungsraum um Berlin bestehen gute Voraussetzungen für eine effiziente zentralisierte Ver- und Entsorgungswirtschaft. In dünner besiedelten ländlichen Räumen muss im Dialog mit Gemeinden und Öffentlichkeit sorgsam abgewogen werden, welche technische und organisatorische Lösung den jeweils größten Effekt und die geringste finanzielle Belastung für Bewohnerinnen und Bewohner bzw. die Kommunen hat. Je weniger sinnvoll eine zentralistische Großstruktur zu sein scheint, desto größer sollten die gesetzlichen und administrativen Spielräume für dezentrale Einheiten und autonome Selbstorganisation vor Ort werden.

Nach den ernüchternden Erfahrungen mit den Folgen der Privatisierungsgorgien öffentlicher Infrastruktureinrichtungen während der vergangenen zwei Jahrzehnte sollte dieser Irrweg, der auf Kosten von Verbrauchern und Kommunen ging, beendet werden. Infrastruktur muss zuallererst dem Gemeinwohl dienen. Unser Ziel ist, die öffentliche Daseinsvorsorge auf wirtschaftlich stabile Grundlagen zu stellen. Wir wollen die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Ver- und Entsorgungswirtschaft zu stärken. Um tragfähige Größenordnungen und Betriebsstrukturen zu erreichen, stehen außerhalb der Ballungsräume auch interkommunale Arbeitsteilung und Kooperation bis hin zu Verflechtung und Fusion auf der Agenda.

**Kommunale Versorgungs-
wirtschaft stärken**

Durch langfristige Ver- und Entsorgungskonzepte sollen die Kommunen in ihren Struktur- und Vergabeentscheidungen besser in die Lage versetzt werden, einen nachhaltigen Nutzen für das Gemeinwesen zu sichern. Autonome Ver- und Entsorgung in dünn besiedelten Landstrichen soll durch Formulierung von verbindlichen technischen Standards, Schaffung von Rechtssicherheit und angemessene Förderung unterstützt werden.

Die digitale Kommunikation bietet exzellente Möglichkeiten, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Landesteilen zu stärken. Auch in dünner besiedelten Regionen können sich Bewohner und Gewerbetreibende optimal vernetzen, um ihre wirtschaftlichen und lebensweltlichen Chancen zu nutzen.

**Breitbandanschlüsse
flächendeckend herstellen**

Daher ist unser Ziel, Breitbandanschlüsse flächendeckend im ganzen Land zu gewährleisten sowie die Barrierefreiheit im digitalen Angebotsspektrum konsequent voranzubringen.

6.3 Handlungsschwerpunkt Gesundheit

Gesundheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein aktives und erfülltes Leben, für die gleichberechtigte Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft. Soziale Verantwortung, bestmögliche Fürsorge und Vorsorge für jeden Einzelnen, gleichberechtigter Zugang zu allen medizinischen Leistungen sowie flächendeckende verlässliche Versorgung und schnelle Hilfe bilden die Leitmotive einer gerechten und solidarischen Gesundheitspolitik.

Kinder sollen in Brandenburg gesund aufwachsen, Männer und Frauen gesund alt werden können. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheitsrisiken so gut wie möglich bewahrt bleiben, bei Krankheit oder Verletzung nach dem höchsten Stand ärztlichen Wissens versorgt werden und schließlich auch in Würde sterben können. Nachhaltige Gesundheitspolitik setzt auf eine gesundheitsbewusste Lebensgestaltung und gesellschaftliche Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie auf eine Akteursvernetzung innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens. Im Bündnis »Gesund Aufwachsen in Brandenburg« haben sich freiwillig knapp 70 staatliche und nichtstaatliche Akteure im Interesse einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche zusammengeschlossen. Das Bündnis »Gesund Älter werden in Brandenburg« engagiert sich für die Belange der Seniorinnen und Senioren. Bereits 2020 wird jeder vierte Einwohner in Brandenburg älter als 65 Jahre sein, in ländlichen Regionen ist noch mit erheblich höheren Seniorenanteilen zu rechnen.

Die regionale Vielfalt und die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den einzelnen Landesteilen stellen auch bei der Gesundheitsversorgung die größte Herausforderung dar. Während in den Großstädten und im Speckgürtel weitgehend bedarfsgerechte Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, bereitet die Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum immer größere Probleme.

Integriertes Konzept für Gesundheitsversorgung umsetzen

Brandenburg braucht ein integriertes Gesamtkonzept, um eine flächendeckende, bedarfsgerechte und kostenbewusste Gesundheitsversorgung dauerhaft zu sichern. Die Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Trägern der medizinischen Versorgung muss verbessert werden. Krankenhausstandorte nehmen die Funktion von Kompetenzzentren wahr. Die ambulante Betreuung wird qualifiziert und verbreitert, effizienter gestaltet und besser vernetzt. Vor allem im ländlichen Raum nehmen medizinische Versorgungszentren mit integrierten fachübergreifenden Konzepten eine Schlüsselstellung ein. In dünn besiedelten Regionen muss die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten durch bessere Rahmenbedingungen für die hausärztliche Berufstätigkeit unterstützt werden. Dies schließt finanzielle Hilfen bei Aufbau oder Übernahme einer Arztpraxis, Förderung für Weiterbildung und Qualifizierung sowie besondere Anreize für den ärztlichen Nachwuchs ein. Wenn es um attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen für niedergelassene Ärzte und deren Lebenspartner bzw. Familien auf dem flachen Land geht, ist auch ein größeres Engagement der jeweiligen Kommunen gefragt.

Gemeindeschwestern und Gesundheitszentren fest etablieren

Brandenburg ist Vorreiter bei Konzept und Einsatz von Gemeindeschwestern. Durch das Modellprojekt AGNES wurden Grundlagen geschaffen, um arztentlastende Fachkräfte im ländlichen Raum flächendeckend einsetzen zu können. Mit dem medizinischen Versorgungszentrum, der Gemeindeschwester und der Telemedizin werden zukunftsfähige Strukturen der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum gesichert.

Entschieden für die solidarische Krankenversicherung streiten

Entscheidende Rahmenbedingungen für das Gesundheitssystem werden vom Bund geregelt. Brandenburg wird sich ganz entschieden für Erhalt und Ausbau des solidarischen Krankenversicherungssystems einsetzen. Die Zwei-Klassen-Medizin muss beendet werden! Wir wollen eine einheitliche Bürgerversicherung, zu der alle Versicherten nach Maßgabe ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit beitragen. Nötig ist zudem eine effektivere Ausgabenkontrolle der Krankenkassen, die nicht zu Lasten der Leistungen für die Versicherten geht, sondern Preistreiberei und Preiskartelle der Pharmaindustrie wirksam bekämpft. Zudem brauchen Länder wie Brandenburg mehr eigenständigen Gestaltungsspielraum bei der Festlegung der Rahmenbedingungen für hausärztliche Tätigkeit, um die Versorgung auch in dünn besiedelten Regionen sichern zu können.

Damit wir gesund leben, spielt der Sport eine wichtige Rolle, und zwar für alle Generationen. Sport gehört zu den wichtigsten Kulturgütern und ist für die Selbstverwirklichung der Menschen, für Lebensqualität und eine aktive Gesellschaft unverzichtbar. Der Sport verbindet Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft, unterschiedlichen Alters und Geschlechts. Er führt Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen. Er kann Kinder von der Straße holen, fördert soziale Kompetenz und wirkt Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen. Wir wollen die Einheit von Breiten-, Freizeit und Gesundheitssport, von Kinder- und Seniorensport sowie von Behinderten- und Rehabilitationssport. Dazu gehören bedarfsgerechte Sportstätten, ein förderliches Vereinsrecht sowie breites ehrenamtliches Engagement, das entsprechend zu würdigen ist. Auch Leistungssport soll nachhaltig in Brandenburg beheimatet bleiben – chancengleich und manipulationsfrei.

**Breites Sportangebot
für alle sichern**

6.4 Ökologisch verträgliche und sozial verantwortliche Mobilität

In Brandenburg ist während der vergangenen zwei Jahrzehnte viel an der Verkehrsinfrastruktur saniert und gebaut worden. Das Straßennetz wurde in großen Teilen von Grund auf erneuert und – speziell in den Ballungsräumen – auch erweitert. Vor allem auf den Magistralen, die Berlin mit anderen Metropolregionen verbinden, ist das Schienennetz für Hochleistungsverbindungen ertüchtigt worden. In Teilen haben sich die Bahnverbindungen zwischen den Oberzentren und anderen wichtigen zentralen Orten im Land verbessert. Auch die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Wasserstraßen ist gewachsen und darf zukünftig nicht eingeschränkt werden. Die großen Entwicklungsachsen in Richtung Hamburg und Dresden sollen auf der Schiene weiter ausgebaut und modernen Anforderungen gerecht werden. Eine gemeinsame Region an Oder und Neiße und die bessere Anbindung unseres Landes an die östlichen Nachbarn braucht stabile und regelmäßige Verbindungen im Schienenverkehr, nach Poznań, Szczecin, Wrocław und über Küstrin und Kostrzyn hinaus auf der ehemaligen Ostbahn.

Die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs ist heute ungewisser denn je. Auf der einen Seite droht ein erheblicher Rückgang der öffentlichen Mittel. So ist im Grundgesetz verankert worden, dass die Mittel des Bundes für den Ausbau von Busnetzen, Straßenbahnen und U-Bahnen spätestens ab 2020 den Ländern gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Bis 2014 müssen sich Bund und Länder einigen, wie es mit den jährlich ca. 7 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln weitergeht, die für den Betrieb von S-Bahnen und Regionalbahnen unerlässlich sind. Dazu kommen klamme Kassen im Land und in immer mehr Kommunen. Auf der anderen Seite will der Bund im städtischen Nahverkehr einen ungezügelter Wettbewerb und die Privatisierung der Bahn. Das lehnen wir ab. Mobilität und damit die Teilhabe von Menschen darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb kann sich auch der Bund nicht aus der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs zurückziehen.

Wir wollen einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr, der von allen Menschen bezahlbar und bis in die äußeren ländlichen Regionen Brandenburgs benutzbar sein muss. Dazu ist es auch notwendig, Barrieren für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen zu beseitigen. Der Nahverkehr muss konsequent mit dem Fernverkehr verknüpft werden. Durch flexible Angebote wie Anruf-Sammel-Taxis und Bürger-Ruf-Busse kann der Nahverkehr dort ergänzt werden, wo es wenige Fahrgäste gibt. Streckenschließungen und die Ausdünnung von Haltepunkten als alleinige Antwort auf geringere Nutzerzahlen lehnen wir ab. Es geht um regionale Verkehrskonzepte, die überregional angebunden sind und dafür haben auch zukünftig Bund und Land Verantwortung. Interkommunale Kooperation und Arbeitsteilung können ermöglichen, dass Zielverkehre zu den zentralen Funktionen der Daseinsvorsorge gebündelt werden. Regionale Verkehrsverbände sind zu unterstützen. Der bestehende Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg soll fortgeführt und weiter ausgebaut werden.

Angesichts der bereits erreichten Dichte unserer Verkehrsinfrastruktur muss sich eine vorausschauende Verkehrspolitik auf die Qualifizierung der Funktionsfähigkeit der bestehenden Netze sowie auf intelligente Strategien zur Verkehrsver-

Angebote des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg verbessern

meidung, Verkehrsabwicklung und Verkehrslenkung konzentrieren. Planungen von verkehrlichen Infrastrukturvorhaben sind im Dialog mit Nutzern und Betroffenen sorgfältig abzuwägen und über einen Nachhaltigkeitscheck von den Folgen für die Umwelt zu bedenken. Der Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, der steigende Klimabelastungen verursacht. Zunehmend müssen auch die gesundheitlichen Auswirkungen durch Lärm mehr Beachtung finden.

In den Städten soll eine langfristig orientierte Standortentwicklung der kommunalen Infrastruktur zur Verkehrsvermeidung beitragen. Ihre Vorzüge sind kurze Wege. Elektromobilität im ÖPNV soll sowohl bei der Technologieentwicklung und beim direkten Einsatz gefördert werden. In den Innenstädten sollen Fußgängerinnen und Fußgänger wie auch Radfahrerinnen und Radfahrer den Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr haben. Innerstädtische und überörtliche Radwege sind auszubauen und besser miteinander zu vernetzen. Sozialtickets sind verbindlich einzuführen.

Mit neuen Ideen ÖPNV bedarfsgerecht erhalten

Die Netze des öffentlichen Personennahverkehrs sollen bedarfsgerecht erhalten bleiben. Um dem sozialen Auftrag zur Gewährleistung von umweltverträglicher Mobilität für alle nachkommen zu können, muss der ÖPNV in Brandenburg eine kommunale Pflichtaufgabe bleiben und darf nicht Verfügungsmasse der Haushaltskonsolidierung werden. Vor Ort kann entschieden werden, wie Nutzerfreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit am besten vereinbart werden können. Statt des regulären Linienbusses kann vielleicht ein kleiner Rufbus eingesetzt werden. Schülerbeförderung kann für alle Fahrgäste zugänglich sein.

In kleinen Orten kann die Mobilität auch durch nachbarschaftliche Hilfe verbessert werden, aber nicht als Alibi für den Rückzug des Staates aus seinen Verpflichtungen. Zur Solidarität gehört, die Mobilität für alle ohne physische oder soziale Zugangsbarrieren zu gewährleisten. Hierzu zählt auch ein Sozialticket, das Teilhabe auch für Einkommensschwache gewährleistet.

6.5 Landschaft pflegen – Vorrang für naturnahen Tourismus

Die vielfältigen Landschaftsräume in Brandenburg von der Prignitz bis zur Niederlausitz sind ein Schatz, den es zu bewahren gilt. Denn sie bilden eine Voraussetzung für kulturelle Vielfalt, mannigfaltige Erwerbchancen und individuelle Lebensgestaltung. Wir wollen die Kulturlandschaften in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit weiter ausprägen, um ihre Potenziale für ein nachhaltiges Zusammenleben von Mensch und Natur besser auszuschöpfen.

Großschutzgebiete bewahren und weiterentwickeln

Heute wird ein Drittel der brandenburgischen Landesfläche durch besondere Schutzgebiete geregelt. Hierzu zählen Naturparks, Biosphärenreservate und ein Nationalpark. Drei Schutzgebietsregionen sind länderübergreifend, darunter auch der Nationalpark Unteres Odertal, der Bestandteil eines internationalen Projekts in

Kooperation mit der Republik Polen ist. Die Schutzgebiete sollen in ihren jetzigen Größenordnungen bewahrt und strukturell weiterentwickelt werden, um ihre Funktionen noch besser erfüllen zu können. Sie bilden das wichtigste Instrument, um die Artenvielfalt zu erhalten, die den einzigartigen Charakter unserer Landschaften prägt und konstitutiv für die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen ist. Wir streben die Umsetzung der Nationalen Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Brandenburg an. Dazu gehört es, Wildnisgebiete der natürlichen Entwicklung zu überlassen. In der Kulturlandschaft mit umweltverträglicher Nutzung für Land- und Forstwirtschaft, Gesundheit und Tourismus, Forschung und Bildung soll dem Erhalt der biologischen Vielfalt Rechnung getragen werden. Zu unterstützen sind naturnahe Produktionsweisen, die zum Natur- und Grundwasserschutz sowie für die Gesunderhaltung der Bevölkerung beitragen.

Der Braunkohleabbau in der Lausitz hat die massivsten Landschaftsveränderungen seit der Eiszeit bewirkt. Im Jahr 1990 bestanden 30 Prozent der Niederlausitz aus Tagebaufläche. Etwa 80 Orte mit 40 000 Einwohnern mussten den Tagebauen weichen, darunter auch viele Sorben/Wenden. Zu den ökologischen Langzeitfolgen zählen ein gestörter Wasserhaushalt, übersäuerte Böden und knapp 250

Altlastenverdachtsflächen. Auf den stillgelegten Tagebauflächen findet seit 1990 eine großräumige Landschaftssanierung statt. Bislang wurden mehr als 80 000 ha Land für die Forst- und Landwirtschaft, den Naturschutz oder die Erholung wieder gewonnen.

Die Renaturierung der verbleibenden Bergbaufolgelandschaften wird auf lange Frist eine wichtige Aufgabe der Umweltpolitik in Brandenburg bleiben. Für die Finanzierung der Maßnahmen stehen jene Wirtschaftsakteure in der Pflicht, die vom Rohstoffabbau profitiert haben. Eine nachhaltige »Wieder-in-Wert-Setzung« der Flächen, über die der Bergbau hinweggegangen ist, wird jedoch nur gelingen, wenn sich die Menschen in der Region mit ihren Ideen und ihrer Kraft selbst einbringen. Die Menschen haben erkannt, dass das fossile Zeitalter vorbei ist und investieren Kraft und Geld in Alternativen, damit nachhaltige Entwicklung gelingen kann. Die Internationale Bauausstellung »Fürst-Pückler-Land« hat mit originellen Konzepten wichtige Impulse gegeben und Pilotprojekte angeschoben. Die Ansätze zur Aktivierung regionaler Entwicklungspotenziale sollten in geeigneter Form fortgesetzt werden. Hierfür braucht es einen dauerhaften, verlässlichen und zielgenauen Einsatz von Bundes- und Landesmitteln.

Ansätze der IBA unter Einsatz von Bundes- und Landesmitteln weiter verfolgen

Ein Kernthema im Umgang mit den Bergbaufolgen ist die Wiederherstellung eines selbst regulierenden Wasserhaushalts. Brandenburg hat aber über die Lausitz hinaus ein generelles Problem mit dem Landschaftswasserhaushalt. Auf der Tagesordnung steht die Einrichtung eines Wassermanagements, das auf Basis von Langzeitkonzepten kontinuierlich für einen ausgeglichenen Wasserhaushalt, eine sichere Trinkwasserversorgung und eine umweltverträgliche Abwasserbehandlung sorgt.

Die Potenziale des Tourismus für die wirtschaftliche Entwicklung der Landschaften und die Entwicklung in den ländlich geprägten Räumen Brandenburgs sind noch nicht ausgeschöpft. Angesichts des intensiven Wettbewerbs zwischen den vielen attraktiven Urlaubsregionen in Deutschland und Mitteleuropa müssen ausstrahlungskräftigere Dachmarken etabliert werden, die mit komplexen Angebotspaketen mit prägnanten Profilen untersetzt sind. Schon heute bietet Brandenburg hierfür gute Voraussetzungen: Aktiverholung und Sport, Wandern und Radeln, Ferien auf dem Bauernhof, Erlebnis- und Kulturtourismus. Der barrierefreie Tourismus ist als ein bedeutendes Querschnittsthema in der Landestourismuskonzeption verankert. Die flächendeckende Umsetzung von Barrierefreiheit ist als Qualitätsmerkmal festgeschrieben. Auf der Tagesordnung bleibt die Vernetzung der touristischen Infrastruktur und die Schließung von Lücken. Darüber hinaus gilt es den erreichten Standard langfristig zu sichern und zu erhalten. Lokale Traditionsfeste und Kulturevents haben auch eine wichtige touristische Funktion und verdienen daher verlässliche bürgerschaftliche und öffentliche Förderung. Auch in der Entwicklung gemeinsamer touristischer Konzepte mit den Nachbarn in der Republik Polen liegen wichtige Potenziale, die es künftig noch stärker zu nutzen gilt.

Touristische Infrastruktur weiter ausbauen

6.6 Gesunde Produkte – Faire Dienstleistungen – Mündige Verbraucher

Verbraucherschutz ist ein Kernthema linker Politik. Es setzt den Werbestrategien der Wirtschaft Standards entgegen, die Bürgerinnen und Bürgern eine selbstbestimmte Entscheidung über ihr Konsumverhalten und die Wahrnehmung ihrer Rechte ermöglichen. Unter Federführung des links geführten Verbraucherschutzministeriums hat sich die Landesregierung 2012 erstmals eine Verbraucherpolitische Strategie gegeben.

Ziele des Verbraucherschutzes umspannen verschiedenste Themen. Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen gestärkt werden, aber sie müssen diese Rechte auch kennen. Verbraucherinformation, beratung und -bildung haben einen hohen Stellenwert. Das reicht von Etikettierungsregeln für Produkte über regionale Beratungsangebote bis zu Lehrinhalten in der Schule. Die Verbraucherzentrale spielt dabei auch zukünftig eine wichtige Rolle. Verbraucherinformation

Verbraucherrechte stärken, Beratung verbessern

muss alle erreichen können, gerade auch Kinder und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen. Dafür sind spezielle, auf die Zielgruppen zugeschnittene Angebote nötig.

In Zeiten des Internethandels muss Verbraucherberatung auch grenzüberschreitend agieren. Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ist die Produktüberwachung, insbesondere die Lebensmittelüberwachung weiterhin abzusichern. Ihre Ergebnisse dürfen nicht geheime Verschlussache sein, sondern sollen öffentlich transparent gemacht werden. So bekommen die Verbraucherinnen und Verbraucher die notwendigen Informationen.

7. Für ein zukunftsfähiges Brandenburg

7.1 Gleichwertige Lebensverhältnisse in regionaler Vielfalt

Brandenburg ist ein Land mit ausgeprägter regionaler Vielfalt, was auch auf die konkreten Lebensumstände in den einzelnen Landesteilen zutrifft. Die sozioökonomischen Unterschiede sind aufgrund divergierender wirtschaftlicher und demografischer Entwicklungen in den vergangenen Jahren eher noch gewachsen. Dies gilt vor allem im Vergleich zwischen dem Metropolenraum um Berlin und den Regionen im ländlichen Raum. Die Bruchlinien gehen oft direkt durch die Landkreise hindurch. Zudem nehmen kleinräumige Diskrepanzen zu.

Mittelzentrale Verantwortungsgemeinschaften mit Leben erfüllen

Die gemeinsame Landesentwicklungsplanung Berlin-Brandenburg hat gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts mit dem Abschied vom Leitbild der dezentralen Konzentration ein Stück weit vor der Macht des Faktischen kapituliert. Mit dem Wegfall der Grundzentren und der Verringerung der Zentralen Orte auf ein Drittel wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass viele kleinere Städte ohnehin bereits die Tragfähigkeit verloren haben, um wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Durch Kooperation und Koordinierung zwischen den Gemeinden sollten mittelzentrale Verantwortungsgemeinschaften gebildet werden. Es kommt nun darauf an, diese Verantwortungsgemeinschaften mit Leben zu erfüllen. Noch ist nicht absehbar, ob diese neuen Planungsansätze nachhaltige Steuerungseffekte zur Verringerung bestehender Entwicklungsunterschiede bewirken können.

Gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie die brandenburgische Landesverfassung im Artikel 44 postuliert, müssen das übergeordnete Ziel der Landesentwicklung bleiben. Trotz großer Diskrepanzen und begrenzter finanzieller Ressourcen haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger das Recht auf einen Grundkanon öffentlicher Leistungen, der eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall im Land herstellt. Ein flächendeckendes Netz von starken Zentren, die als wirtschaftliche Lokomotiven, öffentliche Dienstleister, kulturelle Mittelpunkte und soziale Versorger für ihre jeweiligen Regionen funktionieren, bleibt für unser Land unverzichtbar. Daseinsvorsorge ist verfassungsmäßiges Recht und nicht Spielball des Marktes.

Neue Instrumente der Daseinsvorsorge einführen und verknüpfen

Allein mit den herkömmlichen Instrumenten von Landesentwicklungsplanung, Strukturpolitik und Verwaltungsorganisation kann Brandenburg seinem Verfassungsauftrag nicht mehr gerecht werden. Wir brauchen neue Ideen und Strategien, um die regionale Vielfalt als Entwicklungspotenzial zu entfalten. Wir wollen die Daseinsvorsorge flächendeckend, aber regional differenziert organisieren. Zentrale Orte, soziale Ankerpunkte, mobile Dienste und lokale Selbstorganisation müssen zu einem integrierten Netz verknüpft werden. Unterschiedliche Regionen brauchen maßgeschneiderte Konzepte, die auf die jeweiligen Bedingungen abgestimmt sind. Solche Konzepte entstehen am Besten in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs vor Ort.

Die regionale Vielfalt ist nicht nur Herausforderung, sondern bietet auch Chancen. Sicher kann nicht jeder Standortvorteil und jede Daseinsvorsorge an jedem Ort in gleichem Maße vorhanden sein. Aber Großstädte und Ballungsräume bieten andere Qualitäten als ländlich geprägte Regionen mit ihren Kleinstädten, Dörfern und naturnahen Siedlungen. Es kommt darauf an, die jeweiligen Stärken vor

Ort weiter ausprägen. So entstehen in der Summe gleichwertige, aber im Einzelnen nicht gleichartige Lebensverhältnisse. Dies entspricht den unterschiedlichen regionalen Ausgangsbedingungen ebenso wie den individuellen Lebensentwürfen, Bedürfnissen und Potenzialen der Menschen in unserem Land.

Nachhaltige Strukturpolitik in dünn besiedelten Regionen bedeutet mehr Investitionen in die Wachstumsbereiche der Daseinsvorsorge. Öffentliche Investitionen für Bildung, Gesundheit und Verkehrsinfrastruktur müssen noch konsequenter auf die regionalen Leistungszentren als Anker in der Region konzentriert werden. Deshalb sind besondere Anstrengungen für die Stabilisierung und Stärkung der Ober- und Mittelzentren in bevölkerungsschwachen Regionen zu unternehmen. Hierzu zählt auch die Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Berlin sowie in die Ballungszentren in den benachbarten Räumen außerhalb von Brandenburg, wie etwa nach Leipzig und Dresden.

Öffentliche Investitionen auf soziale Infrastruktur in zentralen Orten konzentrieren

Die Entwicklung im »Speckgürtel« um Berlin wird ganz maßgeblich von der Dynamik der Metropolregion bestimmt. Hier ballen sich industrielle Kompetenz und technologische Innovation. Hier wird ein großer Teil der Wirtschaftsleistung des Landes Brandenburg erzeugt. Hier wachsen Umland und Hauptstadt zusammen, räumlich wie funktional. Hier sind städtische Lebenskultur und erheblicher Wohlstand zu finden, wie etwa in Potsdam oder Falkensee. Hier gibt es weiträumige suburbane Siedlungen. Hier konzentrieren sich Industrie- und Logistikstandorte. Raum ist knapp, Wohnungen und Gewerbeflächen sind Mangelware. In den Schulen und Kindertagesstätten wird es eng. Eine weitsichtige und der Nachhaltigkeit verpflichtete Politik steht vor der Herausforderung, für neue Kapazitäten an bezahlbarem Wohnraum und sozialer Infrastruktur für alle Einkommensschichten zu sorgen, zugleich aber eine weitere ökologisch kontraproduktive Zersiedlung des Umlands zu verhindern. Dies alles geht nur in enger Kooperation und Abstimmung mit Berlin.

Das ländliche Brandenburg ist ein Raum, der von der Gravitationskraft und den Wachstumspulsen verschiedenartiger traditioneller und neu heranwachsender Metropolregionen erfasst wird. Neben der zentral gelegenen Metropole Berlin zählen hierzu Hamburg im Nordwesten, die mitteldeutsche Metropolregion um Halle und Leipzig im Süden, der Wachstumsraum um Dresden und Chemnitz im Südosten, Poznań und Wrocław im Südosten und die Region um Szczecin im Nordosten. Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den benachbarten städtischen und ländlichen Regionen sind schon heute bedeutungsvoll, die Potenziale dieser Entwicklungsachsen werden jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Handlungsfelder für gemeinsame Strategien und Kooperationsprojekte bieten sich in der Energiewirtschaft, im Kultur- und Naturtourismus, in der Entwicklung von industriellen Kompetenzclustern sowie in Umweltschutz, Wassermanagement und Landschaftspflege an. Vor allem in den Räumen entlang der Landesgrenzen bietet es sich an, die Nachbarn zu Partnern zu machen, um vorhandene Strukturen und Funktionen der Daseinsvorsorge abgestimmt und arbeitsteilig zu entwickeln und zu nutzen. Das ermöglicht mehr Qualität bei effektiverem Mitteleinsatz und ist wegen der oft kürzeren Wege für die Nachbargemeinden auch noch bürgerfreundlicher.

Entwicklungspotenziale in Räumen zwischen den Metropolen besser nutzen

In immer dünner besiedelten Räumen wird eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse künftig nur noch dann gewährleistet werden können, wenn für die Verwaltung und Versorgung neue Strukturen und kreative Verfahren gefunden werden, die flexibel auf die jeweiligen örtlichen Erfordernisse eingestellt werden können. Dort wollen wir mehr Raum für selbstbestimmte und selbst verantwortete bürgerschaftliche Organisation der Daseinsvorsorge schaffen. Hierfür sind die nötigen rechtlichen und administrativen Voraussetzungen zu schaffen. Es geht nicht um die bestmögliche Verwaltung des Mangels, sondern um die Schaffung von Spielräumen.

Politik soll vor Ort eigenverantwortliche Organisation ermöglichen

7.2 Starke Städte

Städte sind das Rückgrat des Landes. Hier lebt die Mehrzahl der Brandenburgerinnen und Brandenburger, hier wird der Hauptanteil der Wertschöpfung des Landes erarbeitet, hier finden sich die meisten Unternehmen und Arbeitsplätze, die meisten Bildungs- und Forschungseinrichtungen und hier sind die Zentren der Versorgung des Landes. Städten kommt eine zentrale Rolle bei der Daseinsvorsorge für das Umland, wie auch für die eigene Bevölkerung zu. Mit Angeboten des Nahverkehrs, kultureller und Freizeiteinrichtungen, sowie behördlicher Institutionen fungieren sie als Dienstleister auch für umliegende Gemeinden und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Nicht zuletzt sind Städte Anziehungspunkte für Besucher von außen und damit Visitenkarten für unser Land. Daher bleibt Stadtentwicklung ein vorrangiger Handlungsschwerpunkt der Landespolitik.

Die Städte in Brandenburg haben seit 1990 einen erheblichen Entwicklungsschub erfahren, waren zugleich jedoch von tiefgreifenden wirtschaftlichen Umbrüchen und gravierenden demografischen Verschiebungen betroffen. Auf der einen Seite wurden historische Stadtkerne saniert, Wohnviertel modernisiert, Einfamilienhausgebiete entwickelt, Gemeinbedarfseinrichtungen gebaut und die technische Infrastruktur von Grund auf erneuert. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt durch massive Finanztransfers durch Bund und EU. Auf der anderen Seite brachen vielerorts industrielle Großbetriebe weg, die für Arbeit und Wohlstand gesorgt hatten. Die Folge waren drastische Einwohnerverluste, ausgedehnte Gewerbebrachen, gravierender Wohnungsleerstand und untergenutzte Infrastruktur. Währenddessen profitierten die größeren und kleineren Städte im Berliner Umland von massiven Gewerbeansiedlungen und dem Zuzug in die neuen Eigenheimgebiete.

In den letzten Jahren haben sich die Diskrepanzen zwischen Schrumpfung und Wachstum noch vertieft. Entsprechend unterschiedlich gestalten sich die Zukunftsperspektiven, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird. Erforderlich sind zum Einen maßgeschneiderte Lösungen für die Stadtentwicklung und zum Anderen die konsequente Einbettung städtischer Entwicklungsperspektiven in offene Interaktion mit dem Umland zum gegenseitigen Vorteil. In den Wachstumskernen geht es hauptsächlich um weitere Ausprägung von Standortvorzügen und urbaner Lebensqualität bei sparsamstem Flächenverbrauch. Die Schrumpfungsstädte stehen zwingend vor der Herausforderung, die Anpassung der Stadtstruktur an den geringer werdenden Raumbedarf zu meistern, um zugleich für Bewohner und Investoren wieder attraktiver zu werden. Bei aller Differenziertheit machen die Wechselwirkungen von Schrumpfung und Wachstum sowie von städtischer Entfaltung und regionaler Entwicklung vor keiner Stadtmauer halt.

Leitbild der europäischen Stadt konsequent umsetzen

Deshalb orientieren wir uns konsequent am Leitbild der europäischen Stadt: Die Stadt lebt durch und für ihre Bürgerinnen und Bürger. Sie entwickelt wirtschaftliche Potenziale, Wohn- und Lebensqualität, Bildungs- und Freizeitangebote für alle sozialen Gruppen. Die historisch gewachsene kompakte Stadt entspricht nicht nur unseren kulturellen Traditionen und Wertmaßstäben, sie ist durch komprimierte Infrastruktur und kurze Wege auch bürgerfreundlich, wirtschaftlich effizient und ökologisch nachhaltig. Im ländlichen Raum sichert die Stadt als urbanes Leistungszentrum gleichwertige Lebensverhältnisse und die Funktion öffentlicher Institutionen.

Kommunen entschulden und föderale Finanzarchitektur reformieren

Damit die Städte in Brandenburg ihre Funktion als Ankerpunkte der Landesentwicklung wahrnehmen können, brauchen sie über ihre Funktion bei der Erfüllung staatlicher Pflichtaufgaben hinaus mehr Gestaltungskompetenz und finanzielle Handlungsfähigkeit. Letztlich geht es darum, die strukturellen Ursachen für die Unterfinanzierung zu beheben. Die Finanzausstattung der Städte muss dauerhaft und verlässlich auf ein Niveau gehoben werden, das dem Umfang ihrer Verpflichtungen und Aufgaben entspricht. Hierfür steht zunächst das Land im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten in der Verantwortung. Ein erster Schritt hierzu ist ein Landesprogramm zur Entschuldung von Städten und Gemeinden, die in Haushaltsnotlagen geraten sind. Immer drängender wird es jedoch, auch im Bund die Grundsatzdiskussion zur Reform der föderalen Finanzarchitektur zu spürbaren Ergebnissen zu führen, die den Kommunen mehr eigenständige und stabile Einkommensquellen sichern.

Zunehmender Schwerpunkt städtischer Entwicklung, gemeinschaftlichen Lebens sowie regionaler Ankerwirkung wird die Sicherung angemessenen, sicheren und bezahlbaren Wohnraums sein. Eine zielgenaue, flexible und effektive Verbindung von Objekt- und Subjektförderung soll dem dienen. Dazu gehört eine verlässliche Fortsetzung der Wohnraumförderung auch durch die Aktivierung des Wohnungsbauvermögens Brandenburgs. Ebenso müssen die Bund-Länder-Programme für die Städtebauförderung und insbesondere für den Stadtumbau Ost fortgesetzt werden. Im kommenden Jahrzehnt ist aufgrund des demografischen Wandels mit einer deutlich schrumpfenden Zahl von Wohnhaushalten und daher mit einer neuen Welle von Wohnungsleerständen und Infrastrukturüberhängen zu rechnen. Stadtumbau beschränkt sich jedoch nicht darauf, überflüssige Bausubstanz und Infrastruktur abzureißen. Mehr noch geht es darum, in jene Strukturen zu investieren, die dauerhaft für eine nachhaltige Stadtentwicklung benötigt werden und von denen die Zukunftschancen des lokalen Gemeinwesens abhängen.

**Wohnraumförderung und
Stadtumbau Ost fortsetzen**

Für Schlüsselvorhaben wissenschaftlicher Stadtentwicklung sollten auf der Grundlage integrierter Konzepte zielgerichtet Mittel aus den Europäischen Struktur- und Sozialfonds (EFRE, ESF) aktiviert werden. Zudem ist unerlässlich, das Programm Soziale Stadt zu reaktivieren, um Investitionen und Impulse in Stadtquartiere zu geben, die um gesellschaftlichen Zusammenhalt kämpfen und Hilfe zur Selbsthilfe brauchen.

Angesichts der regionalen Diversität in Brandenburg braucht die Städtebauförderung eine klare räumliche Schwerpunktsetzung. Städte in bevölkerungsschwachen Regionen bedürfen einer überproportionalen Förderung, da hier der Problemdruck am höchsten ist und leistungsfähige zentralörtliche Funktionen am dringendsten gebraucht werden. Auf längere Sicht und für das Zusammenwachsen im vereinigten Deutschland wäre es durchaus sinnvoll, die Stadtumbauförderung in Ost und West nach einheitlichen Bedarfskriterien zusammenzufassen und auf stark benachteiligte Regionen zu fixieren.

**Mittel in Schrumpfung-
regionen auf Städte
konzentrieren**

Die Förderung von Stadt und Land ist enger zu verzahnen. Insbesondere das Zusammenspiel von Stadt, ländlicher Raum und Wirtschaft muss künftig in den EU-Strukturfonds stärker abgebildet werden. Die integrierten Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) und Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) sowie die daraus hervorgehenden Ziele, Strategien und Maßnahmen müssen besser aufeinander abgestimmt werden.

7.3 Vitale ländliche Gemeinden

Während der vergangenen Jahrzehnte hat sich manches in den kleinteiligen Siedlungsstrukturen des ländlichen Raums geändert. Landwirtschaft prägt nicht mehr das soziale Profil, klassische Erwerbsarbeit vor Ort ist Mangelware. Viele pendeln zur Arbeit, viele leben schon von der Altersrente. Nicht wenige sind weggezogen, weil sie Arbeit suchten, beruflich weiterkommen wollten oder das Leben in der Großstadt bevorzugten. Manche sind zugezogen, um ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen und Raum für neues zu schaffen. Zwischen diesen »Raumpionieren« und der alteingesessenen Bevölkerung ergeben sich spannende kulturelle Wechselwirkungen, die zur beiderseitigen Bereicherung der Lebensqualität im Dorf genutzt werden können.

Die Dörfer und Kleinsiedlungen gehören zum kulturellen Erbe und zur Identität von Brandenburg. Hier wurde das gesellschaftliche Leben schon immer etwas direkter, nachbarschaftlicher und persönlicher geregelt als in den größeren Städten. Auch Solidarität bekommt hier ein ganz konkretes Gesicht und eine ganz praktische Dimension. Wenn die Gemeinschaft etwas braucht, muss sie es in der Regel selbst auf die Beine stellen. Öffentliche Verantwortlichkeiten und Gemeinbedarfsvorhaben sind handfeste Angelegenheiten. Es ist immer überschaubar, wer etwas tut und wer sich wofür einbringt.

Es sind genau diese Eigenschaften des gesellschaftlichen Lebens, welche die kleinen Dörfer und Siedlungen auch im demografischen Wandel zukunftsfähig halten. Die zentralisierten Funktionen der Daseinsvorsorge werden über das eigene Auto oder das öffentliche Verkehrsangebot, über digitale Kommunikation

oder mobile Dienste aufrechterhalten. Darüber hinaus muss es einfach viel mehr Raum geben für selbstbestimmte Organisation außerhalb der Versorgungsgroßstrukturen. Technische Innovation und soziale Kompetenz machen es möglich, dass nicht nur Stromerzeugung, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Müllbeseitigung, sondern auch Kinderbetreuung und Grundschulbildung, Pflege und Sozialarbeit vor Ort im kleinen Siedlungsmaßstab ganz vorbildlich organisiert werden können. Die Politik braucht mehr Mut und Vertrauen in die demokratische und fachliche Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger auf dem flachen Land. Die »Dorfbewegung« bietet dabei die Chance, die Dörfer durch zivilgesellschaftliches Engagement selbstbestimmt zu entwickeln. Wir unterstützen Initiativen zur Schaffung von sogenannten Dorfparlamenten.

Im ländlichen Raum lokale soziale Ankerpunkte schaffen

So können »soziale Ankerpunkte« entstehen. Soziale Ankerpunkte brauchen kundiges, oft sicher auch ehrenamtliches Bodenpersonal und engagierte Lotsen vor Ort. Sie werden keine kalten Verwaltungsstuben sein, sondern Anlaufpunkte für Fürsorge und Unterstützung, für moderne Kommunikation nach außen und traditionelle Kommunikation miteinander. Kultur, Service, Selbstorganisation, Behörden-Guides, E-Government-Schalter, Beratung durch Vereine oder Gewerkschaften. Ein solches Zusammenspiel funktioniert nur bei entsprechender Koordinierung, Unterstützung und Begleitung durch die Gemeindeverwaltung.

Miteinander von Stadt und Land gezielt fördern

Durch den Einsatz von Europäischen Förderprogrammen und Programmen von Bund und Land können die Initiativen und Ansätze für lokale Selbstorganisation und Verbesserung ländlicher Lebensqualität zielgerichtet unterstützt werden, insbesondere durch die Förderung von Pilotprojekten, Kooperationsvorhaben und Erfahrungsaustausch. Eine Kombination der verschiedenen europäischen Fonds in der neuen Förderperiode ist notwendig, um größere Effekte zu erreichen. Was wir vermeiden wollen, ist ein steuersubventioniertes Tauziehen zwischen Stadt und Dorf um dieselben Bewohner und Investoren, was aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Fehlallokation öffentlicher Mittel und aus demografischem Blickwinkel ein Null-Summen-Spiel darstellt. Vielmehr geht es darum, das arbeitsteilige Miteinander von Stadt und Land zu optimieren, in dem alle beteiligten Partner ihre jeweiligen Stärken einbringen und ausprägen. Hierzu sind die Rahmenbedingungen für interkommunale Kooperation zu verbessern, insbesondere, was die Ausstattung mit Planungs- und Regelungskompetenzen betrifft.

7.4 Kommunalverwaltung: demokratisch, bürgernah, effizient

Verwaltungen stehen unter einem permanenten Anpassungs- und Reformdruck, der vom demografischen Wandel und vom Regelungsbedarf durch neue wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen ausgeht. Das Auslaufen des Solidarpakts, das Abschmelzen der Europäischen Strukturfonds und die Schuldenbremse erzwingen eine kosteneffizientere Verwaltungsstruktur. Auch diesen Entwicklungserfordernissen muss die kommunale Selbstverwaltung gerecht werden.

Nun wollen die Menschen nicht pausenlos neue Strukturen, sondern funktionierende Verwaltungsabläufe, verlässliche Ansprechpartner und wirksame Mitsprache bei Planungsprozessen und administrativen Entscheidungen. Aus diesen Gründen wird eine nachhaltige und zukunftsfähige Organisation der öffentlichen Verwaltung nur zu haben sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden und ihre Interessen in den Reformprozess einbringen können. Gerade darin sehen wir den entscheidenden Vorzug kommunaler Eigenverantwortung, Verwaltung bürgernah und effizient gestalten zu können. Es bestehen also gute Gründe, diesen Weg mit Optimismus und Vertrauen in die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung anzugehen. Zudem eröffnen moderne Kommunikationstechnologien und Beteiligungsformen, bürgerschaftliches Engagement und das Ehrenamt auch neue Chancen und Wege.

Die große Herausforderung besteht also darin, die Verwaltungsausgaben durch wirtschaftlich tragfähige Strukturen an die sinkenden Einwohnerzahlen und schrumpfenden Finanztransfers anzupassen und zugleich die kommunale Demo-

kratie zu stärken. Eine einseitige Orientierung auf Vergrößerung der Landkreise, Städte und Gemeinden oder Ämter ist dabei wenig hilfreich. Verwaltungsstrukturen müssen den Problemlösungen angemessen sein, sie dürfen nicht selbst zum Problem werden. Sie müssen der regionalen Differenzierung folgen – im dicht besiedelten Raum werden wir eher klassische Größen und Strukturen benötigen, in dünner besiedelten Räumen wird der Übergang zu mobilen und digitalen Wegen einerseits die Dezentralität verstärken, andererseits bei reinen Verwaltungsabläufen eine stärkere Konzentration und Zentralisierung ermöglichen.

Es ist sorgfältig zu klären, welche Aufgabenbereiche auf welcher Verwaltungsebene am besten aufgehoben sind, wo ein größerer räumlicher Zuschnitt notwendig sein kann und bis zu welcher Dimension er sinnvoll erscheint, wie die demokratische Qualität der Entscheidungsprozesse gestärkt werden kann. Funktional- und Strukturreform müssen Hand in Hand gehen. Zwischen den Verwaltungsebenen muss eine klare Kompetenzverteilung durchgesetzt werden, die ineffiziente Doppelarbeit und bürokratische Blockaden verhindert.

Ein kluger Ansatz wäre, allgemeine staatliche Verwaltungsaufgaben zu zentralisieren und lokale Gestaltungsaufgaben so weit wie möglich auf die demokratischen Selbstverwaltungsorgane zu verlagern. Formale Verwaltungsangelegenheiten können über die Kombination von zentralen Anlaufstellen, E-Government und mobilen Diensten ebenfalls nutzerfreundlich und effizient abgewickelt werden, ohne dass in jedem Ort eine Außenstelle betrieben werden muss. Demgegenüber sollten die Entscheidungen über die praktischen Dinge und Regeln des öffentlichen Lebens und insbesondere über die Ziele und Investitionen für nachhaltige Entwicklung und Zukunftssicherung in den Städten und Gemeinden konsequent auf die Selbstverwaltungsgremien vor Ort verlagert werden.

Allgemeine Verwaltungsaufgaben zentralisieren, Entwicklung lokal gestalten

Der Transfer von Entscheidungskompetenz muss immer einher gehen mit einer entsprechenden Verschiebung von Planungsrecht und Finanzausstattung für die übertragenen Aufgaben. Je mehr an Ort und Stelle wirklich entschieden und umgesetzt werden kann, desto mehr können bürgerschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden. Demokratie wird gerade dort erlebbar und gestaltbar, wo es um die konkrete Lebenswirklichkeit eines jeden Einzelnen geht. Dem muss die Gestaltung der Gemeindehaushalte und insbesondere der Budgets für freiwillige Ausgaben unbedingt Rechnung tragen.

Gestaltungskraft der Kommunen stärken, Verbandsgemeinde einführen

In Brandenburg hat sich neben der Form der Einheitsgemeinden das Amtsmo- dell bewährt. Zur Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen schlagen wir zusätzlich die Einführung der Verbandsgemeinde vor. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern, so in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt, aber auch in Rheinland-Pfalz, zeigen, dass auf diesem Weg die Verwaltungskraft der Gemeinden gestärkt werden kann, ohne dass sie dafür ihre politische Selbständigkeit aufgeben müssen.

7.5 Regionale Vernetzung und interkommunale Kooperation vorantreiben

Um die Herausforderung zu bewältigen, die durch die demografische Entwicklung, den verschärften Standortwettbewerb, die wachsende Komplexität der Daseinsvorsorge und die knappen Kassen entstehen, brauchen wir eine Reorganisation des Zusammenwirkens von staatlichen Institutionen, regionalen Verbänden, kommunalen Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisation.

Wir wollen ein integriertes Netz der öffentlichen Daseinsvorsorge aufbauen, das Zentrale Orte, Versorgungsknoten, multifunktionale Gemeindezentren, soziale Ankerpunkte, mobile Dienste und lokale Selbstorganisation verknüpft. Ein großes Potenzial bietet interkommunale Kooperation, die auch über Kreis- und Landesgrenzen hinausgehen kann. Als Handlungsfelder bieten sich regionale Energieverbände, der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe, die Kooperation und Arbeitsteilung im Bereich der Schulentwicklung und Kinderbetreuung, die Vernetzung des Öffentlichen Personenverkehrs oder der touristischen Infrastruktur an. In Abstimmung mit der Landesplanung sollten auch gemeinsame gewerbliche Entwicklungsmaßnahmen unterstützt werden.

Freiwillige Fusionen von Kommunen finanziell fördern

Freiwillige Fusionen auf kommunaler Ebene sollen gefördert werden, indem den Kommunen fusionsbedingte Aufwendungen erstattet werden. Dies kann auch durch Teilentschuldungen der Fusionspartner, Konzentration von Mittelzuweisungen für zentrale Funktionen der Daseinsvorsorge sowie vorrangige Förderung von

Schlüsselvorgaben erfolgen.

7.6 Gesamtkonzept für Berlin und Brandenburg auf Augenhöhe

Die Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt, und beide Länder profitieren davon. Die Kraft der Metropolregion erzeugt starke Wachstumsimpulse, die sich für Brandenburg in Investitionen, Synergien und Kooperationsstrukturen niederschlagen. Tausende Brandenburger fahren täglich nach Berlin zur Arbeit oder nutzen das Kulturangebot der Bundeshauptstadt. Tausende Berliner suchen in der Mark Erholung oder flanieren in Potsdamer Schlösser und Gärten. Viele sind aus Berlin zum Wohnen ins Umland gezogen. Manche Unternehmensgründung in Brandenburg ist aus Berlin heraus erfolgt. Berlin ist der vielversprechendste Markt für märkische Agrarprodukte. In der Gesundheitswirtschaft haben sich vielfältiger Vernetzungen herausgebildet, die ein erhebliches Innovations- und Wachstumspotenziale aufweisen.

Zwischen beiden Ländern hat sich ein dichtes Netz von gemeinsamen Institutionen entwickelt. Das reicht vom Verkehrsverbund über die Gerichtsbarkeit und das öffentliche Versicherungswesen bis hin zur gemeinsamen Hochschullandschaft und Akademie der Wissenschaften. Über 100 Staatsverträge und Verwaltungsabkommen regeln die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, deren Intensität weit über das übliche Niveau föderaler Zusammenarbeit im Bund hinausgeht. Der Großflughafen »Willy Brandt« in Schönefeld bildet ein markantes Beispiel, welche wirtschaftlichen Potenziale durch die Kooperation beider Länder aktiviert werden können, aber auch, wie hoch die Anforderungen an ein erfolgreiches Management solcher gemeinsamer Großprojekte sind.

Strategie für europäischen Innovationsraum Berlin-Brandenburg entwickeln

Ein enormes wirtschaftliches Potenzial für beide Länder liegt in einer gemeinsamen Innovationsstrategie und koordinierten Förderung der Kompetenzcluster in den Wachstumsbranchen von Industrie, Gesundheitswirtschaft, Energie und Medien. Ziel ist ein europäischer Innovationsraum Berlin-Brandenburg mit einer integrierten Forschungs- und Entwicklungslandschaft. Die Ansätze für

ein gemeinsames Landesmarketing sollen fortgesetzt werden, um insbesondere dem Forschungs- und Bildungsstandort, den industriellen Kapazitäten und Kompetenzen sowie den touristischen Potenzialen zu stärkerer internationaler Ausstrahlungskraft zu verhelfen.

Instrumente für Integration der Metropolregion mit den regionalen Zentren erarbeiten

Berlin und Brandenburg haben eine gemeinsame Landesentwicklungsplanung. Das ist gut so. Der Ansatz, die Entwicklung der beiden hoch vernetzten Länder auf allen Handlungsfeldern der Raumordnung in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten, muss weiter vertieft werden. Ausgehend von den übergreifenden Entwicklungszielen kommt es darauf an, wirkungsvolle Regeln und Instrumente

für eine komplementäre und arbeitsteilige Integration der Metropolregion Berlin mit den regionalen Zentren sowie den peripheren und dünn besiedelten Räumen in Brandenburg aufzustellen, von der alle Beteiligten gleichermaßen profitieren. Dies schließt besondere Anstrengungen zur Stärkung der Zentrale Orte im ländlichen Raum ein, insbesondere durch Ansiedlung und Sicherung von gemeinsamen bzw. landesweiten Einrichtungen der Daseinsvorsorge und verbesserte Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur.

Wir brauchen in der Landesentwicklungsplanung eine intensivere Zusammenarbeit sowohl auf politischer als auch auf administrativer Ebene, also ein engeres Zusammenwirken im gemeinsamen Interesse auf Augenhöhe. Durch die Integration und Vernetzung zwischen Berlin und Brandenburg können alle gewinnen. Wenn wir es schaffen, dieses Ziel auf den einzelnen Kooperationsfeldern immer wieder überzeugend umzusetzen, werden beide Länder auch immer besser zu-

sammenwachsen. Eines Tages kann ganz von selbst die Überzeugung reifen, dass es an der Zeit wäre, aus der Lebenspartnerschaft zwischen Brandenburg und Berlin eine eingetragene Partnerschaft zu machen.

7.7 Brandenburg gemeinsam mit den polnischen Nachbarn entwickeln

Aufgrund seiner Lage an der deutsch-polnischen Grenze steht Brandenburg vor besonderen Herausforderungen, zugleich ergeben sich aus der Grenzlage auch besondere Chancen: für die Grenzregion, aber auch für das gesamte Land!

Die Grenzregion hat das Potential, für Millionen Menschen nicht nur Arbeits- und Wohnort zu sein, sondern wirklich gemeinsame Heimat für Polen und Deutsche zu werden. Mit der Initiative für die »Oderpartnerschaft« setzten Berlin und Brandenburg bereits 2006 – unter maßgeblicher Mitwirkung der Berliner LINKEN – das Signal für eine verstärkte Zusammenarbeit an der deutsch-polnischen Grenze; ab 2009 haben wir als Regierungspartei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit viele neue Impulse gegeben. Jetzt rückt ein nächster Schritt auf die Tagesordnung: eine breite öffentliche polnisch-deutsche Debatte über die Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße in den nächsten 10 bis 20 Jahren. Dabei sollte es um gemeinsame Ziele und Schritte für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Umstrukturierung der Energiepolitik, für den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region, um Kooperation in Bildung und Ausbildung sowie in der Arbeitsmarktpolitik gehen. Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Innovationsraum zu verwandeln, das ist unsere Vision.

Zukunft der Oder-Neiße-Region
in beiden Ländern öffentlich
diskutieren

Wir werden insbesondere die grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation und die Vernetzung der Arbeitsmärkte in der Grenzregion weiter fördern und voranbringen – in Brandenburg muss eine Willkommenskultur gerade auch für polnische Unternehmen etabliert werden. Es muss normal werden, dass man zur Arbeit oder Ausbildung auf die andere Seite von Oder und Neiße fährt. Davon sind wir heute noch weit entfernt. Um das zu ändern, sind auch mehr Möglichkeiten zum Erlernen der polnischen bzw. der deutschen Sprache zu schaffen. Besonders Jugendliche müssen besser auf ein Arbeitsleben in einer zusammenwachsenden deutsch-polnischen Region vorbereitet werden.

8. Ein zukunftsfähige Brandenburg braucht mehr Demokratie!

8.1 Aktuelle Herausforderungen für demokratisches Handeln

Die Zivilgesellschaft hat während der vergangenen Jahrzehnte aus gutem Grunde ausgeklügelte Verfahren entwickelt, um Vorhaben und Regelungen mit großer wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Bedeutung im Hinblick auf ihre Folgewirkungen sorgfältig abzuwägen. In der Infrastruktur sind Planungszeiträume von weit mehr als einem Jahrzehnt keine Seltenheit mehr. Zwischenzeitlich mögen sich technologische, ökologische oder soziale Veränderungen abgespielt haben, die Sinn und Zweck des Projekts in Frage stellen. Der Zeitpunkt konventioneller Bürgerbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren entfernen sich immer weiter vom Zeitpunkt der tatsächlichen Betroffenheit. Trotz formal korrekter Abläufe haben Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, von Politik und Verwaltung als demokratische Akteure nicht ernst genommen zu werden und ihre Interessen nicht wirklich einbringen zu können.

Da der neoliberale Staat seinen Gestaltungsanspruch und die dazugehörigen rechtlichen wie finanziellen Instrumente ein gutes Stück weit aus der Hand gegeben hat, ist er von privater Wirtschaftsmacht erpressbar geworden. Unter solchen Verhältnissen laufen demokratische Verfahren in Gefahr, zu formalen Riten umfunktioniert zu

werden. Das heißt dann »marktkonforme Demokratie«. Eine Politik, die von betriebswirtschaftlicher Rationalität, privater Gewinnmaximierung und Auslagerung der sozialen Kosten dominiert wird, untergräbt jedoch die gesellschaftlichen Fundamente unserer Demokratie und die Legitimität von Politik mit demokratischem Anspruch.

Das demokratische Ideal geht von eigenständig und verantwortlich handelnden Bürgern aus, die sich mit vergleichbaren Kapazitäten und Potenzialen gleichberechtigt in die politische Willensbildung einbringen. Die heutige Realität in der kapitalistischen Welt sieht jedoch anders aus. Extreme ökonomische Machtballungen setzen sich innerhalb wie jenseits demokratischer Verfahren sehr wirksam in der Politik durch. Wirtschaftliche Kartelle und politische Oligarchien gehen Allianzen ein, welche die Demokratie schrittweise aushöhlen. Ihre unheilvolle Wirkung zeigt sich in ihrem machtvollen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung über »Denkfabriken« und Medien, in ihrem finanziellen Einfluss auf Wahlen von Repräsentativorganen wie auch in ihrer Fähigkeit zur Mobilisierung von Mehrheiten bei politischen Entscheidungen durch direkte Demokratie.

8.2 Demokratie plus – Für eine neue märkische politische Kultur

Was können wir diesen Herausforderungen entgegensetzen? Besser noch, wie können wir diese Herausforderungen in einer Art und Weise bewältigen, dass wir ein Mehr an Demokratie erzeugen, das den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen entspricht?

Je gerechter und solidarischer Wirtschaftsleben und Gesellschaft organisiert sind, desto breiter werden die Tore für demokratische Teilhabe geöffnet, desto mehr Menschen werden materiell und intellektuell, physisch und zeitlich in der Lage sein, sich gleichberechtigt in die politische Willensbildung einzubringen. In dem Maße, wie uns der sozial-ökologische Umbau in Brandenburg gelingt, werden sich auch die Rahmenbedingungen für eine stärkere Demokratie verbessern.

Die demokratischen Institutionen müssen politische Handlungs- und Gestaltungsfreiheit zurückgewinnen. Dies betrifft sowohl die rechtlichen Kompetenzen als auch die finanzielle Ausstattung, sowohl die Regierung als auch jede einzelne Kommune. Jeder Schritt in diese Richtung macht demokratische Politik nicht nur wirkungsvoller, sondern für bürgerschaftliches Engagement auch wieder attraktiver. Die Grundentscheidungen für unser Gemeinwesen werden öffentlich debattiert, demokratisch gefällt und konsequent umgesetzt.

Die demokratische Idee muss sich vom Kapitalismus, von Konzernmacht und vom Meinungsdruck neoliberaler Denkfabriken befreien. Die Demokratie, der demokratische Staat und die demokratisch geführte Verwaltung sind nicht Barrieren für mehr Effizienz und Gewinn, sondern Voraussetzung und Träger nachhaltiger gesellschaftlicher Entwicklung. Demokratie keine Machttechnik der wirtschaftlichen und politischen Eliten, sondern Mittel zur gesellschaftlich verantwortlichen Selbstbestimmung mündiger Bürger

Neue Herausforderungen brauchen neue Formen demokratischer Teilhabe, die den durchaus widersprüchlichen Anforderungen an Komplexität und praktischem Handlungsdruck, langwierigen Abläufen und akuten Zeitzwängen, repräsentativer Ausgewogenheit und direkter Demokratie genügen. In den vergangenen Jahren sind vielfältige Ideen für innovative Teilhabeformen entstanden. Man muss sie ausprobieren. Das braucht Mut und auch ein Verständnis, dass im Experiment sowohl Erfolg als auch Scheitern möglich ist.

Infrastrukturprojekte oder neue technologische Entwicklungen greifen in die Lebens- und Wohnbedingungen von Menschen ein. Weichenstellungen der Landespolitik wie etwa in der Schulpolitik und der Orientierung auf inklusive Bildung werden kontrovers diskutiert. Die Verteilung und Regelung von öffentlichen Ver- und Entsorgungsaufgaben sowie deren finanzielle Folgen für Kommunen, Haushalten und Unternehmen sind heftig umstritten. Andererseits gibt es Entwicklungen wie den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, die sich aus der Sicht von Abgänger Betroffener oder umwelt-politisch Engagierter nicht schnell genug vollziehen. Wir stellen uns solchen Auseinandersetzungen mit dem Anspruch, Interessenskonflikte und Meinungsverschiedenheiten in gemeinsamer Verantwortung auszutragen.

Wir wollen eine neue Kultur der Auseinandersetzung zwischen Regierenden und Regierten entwickeln und vor allem selbst praktizieren, welche die unvermeidlichen und notwendigen Widersprüche, Auseinandersetzungen, Reibungen, Interessenstreit nicht einfach nur beilegen, sondern transparent machen und auszutragen helfen. Das Spannungsfeld zwischen Datenschutz und Informationsfreiheit muss mit dem Anspruch einer höchstmöglichen Transparenz öffentlichen Handelns aufgelöst werden.

Neue politische Kultur für Lösung von Interessenkonflikten entwickeln

8.3 Demokratie lebt vom bürgerschaftlichen Engagement

Ein demokratisch verfasstes Brandenburg lebt von der selbstbewussten, kompetenten und eigenverantwortlichen Teilnahme aller an den politischen Prozessen. Wir wollen eine lebendige Demokratie. Wir wollen keine Bürokraten- und Technokratenkabinette, die sich über demokratisch gewählte parlamentarische Mehrheiten hinwegsetzen. Wir wollen nicht, dass wirtschaftlich potente Interessengruppen ihre politischen Ziele an den Institutionen der repräsentativen Demokratie vorbei lancieren. Dies alles ist eine Herausforderung für die Funktionsfähigkeit und Legitimität unserer Demokratie.

Bürgerbeteiligung wird von so mancher Verwaltung eher als lästige Pflichtaufgabe empfunden und nicht als Chance zur Qualifizierung des Vorhabens aufgefasst, zu oft wird sie nicht wirklich ergebnisoffen durchgeführt. Diese Probleme müssen gelöst, diese Defizite behoben werden, damit demokratische Teilhabe und öffentliches Engagement für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiver wird.

Bürgerbeteiligung an politischer Willensbildung erweitern

Rot-Rot hat damit begonnen, die Rahmenbedingungen für die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger im Land zu verbessern, günstiger zu gestalten. In Entscheidungsprozessen von großer landespolitischer Bedeutung erhält der Dialog einen neuen Stellenwert. Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftliche Akteure und organisierte Interessen werden in die oftmals komplexen Abwägungen und Entscheidungen direkt einbezogen. Die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung aller bei der Willensbildung zu landespolitischen wie zu kommunalen Entscheidungen werden ausgebaut.

Ehrenamtliches Engagement ist heute eine unverzichtbare, tragende Säule der Gesellschaft im Sozialbereich ebenso wie im Umweltschutz, beim Sport und in der Regionalentwicklung. Auszeichnungen und Würdigungen ehrenamtlichen Engagements gibt es reichlich, an konkreter Unterstützung mangelt es manchmal. Ehrenamtliche bekommen kein Entgelt, aber sie benötigen organisatorische und strukturelle Hilfe. Ehrenamt wird bereits heute vielfältig gefördert, aber die Unterstützung kann und soll deutlich effektiviert und entbürokratisiert werden. Ehrenamtsförderung ist eine staatliche Daueraufgabe und muss auch so organisiert werden.

Das Parlament ist gegenüber der Exekutive gestärkt worden – vor allem durch größere Informations- und Kontrollrechte. Diese Entwicklung wollen wir weiter führen, die geschaffenen Spielräume besser nutzen. Die bessere finanzielle und personelle Ausstattung des Parlaments gegenüber der mächtigen Ministerialbürokratie bleibt eine dauerhafte Aufgabe.

Stärkung des Parlaments gegenüber der Exekutive bleibt wichtige Aufgabe

8.4 Demokratische Teilhabe ist verantwortliche Teilhabe

Demokratische Teilhabe benötigt einen Staat, der rechtliche Rahmenbedingungen setzt, die Menschen zur Mitbestimmung einlädt und die Chancengleichheit unterschiedlich starker Akteure wahrt. Demokratie braucht verlässliche Institutionen, in denen selbstbestimmte politische Akteure ihre Interessen im offenen Wettbewerb wahrnehmen: vom Ortsteil über die Gemeinde, den Landkreis, der kreisfreien Stadt bis hin zur Landesebene.

Kommunen, die auf Grund ihrer finanziellen Schwäche kaum die Pflichtaufgaben abdecken, haben keinen Gestaltungsspielraum. Rot-Rot im Land steuert der Fi-

nanzmisere der Kommunen nach Kräften entgegen. Das ändert aber nichts daran, dass wir es weiter mit einem strukturellen Problem dieser Bundesrepublik zu tun haben. Wir treten für eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzierung ein – im Interesse der Stärkung der Demokratie, im Interesse angemessener Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger. Ebenso gilt es, die Kompetenzen für die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Lokale Fragen sollen im Grundsatz vor Ort entschieden, umgesetzt und finanziert werden.

Unser Weg zu mehr Demokratie besteht darin, die Entscheidungen näher an die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu verlagern. Das wollen wir seit langem, daran wissen wir uns mit einer großen Mehrheit in Übereinstimmung, daran halten wir fest. Dialog ist der Schlüssel zum demokratischen Erfolg. Er beginnt, wo Probleme erkannt und beschrieben werden. Er setzt voraus, dass Interessen und Positionen, individuelle und grundsätzliche Betroffenheit artikuliert und eingebracht werden. Er braucht Strukturen, die diskursiv und kreativ angelegt sind.

Breiteren Dialog für demokratische Entscheidungen organisieren

Im Dialog können und sollen Verabredungen getroffen und Verbindlichkeiten hergestellt werden, die auch im demokratisch legitimierten politischen Raum, also im Parlament ihren Niederschlag finden. Die gewählten Politikerinnen und Politiker haben das Mandat zur Entscheidung – sie stehen für diese Entscheidung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein. Demokratie verlangt aber mehr, als sich bei Entscheidungen auf das einmal alle fünf Jahre erteilte Mandat zu berufen. Demokratische Entscheidungsprozesse beruhen darauf, dass Betroffene und Interessierte und eine breite Öffentlichkeit in die die Entscheidungen vorbereitenden Abwägungen einbezogen werden, dass die dann von der Politik selbst vorgenommenen Abwägungen transparent und nachvollziehbar sind. Also geht es darum, die Dialog-, Entscheidungs- und Umsetzungsstrukturen weiter zu modernisieren und zu öffnen. Dabei setzen wir auf einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu diesem Leitbild.

Wir treten für mehr direkte Demokratie ein und regen eine gesellschaftliche Debatte über Themen und Verfahren an. Für die vorhandenen Formen der direkten Demokratie sollten die Hürden niedriger und die Regularien einfacher werden. Wir wollen Wege finden, welche die Formen und Instrumente repräsentativer und direkter Demokratie im Land und in den Kommunen im Interesse breiter, gleichberechtigter und solidarischer Teilhabe miteinander verknüpfen. Hierfür werden neuartige Lösungen gebracht, welche die Vorzüge von repräsentativer und direkter Demokratie miteinander verbinden, Blockaden und Verfahren zu Lasten von Solidarität und Gleichheit verhindern sowie ganzheitliche und nachhaltige Politikansätze fördern. Dieses Thema braucht eine breite gesellschaftliche Debatte, zu der wir einladen und an der wir uns gern beteiligen.

8.5 Der soziale und demokratische Rechtsstaat

Die PDS war in Brandenburg verfassungsgebende Partei. Das hat gute Gründe, die eng mit der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte bis 1990 zusammenhängen.

Wir haben in Bezug auf die gesellschaftliche Demokratie die Einsicht gewonnen, dass die jeweilige Konstituierung des Gemeinwillens als ein konfliktreicher Prozess begriffen werden muss. Dieser ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass die politischen Freiheitsrechte die gesellschaftliche Selbstregierung sichern und Selbstkorrekturen, Minderheitenschutz – auch in Form persönlicher Freiheitsrechte – und Alternativen garantieren. Mit diesem Ansatz werden die politischen Grundrechte Bauelemente einer freien Gesellschaft.

Rechtsstaatliche Prinzipien haben eine Eigenbedeutung. Der Kerngedanke des Rechtsstaatsprinzips ist vor allem das Willkürverbot und damit die Limitierung der Staatsgewalt im Interesse der Bürger. Das bedeutet u. a. die Bindung der gesetzgebenden Gewalt an den Normbestand der Verfassung, insbesondere an die Menschen- und Bürgerrechte sowie die Gesetzesunterworfenheit der vollziehenden Gewalt. Das Prinzip der Gewaltentrennung ist unabdingbar. Die Justiz ist dabei eine unabhängige Instanz, die es zu stärken gilt.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist auch die Zentralnorm der Brandenburger Landesverfassung. Für uns bedeutet dies zugleich, die materiellen und

intellektuellen Voraussetzungen dieser Würde sicherzustellen. Insofern muss der demokratische Rechtsstaat zugleich ein sozialer Rechtsstaat sein. Der soziale Rechtsstaat zielt auf eine rechtlich gesicherte soziale Chancengleichheit und richtet sich auf die Einschränkung sozialer Disparitäten und die Teilhabe der abhängig Beschäftigten am gesellschaftlichen Lebensprozess.

Die Brandenburger Landesverfassung ist dem Verfassungsbegriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates verpflichtet. Deshalb tragen wir diese Verfassung mit. Der Sozialstaatsgedanke widerspiegelt sich beispielsweise in dem Recht auf Ausbildung oder den jeweils als Staatsziele formulierten Rechten auf Arbeit und auf Wohnen, die aber durch individualrechtliche Ansprüche untersetzt sind.

Vor diesem Hintergrund sehen wir eine Stärkung des Rechtsstaates in einer angemessenen personellen und materiellen Ausstattung der Justiz und in einem einfachen, heißt auch wohnortnahen Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Gerichten, wodurch wir dem Grundrecht auf ein zügiges und faires Verfahren gerecht werden. Wir stehen für die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, weshalb wir Konzepte zur Selbstverwaltung der Justiz erarbeiten und unterstützen. Als verfassungsgebende und verfassungstragende Partei treten wir weiterhin konsequent dafür ein, dass die Verfassungsinhalte des sozialen Rechtsstaates zum Maßstab staatlichen Handelns gemacht und in der Realität umgesetzt werden. Dabei sind wir uns des noch vorhandenen Ungleichgewichts zwischen politischen und sozialen Grundrechten bewusst. Deshalb orientieren wir uns an der Unteilbarkeit und Abhängigkeit der politisch-juristischen, der ökonomisch-sozialen sowie der geistig-kulturellen Rechte.

**Unabhängigkeit
der Justiz stärken**

Eine gute Sozialpolitik ist auch die beste Kriminalpolitik. Sie bietet die größte Sicherheit vor Straftaten. Das heißt konkret, Lebenslagen und Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen Bereichen zu verbessern. Zugleich stehen wir für eine grundrechtsorientierte Kriminalpolitik. Unverzichtbarer Bestandteil ist eine wirksame bürgernahe Polizei, die überall im Land die öffentliche Sicherheit gleichermaßen gewährleistet. Öffentliche Sicherheit darf nicht privatisiert werden.

**Mehr Sicherheit durch
gute Sozialpolitik und
bürgernahe Polizei**

Der Gedanke des sozialen Rechtsstaates findet seinen Ausdruck auch in der Landesverfassungsnorm, nach der das Ziel des Strafvollzugs ausschließlich die Resozialisierung des Strafgefangenen ist. Das bedeutet, dass der Gefangene befähigt werden soll, nach seiner Entlassung ein Leben ohne Straftaten führen zu können. Unabdingbar sind entsprechende Strukturen und finanzielle Mittel, um mehr Behandlung im Vollzug, mehr Wohngruppenvollzug, mehr offenen Vollzug und eine bessere Wiedereingliederung zu erreichen. Dies erfordert eine qualifizierte Arbeit der stationären und ambulanten Sozialen Dienste sowie ihre Vernetzung mit kommunalen Einrichtungen und den Trägern der Freien Straffälligenhilfe. Nur so ist die soziale Integration des Strafgefangenen in die Gesellschaft nach seiner Entlassung erfolgreich zu realisieren. Das ist ein, jenseits sozialer Ausgrenzung liegender Beitrag, Kriminalität weiter zurückzudrängen. Ein solcher Ansatz nutzt der Gemeinschaft und reduziert die Gefahr, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden.

**Resozialisierung steht im
Mittelpunkt des Strafvollzugs**

Für uns bilden Sicherheit und Resozialisierung eine Einheit, die es zu verwirklichen gilt. Ein diesen Gedanken tragendes Resozialisierungsgesetz ist unser Ziel. Dies erfordert eine qualifizierte Arbeit der Sozialen Dienste, um so die Rückkehr der Strafgefangenen in die Gesellschaft nach Haftentlassung erfolgreich organisieren zu können.

9. Nachhaltige Haushaltspolitik: Kein Selbstzweck, sondern Gebot sozialer Verantwortung

9.1 Den Wandel sozial gestalten

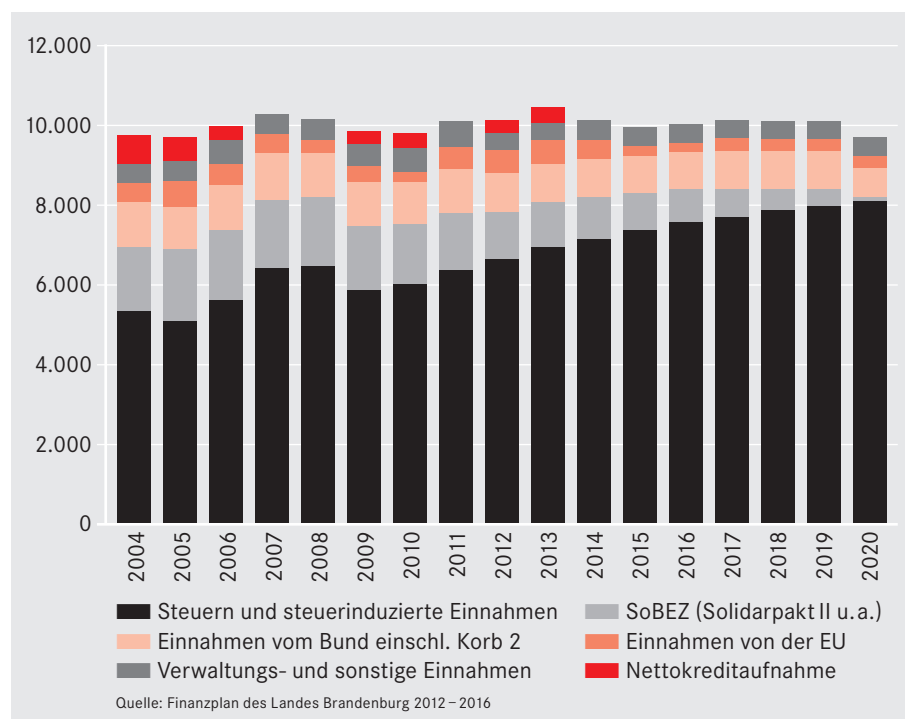
Alle Vorhaben und Ideen dieses Leitbildes haben ihre finanzielle Seite. Nicht alles kostet Geld oder zusätzliches Geld. Manchmal gibt es auch nur um die Frage, auf welche Art und Weise Geld aufgebracht und ausgegeben wird. Klar ist aber: Für ein Land im Wandel geht es in erster Linie darum, in die Gestaltung dieses Wandels zu investieren – und bestenfalls in zweiter Linie darum, das Gewohnte fortzuführen.

Linke Finanzpolitik setzt nicht auf neue Schulden. Sie beugt sich auch nicht ausschließlich den täglichen Sachzwängen. Linke Finanzpolitik ist keine Kapitulation vor den buchhalterischen Notwendigkeiten. Sie erhebt trotz geringer werdender Mittel den Anspruch, gestaltend einzugreifen und einen sozialen Wandel zu ermöglichen. Die rot-rote Landesregierung hat mit der vorherigen Politik des Schuldenmachens gebrochen. Wir haben einen Politikwechsel eingeleitet, der geprägt ist von einer Haushaltspolitik mit Courage und Augenmaß.

Gerecht, solidarisch, nachhaltig – so sieht linke Haushalts- und Finanzpolitik aus. Die soziale Frage stand Jahrzehnte lang nicht derart im Fokus politischen Handelns wie heute in Zeiten der Eurokrise und des drohenden Zusammenbruchs ganzer Gesellschaften. Wie eng die soziale und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes mit der Finanzpolitik verknüpft ist, ist derzeit in ganz Europa zu besichtigen. Deshalb bleibt die soziale Frage auch angesichts knapper Kassen im Zentrum unseres politischen Denkens und Handelns. Diesen Weg muss Brandenburg auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Die Rückführung der Verschuldung und die Anpassung an geringer werdende Zuwendungen von außen – das sind dabei zentrale Rahmenbedingungen und Herausforderungen, nicht aber Selbstzweck. Für den Landeshaushalt werden, so weit derzeit absehbar, in den nächsten Jahren zunächst Einnahmen von weiter rund 10 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Erst 2020 – mit dem endgültigen Auslaufen des Solidarpaktes II – ist mit einem deutlicheren Rückgang auf dann etwa 9,7 Mrd. Euro zu rechnen. Damit ist dann auch das Haushaltsvolumen insgesamt beziffert, denn die rot-rote Koalition beabsichtigt, ab 2014 keine neuen Kredite mehr aufzunehmen.

**Prognose der
Einnahmenentwicklung
bis 2020 in Mio. Euro**



Brandenburg trägt jetzt die Folgen hoher Kreditaufnahmen insbesondere in der Zeit von 1990 bis 2005. Die bis dato angehäuften Schulden betragen inzwischen 18,66 Mrd. Euro und verursachen dauerhaft Zinszahlungen in Millionenhöhe. Täglich wendet das Land rund 1,6 Mio. Euro für Zinsen auf. Die Verschuldung hatte Gründe und war in großen Teilen nötig, um die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Dennoch ist ein weiteres Anwachsen dieser Zinsbelastung nicht hinnehmbar. Trotz Schuldenstopp muss – in Abhängigkeit von der weiteren Zinsentwicklung – bis 2016 mit einem Anstieg der Zinsbelastung auf knapp 800 Mio. Euro gerechnet werden.

Gäbe es diese Zinsbelastung nicht, könnten z.B. die geplanten Bildungsausgaben auf einen Schlag etwa verdoppelt werden. Das ist leider nur eine theoretische Überlegung – sie macht aber deutlich, in welchen Ausmaß die Belastungen aus dem Schuldendienst die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hände einschränken. Und zwar nicht nur an der Peripherie staatlichen Handelns, sondern in zentralen Bereichen. Dazu kommt, dass einerseits die Abhängigkeit von den Finanzmärkten steigt und andererseits überforderte Staatshaushalte selbst zu einer Quelle von Instabilität im internationalen Währungssystem und der Euro-Krise werden. Finanz- und Währungskrisen aber, das lehrt die Geschichte, gehen immer zu Lasten der kleinen Leute. Das kann nicht in unserem Interesse liegen.

Weiteres Anwachsen der Zinsbelastung nicht zulassen

Im Jahr 2020 verbleibt nach der Ausgabenprognose immer noch eine Deckungslücke in Höhe von etwa 500 Mio. Euro, nachdem bereits die Absenkung der Investitionsquote auf 10 Prozent und die Umsetzung der Personalbedarfsplanung eingerechnet wurden.

9.2 Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß

Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bleiben auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen unser politisches Leitmotiv. Bereits in der ersten Legislaturperiode von Rot-Rot in Brandenburg haben wir eine Strategie ausgearbeitet, beschlossen und umgesetzt, wie soziale Verantwortung mit weniger Geld wahrgenommen werden kann. Diese Strategie hat sich bewährt, sie kann und sollte weitergeführt und weiterentwickelt werden.

Im Kern beruht diese Strategie darauf, auch in der Haushaltsgestaltung und in der Finanzpolitik Prioritäten zu setzen und Verfahrensweisen zu wählen, die im Ergebnis Menschen im Lande neue Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern. Wir haben uns von Anfang an darauf konzentriert, Menschen Chancen zu eröffnen, und dafür gesorgt, dass die entsprechenden Entscheidungen und Weichenstellungen über die Jahre Bestand hatten. Im Öffentlichen Beschäftigungssektor erhielten Langzeitarbeitslose erstmals seit Jahren wieder einen Existenz sichernden Job und damit einen Teil ihrer Würde zurück – so lange die bundespolitischen Rahmenseetzungen dies nicht verhinderten. Abiturienten aus einkommensschwachen Familien erhalten eine finanzielle Unterstützung – das Schüler-Bafög. Öffentliche Aufträge werden nicht mehr zu Dumpinglöhnen, sondern zumindest auf dem Niveau von Existenz sicherndem gesetzlichem Mindestlohn vergeben. Im Öffentlichen Dienst wird es nicht nur keine betriebsbedingten Kündigungen geben. In den Schulen des Landes wurden und werden neue Lehrerinnen und Lehrer, in den Kitas neue Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Damit finden einerseits junge Menschen Arbeit und Lebensperspektive in Brandenburg – und zugleich kommt ihre Tätigkeit anderen zu Gute, die durch bessere Bildungsmöglichkeiten bessere Lebenschancen gewinnen.

Prioritäten im Haushalt auf Chancen für Menschen ausrichten

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat sich Brandenburg in den letzten Jahren keine Erleichterungen auf Landesebene zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Zuschüsse für laufende Ausgaben und Investitionen an die Kommunen ist unter Rot-Rot stetig gestiegen – nicht nur prozentual, sondern auch absolut. Fast ein Drittel des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – das ist im Ländervergleich eine enorme Leistung. An diesen Weichenstellungen wird es keine Abstriche geben. Die Bereiche Bildung, Soziales, Wissenschaft werden weiter deutlich als Prioritäten der Landesentwicklung erkennbar sein. Jeder Euro,

der hier hin fließt, ist eine wichtige Investition in Gegenwart und Zukunft. Das ist unsere feste Überzeugung.

In den Personalausgaben sehen wir nicht in erster Linie eine Belastung für den Landeshaushalt, sondern die Basis dafür, dass notwendige Leistungen des Gemeinwesens auch in der notwendigen Qualität erbracht werden können. Es geht immer darum, dass Menschen im Interesse von Menschen tätig werden – kompetent, gut motiviert, an der richtigen Stelle und klug organisiert. Für DIE LINKE geht es darum, die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes und eine bürgernahe und effektive Aufgabenerledigung weiter durch eine ressortübergreifende Personal- und Einstellungspolitik zu gewährleisten, die die durch Altersabgänge und sonstige Fluktuation entstehenden Spielräume nutzt. Besondere Bedeutung messen wir der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Erzieherinnen und Erziehern im Kita-Bereich bei.

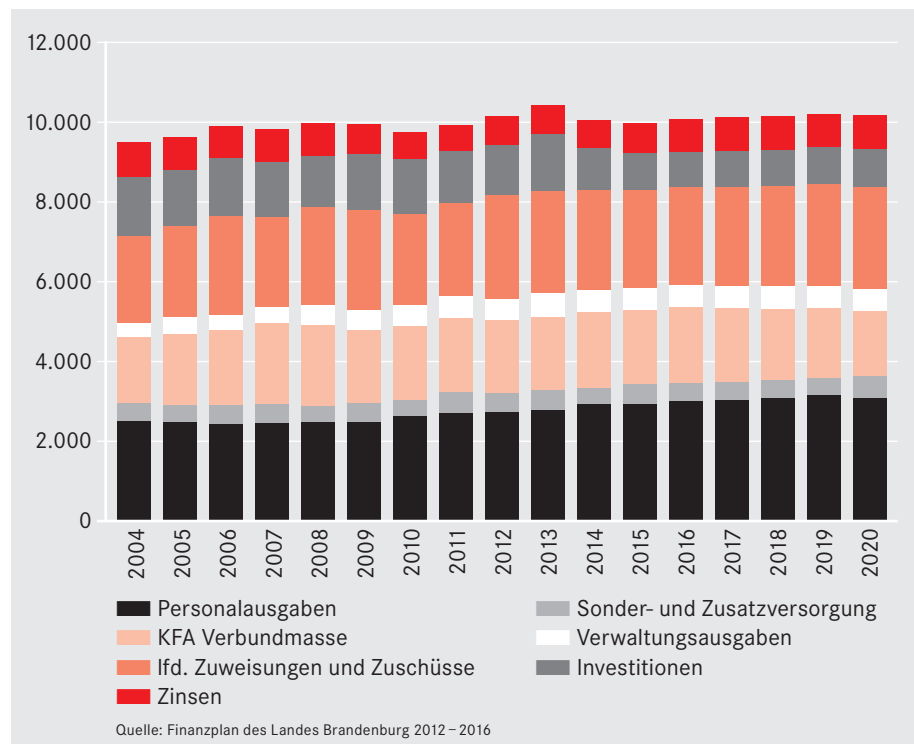
Nicht immer mehr, sondern immer besser investieren

Wir haben aber auch nie ein Hehl aus der Absicht gemacht, die vergleichsweise hohe brandenburgische Investitionsquote auf den bundesdeutschen Durchschnitt abzusenken. Das tun wir notgedrungen entsprechend der sich verändernden Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2019 – der Solidarpakt wird dann auslaufen und die Schuldenbremse ab 2020 verbindlich sein. Das ist aber nur eine Seite. Die andere Seite hat mit dem Umbau der Instrumente der Wirtschaftsförderung zu tun, mit dem Anspruch, das vorhandene Geld klüger auszugeben, effizienter einzusetzen. Wir sind dazu übergegangen, Investitionen nicht mehr nur allein durch Zuschüsse zu fördern, sondern verstärkt rückzahlbare Darlehen auszureichen. Auf diese Weise kann ein Euro mehrfach Impulse geben.

Klar bleibt auch: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft. Substanz – bzw. Werterhaltung werden gewährleistet. Brandenburgs mittlerweile moderne Infrastruktur erlaubt es, die verminderten Investitionsmittel zielgerichtet zu konzentrieren. Bei der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je mehr Mittel wir mit einem Euro Landesgeld mobilisieren können, desto sinnvoller ist es, daran festzuhalten.

Andere Spielräume wird es unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht geben. Das macht die Prognose der Ausgabenentwicklung bis 2020 auf der Grundlage der hier beschriebenen Strategie deutlich. Im Jahr 2020 verbleibt nach dieser Prognose immer noch eine Deckungslücke in Höhe von etwa 500 Mio. Euro.

Prognose der Ausgabenentwicklung bis 2020 in Mio. Euro



9.3 Die öffentlichen Haushalte auskömmlich finanzieren!

Die angespannte Lage der öffentlichen Hand ist kein ehernes, unausweichliches Gesetz. Die öffentliche Armut ist durch die neoliberale Politik der vergangenen Jahre gezielt verursacht worden. So hat allein die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent Mindereinnahmen von 10 Mrd. Euro im Jahr bewirkt. Diese Steuerpolitik lässt Fragen der Gerechtigkeit und volkswirtschaftlicher Vernunft zunehmend außen vor.

Die Spielräume der Landespolitik zur Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Hand sind gering. Was möglich war, wurde in den zurückliegenden Jahren bereits ausgeschöpft. So brachte die Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf 5 Prozent im ersten Jahr zusätzliche Einnahmen von knapp 62 Mio. Euro – eine erfreuliche Summe, zumal auch die Kommunen davon profitierten, aber gemessen am gesamten Haushaltsvolumen doch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Um die Situation der öffentlichen Haushalte zu entlasten und damit auch wieder Spielräume für eine gestaltende und zukunftsweisende Politik zu eröffnen, braucht es eine andere Steuerpolitik auf Bundesebene. Brandenburg hat unter Rot-Rot bereits deutliche Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit erhoben. Wir halten daran fest und sind der Überzeugung, dass es hierzulande durchaus einen Spielraum für Steuererhöhungen gibt.

Einnahmen der öffentlichen Hand erhöhen, Umverteilung sozial gerecht organisieren

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte sind hohe Einkommen und Vermögen steuerlich entlastet worden. Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind deutlich gestiegen, während die Lohnneinkommen weit weniger starke Zuwächse aufwiesen. Gleichzeitig hat die Konzentration der Vermögensverteilung stark zugenommen. Hier will linke Finanzpolitik ansetzen und fordert konkret:

- Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung. Er lag noch 1998 bei 53 Prozent – jetzt rund zehn Prozent darunter. Auch im internationalen Vergleich wäre ein deutlich höherer Spitzensteuersatz nicht ungewöhnlich.
- Die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit einer verkehrswertnahen – und damit verfassungskonformen – Bewertung aller Vermögensarten bei einem einheitlichen Steuersatz von einem Prozent.
- Sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftsteuer. Es ist an der Zeit, insbesondere höhere Erbschaften stärker zur Finanzierung der Gesellschaft heranzuziehen. Es kann nicht länger sein, dass die tägliche Erwerbsarbeit ganz selbstverständlich höher besteuert wird als ein Erbe.
- Die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mittlerweile bricht sich in der EU der Gedanke Bahn, dass eine solche Steuer auf alle börslichen und außerbörslichen Wertpapierumsätze, Derivate- und Devisenumsätze auch helfen könnte, gegen die maßlose Spekulation anzutreten. Diese Ansätze sind zu unterstützen und auszubauen.

Schließlich geht es darum, den solidarischen Charakter des Länderfinanzausgleichs gegen die immer wiederkehrenden Attacken vor allem der unionsgeführten Geberländer zu verteidigen. Oberste Zielsetzung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs muss die Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse bleiben. Dazu ist es auch nach 2019 erforderlich, die finanzielle Handlungsfähigkeit durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung aller Länder zu sichern.

10. Wir verändern: gerecht, solidarisch und mit Verantwortung für die Zukunft

Der vorliegende Leitbildentwurf richtet sich an alle, die den anstehenden sozial-ökologischen Umbau im Land Brandenburg mitgestalten wollen. Wir setzen auf das selbstbewusste und kompetente Engagement der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die sich bereits in zahlreichen Verbänden und Vereinen, in Parteien und Kommunen, in Handwerkskammern, Religionsgemeinschaften und Umweltgruppen für eine nachhaltige Entwicklung dieses Landes in der einen Welt einsetzen.

Wir laden in den kommenden Wochen und Monaten alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, sich in die öffentliche Debatte um unser neues Leitbild einzumischen. Wir möchten einen gleichberechtigten und produktiven Dialog über eine nachhaltige Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen und allen Landesteilen von Brandenburg in Gang setzen. Mit Visionen und Tatkraft können wir Brandenburg zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs verändern!

Dieses Leitbild zur zukunftsfähigen und solidarischen Entwicklung Brandenburgs in der Vielfalt aller seiner Regionen entstand in einem mehrjährigen Arbeits- und Diskussionsprozess in enger Zusammenarbeit mit dem Büro Wallraff & Partner, der Politikberatung BABELconsult und vielen interessierten und kritischen Partnern.
Gestaltung: DiG/TRIALON, Berlin

V.i.S.d.P.: Thomas Domres

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

